HEFT 3 | NOVEMBER 02 | FR 6 | EURO 4

AMERIKA

ZUR GRENZE ZWISCHEN KRITIK UND RESSENTIMENT

RISSE

ANALYSE UND SUBVERSION

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

IRAK KEINE FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN
SLANSKY-PROZESS ZUR GENESE DES «LINKEN» ANTIZIONISMUS
DOCUMENTA WELTKUNST VS. MULTIKULTI

Flyer Elektrobikes:
lautlos, rauchlos, mühelos

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01 463 13 03
www.velofix.ch

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
helvetiabuch@smile.ch

Politik und Literatur | Von >Adorno bis >Zapata

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

bokos

bokos druck
Badenerstrasse 123 a
8004 Zürich

Tel. 01 241 31 80
Fax 01 241 31 81
email
info@bokos.ch
www.bokos.ch

- *Dissertationsdruck*
- *Taschenbücher*
- *geheftete Broschüren*
- *Journale*

Leistungslohn schwächt den Kampf um höhere Löhne und für die Gleichstellung der Frauen

Die starke Gewerkschaft im öffentlichen Dienst

vpod zürich

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

»... über die Jahre im Spitzenfeld politischer Zeitschriften überhaupt ...« *(WDR)*

www.iz3w.org

Editorial

■ «Die Welt spinnt» hiess eine Kolumne der WoZ, die leider vor Jahren abgeschafft wurde. Dabei würde die weltweit geführte Debatte um einen amerikanischen Krieg gegen den Irak für die Kolumne so viel Stoff bieten wie noch nie. Egal welche Seite eingenommen wird, bei den meisten, die sich bemüssigt fühlen, ihren Senf zu Krieg und Frieden zu geben, scheinen Verstand und Vernunft gleichsam ausgeschaltet zu sein.

Auf der einen Seite haben wir diejenigen, denen zwischen Wahrheit und Propaganda noch nie ein Unterschied aufgefallen ist. Ihnen kann alles aufgetischt werden: Zuerst versandte der Irak Anthraxbriefe, dann hiess es, Saddam habe sich vor dem 11. September höchstpersönlich mit dem Attentäter Mohammed Atta getroffen, woraus gefolgert wurde, dass Bagdad das eigentliche Zentrum der Al Kaida sei. Dies sind nur einige der aufgestellten Behauptungen, die sich allesamt als falsch erwiesen. So schnell vage Vermutungen zu Wahrheiten erklärt werden, so reflexartig wird rasches Handeln gefordert. Hussein baut vielleicht, eventuell, möglicherweise die Atombombe, deshalb muss der Irak zerbombt werden. Ungehört bleiben Stimmen, die darauf hinweisen, dass sich alle angeblichen Beweise über die Produktion von Massenvernichtungswaffen auf Spekulationen beziehen. Ignoriert wird, dass Washington auch handfeste ökonomische Interessen an einem Krieg gegen den Irak hat. Nachdem mit dem Krieg in Afghanistan Zentralasien, die Erdölregion Nr. 2, unter weit gehende Kontrolle gebracht wurde, ist nun die Erdölregion Nr. 1 im Visier. Es gibt also gute Gründe, der Propaganda zu misstrauen.

Auf der anderen Seite sind die KriegsgegnerInnen. Da hofft man schon eher einen Funken Vernunft zu finden. Ein Blick auf Transparente und Flugblätter der grössten europäischen Antikriegsdemonstration in London belehrt einen leider eines besseren. Islamische Heilserwartungen gehen einher mit Bedrohungsängsten vor einer halluzinierten zionistisch-amerikanischen Verschwörung. Andere verwirrte Geister sehen sich von einem Konsumterror umgeben und fantasieren von einem dritten Weltkrieg. «No blood for oil» heisst nicht nur in London, sondern weltweit der moralische Imperativ von Friedensbewegten. Übersehen wird dabei, dass bis anhin das meiste Blut im Irak nicht wegen Öl, sondern wegen des Terrorregimes der Baath-Partei vergossen wurde. Es bleibt zudem unberücksichtigt, dass der Widerstand einiger europäischer Staaten gegen einen Sturz Husseins auch nicht aus einer plötzlichen Friedensliebe erwachsen ist. Das europäische Kapital freut sich über antiamerikanische Regimes im arabischen Raum, bei denen sich gut Geschäfte machen lassen. Nicht nur ökonomische Interessen, sondern auch ideologische Nähe kann dabei eine Rolle spielen: So machte beispielsweise Jörg Haider Freundschaftsbesuche bei Hussein. Von den Friedensbewegten hörte man damals keine Proteste.

In einem Punkt sind sich Kriegstreiber und antiamerikanische Friedensapostel gar nicht so unähnlich: Fakten interessieren sie nicht. Ihre Urteile sind Vorurteile, die reflexhaftes Handeln erfordern. Eine kritische, linke Meinung könnte nur eine dritte sein.

Redaktion Risse

Inhalt

Der Krieg vor dem Krieg – Interview mit Thomas von der Osten-Sacken über die politische Situation im Irak
Micha Odenheimer, Üb.: Dominique Blaser S. 2

Die Freiheit der Kritik kann die Kritik der Freiheit nicht ersetzen – Amerika und das Freiheitsversprechen
Lukas Germann und Pascal Germann S. 5

Über die grenzenlose Wut der Arundhati Roy
Strukturmerkmale des Antiamerikanismus
Stephan Truninger und Daniel Völk S. 7

Völkisches von der Bezirksanwaltschaft
Über eine antisemitische Einstellungsverfügung im Strafverfahren gegen Indymedia
Alex Riva S. 10

«Die Volksseele kocht» – Wenn sich Stammtisch, SVP und Bundesrat einig sind – zur rassistischen Asylpolitik
Thomas Schwendener S. 14

Friede den Menschen auf Erden
Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) hat ihre Liebe zum palästinensischen Volk entdeckt
Simone Wassmer S. 16

Warum ist eine «andere Welt» vor allem in Palästina möglich? – nachgefragt beim Sekretär der GSoA
Simone Wassmer und Alexander Hasgall S. 18

Suizid der «Freiheitlichen» in Österreich
über Jörg Haiders parteiinternen Putsch
Thomas Schmidinger S. 20

Arbeitskraft vs. Schwerkraft?
Zum Streik auf dem Bau
Alex Riva S. 21

Tells aufrechte Söhne und Töchter – Geschichtsrevisionisten geben auch nach dem Bergier-Bericht nicht auf
Nicole Peter S. 22

Vor 50 Jahren – Slansky-Prozess
Zur Argumentationsstruktur des Antizionismus
Pascal Germann S. 24

Täuschende Verwandtschaft
über das Verhältnis zwischen Marx und Foucault
Alex Schärer S. 28

Zwischen Weltkunst und Multikulti-Regionalismus
Zur Documenta-Ausstellung in Kassel
Lukas Germann S. 33

Des Kaisers neue Kleider
Kleidermode als Ausdruck des Warenfetischismus
Anja Mejerrose S. 35

Expo 02 – Heimat für alle
Rückblick auf das neopatriotische Event
Alexander Hasgall S. 37

Rezensionen S. 39

Verrisse S. 44

Der Krieg vor dem Krieg

Das Baath-Regime im Irak muss gestürzt werden, meint der linke Journalist und Menschenrechtsaktivist Thomas von der Osten-Sacken, der über fundierte Kenntnisse zum Irak verfügt. Gegenüber einem Krieg der USA ist er aber skeptisch.

Interview: Micha Odenheimer
Übersetzung: Dominique Blaser

Thomas von der Osten-Sacken bereist seit 1991 regelmässig Irak und Kurdistan, wo er unter anderem half, die Organisation «Wadi» aufzubauen, die seit 1992 irakische Flüchtlinge sowohl in Kurdistan, als auch in Deutschland unterstützt. Er ist Mitherausgeber des soeben im Konkret-Verlag erschienenen Buches «Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den dritten Golfkrieg».

Micha Odenheimer: Wann ist Ihnen zum ersten Mal bewusst geworden, dass das irakische Regime nicht einfach eine Nahost-Diktatur unter anderen darstellt?

Von der Osten-Sacken: Als ich das erste Mal in den Irak kam, realisierte ich sehr schnell, dass ich die Situation dort nicht mit anderen Nahost-Ländern, die ich besucht hatte, wie z.B. Syrien, Jordanien oder Ägypten, vergleichen konnte. Dieses Land war die Hölle. Wir waren die einzigen Europäer in einer Stadt namens Amara in der Schiiten-Region im Südirak, in der Nähe von Basra, und wir waren nur ein paar wenige Wochen nach der Niederschlagung des Aufstandes dort angekommen. Die Stadt war mit Panzern umstellt. Die Mehrheit der Gebäude war ausgebrannt. Es gab keine Lebensmittel auf dem Markt. Die Mangelernährung hatte ein erschreckendes Ausmass angenommen.

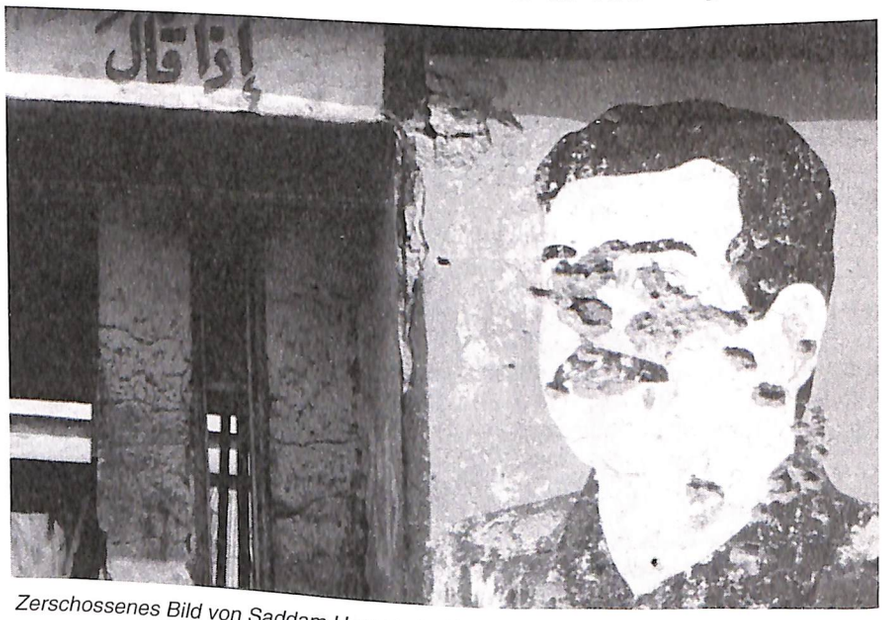
Die Menschen im Irak reden nie frei, weil sie entsetzliche Angst haben, dass ihre Freunde für einen der neun schrecklichen Sicherheitsdienste Saddams arbeiten. Wegen dieser Atmosphäre brauchten wir etwa drei bis vier Monate, um Einzelheiten über den Aufstand zu erfahren. Die Iraker zwangen Leute, sich auf die Strasse zu legen und begruben sie dann lebendig unter Asphalt. Sie töteten all jene, die ein wenig religiös aussahen; denn dies war eine Gegend der Schiiten. Es war verboten, die Leichen von der Strasse zu nehmen. Insgesamt wurden 1991 in der Gegend sechzig- bis siebzigtausend Menschen umgebracht.

Als erstes wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes die von Kugeln durchlöcherten Bildnisse Saddam Husseins neu gemalt. Wir waren schockiert darüber, wie vernachlässigt der Süden war – mit offenen Abwasserkanälen – wo er doch so reich an Erdöl ist. Saddam sagte, bevor er den Aufstand niederschlug, die Schiiten seien schmutzige Leute, keine wirklichen Iraker. Wir verliessen die Gegend im Oktober '91, als wir das Gefühl hatten, unsere Arbeit nicht fortsetzen zu können, ohne unbeabsichtigt die Regierung zu unterstützen.

M.O.: Wie war damals die Stimmung in Bagdad?

T.v.O.: Bagdad lag 300 Kilometer entfernt und wir gingen recht oft hin – für ein gutes Nachtessen, um uns mit anderen Organisationen zu treffen, oder auch nur um nach Deutschland zu telefonieren. Die Angst im Irak, sagte ein BBC-Reporter neulich, ist zum Greifen spürbar. Es ist wirklich unbeschreiblich. Syrien ist eine Diktatur, aber die Angst und die Kontrolle im Irak reicht bis in die Wohnzimmer hinein. Wenn man kein Bild von Saddam Hussein in seinem Wohnzimmer hängen hat, läuft man Gefahr verhaftet zu werden. Es gibt keine Privatsphäre. Die irakische Regierung sieht alles politisch. In Syrien, so lange man nicht Mitglied der Opposition ist, kann man entspannt bleiben. Man weiss, dass man nicht behelligt wird. Aber im Irak, wenn du zur falschen Zeit am falschen Ort bist, kannst du festgenommen, gefoltert, getötet werden.

Als ich 1991 im Südirak war, unterhielten wir uns oft mit einem sehr netten, sehr gebildeten Doktor. Eines Tages, als im Fernsehen gerade die irakische Armee für ihren Sieg im zweiten Teil des Golfkrieges gelobt wurde [nach dem ersten US-Amerikanischen Angriff mit dem Ziel Irak aus Kuwait zu vertreiben], bemerkte er bloss: «Nun, das ist ein seltsamer Sieg, wenn täglich Kinder an Hunger sterben.» Das war schon genug. Jemand hatte ihn gehört. Er wurde verhaftet, während dreier Wochen gefoltert und als gebrochener Mensch zurückgebracht. Ein rausgerutschter Satz kann Grund genug sein in einem irakischen Gefängnis zu verschwinden oder sogar umgebracht zu werden.



Zerschossenes Bild von Saddam Hussein im Nordirak

M.O.: Sie haben gesagt, Saddam habe Schätzungen gemäss seit 1979 ungefähr eine Million seiner eigenen Bürger umgebracht.

T.v.O.: Ja, Kurden, Schiiten, Christen und Sunniten zusammengenommen. Es gab gewaltige Massaker. Da war die sogenannte Anfal-Kampagne gegen die Kurden Ende der

1980er, bei der 4000 Dörfer zerstört und etwa 100'000 bis 150'000 Personen, zum Teil mit Giftgas, getötet worden sind. Bis zu einer Million Menschen wurden intern ins Exil geschickt. Das andere grosse Massaker war im Süden in den 1990ern, wo die Regierung ungefähr 300'000 Schiiten umbrachte. Zusätzlich gab es während der letzten zwanzig Jahre auch enorme Massaker an Kommunisten.

Die Schätzung über eine Million Getöteter schliesst nur zivile Opfer ein. Eine Million irakischer Soldaten kam im Iran-Irak-Krieg um. Eine halbe Million IrakerInnen starben an Hunger oder Krankheit infolge der Sanktionen gegen den Irak und noch mehr wurden im Golfkrieg umgebracht. Ungefähr 1,5 Millionen Menschen sind innerhalb des Iraks vertrieben worden und 4,5 Millionen IrakerInnen leben auf dem ganzen Globus verstreut. Zehn Prozent der irakischen Bevölkerung ist während Saddam Husseins Regentschaft getötet oder deportiert worden. Dies ist der Kern seines Regimes. Es ist kein Zufall, es ist systematisch.

M.O.: Welche Ideologie steht hinter Saddam Husseins Regime?

T.v.O.: Die Baath-Ideologie vermischt Panarabismus mit Bewunderung für Mussolini und Hitler, einige Ideen von Staatssozialismus und die Vorstellung von der Vormachtstellung der Araber. Diese wird erreicht sein, wenn die Araber sich von ausländischen – d.h. vor allem jüdischen – Einflüssen und sowohl britischem als auch amerikanischem Imperialismus befreit haben werden. Der Baathismus ist stark antikommunistisch und antiimperialistisch, und er ist antisemitisch seit seinen Anfängen. Im Irak wird alles durch diese wahnsinnige Verschwörungstheorie erklärt, die die Araber im Allgemeinen und den Irak im Besonderen als Opfer sieht. Den Irak sieht man als die mächtigste arabische Nation und den natürlichen Führer in der arabischen Einheit.

M.O.: Der Irak versteht sich also als das Zentrum der arabischen Welt?

T.v.O.: Ja, als Führer der arabischen Einheit. Saddam Hussein träumt davon, eine vereinigte arabische Nation zu regieren, die als Supermacht Ost und West gegenüberstehen würde. Irakischen Kindern wird im Kindergarten beigebracht, starke arabische Kämpfer zu sein.

M.O.: Ist der irakische Baathismus islamistisch?

T.v.O.: Der Panarabismus hat schon immer gesagt, Mohammed sei der panarabische Vordenker gewesen, und der Islam sei verunreinigt worden, als er die Grenzen zum Iran und zur Türkei überschritt. Die Aufgabe [der Baath-Parteigänger] ist nun, den richtigen Islam «wiederzubeleben», jenen Islam, der von Mohammed als arabische Ideologie gelehrt wurde. Speziell während des Iran-Irak-Krieges, als sich der Irak der iranischen Revolution gegenüber sah, luden sie ihre eigene Ideologie mit islamischem Inhalt auf. Die Iraner und die Zionisten, so sagten sie, seien Teil eines 2000 Jahre alten Komplotts mit dem Ziel den Irak zu zerstören und die Araber zu teilen. «Wir kämpfen für den wahren Islam», sagte das Regime, nicht für den unreinen Islam, für den der Iran steht. Es war ein Fehler der Amerikaner, zu glauben, der Irak sei eine Festung gegen den Islam.

M.O.: Ist es denkbar, dass die Kaida und der Irak zusammenarbeiteten?

T.v.O.: Saddam Hussein und Usama bin Ladin haben gemeinsame Feinde, dieselben Verschwörungstheorien. Sie teilen den Anspruch, im Namen der arabischen Massen zu kämpfen. Beide wuchsen im gleichen vergifteten Klima arabischer Diktaturen auf. Ihre Ideologien sind sich sehr ähnlich, auch wenn Saddam kein Islamist ist. Und da er schon viele Terrororganisationen unterstützt hat, wäre ich nicht überrascht, wenn enge Verbindungen zwischen dem Irak und der Kaida bestünden.

Meiner Meinung nach versucht Usama bin Ladin in Saddam Husseins Fussstapfen zu treten. Gleichzeitig versuchte Saddam Hussein in den 1990ern die Beziehungen zwischen dem Irak und den islamischen Bewegungen zu verstärken. Er setzte «Allah Akhbar» («Gott ist gross») als Schriftzug auf die irakische Flagge und finanzierte auch verschiedene islamische Gruppierungen in Palästina und andern Teilen der arabischen Welt. In Bagdad gibt es ein Terroristenausbildungszentrum namens Salmanpak, wo gemäss irakischen Oppositionellen in den 90er Jahren Terroristen aus anderen Ländern in Dingen wie Flugzeugentführung oder Gebrauch von Chemiewaffen ausgebildet wurden. Es kann sein, dass die beiden zusammenarbeiten, und wenn nicht, haben sie auf jeden Fall denselben ideologischen Nährboden.

M.O.: Sie würden sich also nicht der Meinung anschliessen, der Krieg gegen den Irak sei eine Ablenkung vom Krieg gegen den Terror, den Präsident George Bush erklärt hat?

T.v.O.: Die amerikanische Irak-Politik ist eine Reihe grosser Fehler. Erstens war es ein Fehler, dieses schreckliche Regime während der 1980er Jahre zu unterstützen, obwohl man zum Beispiel von den Massakern an den Kurden wusste. Zweitens war es ein riesiger Fehler, die Iraker Saddam Hussein 1991 nicht stürzen zu lassen. Die Amerikaner hatten Angst vor einer Demokratie im Nahen Osten, sie fürchteten ein Auseinanderbrechen des Irak, weil dadurch der Iran gestärkt worden wäre, also liessen sie Saddam den Aufstand niederschlagen.

Mit Regimes wie dem irakischen wird es im Nahen Osten keinen Frieden geben. Man kann ein solches Regime wie das Saddam Husseins nicht unter Kontrolle halten. Das war ein Fehler des Westens. Nun ist die Frage: Ist Amerika bereit, für seine Fehler aus den Achtziger- und Neunzigerjahren gerade zu stehen? Sind die Amerikaner bereit, die Demokratie zu fördern? Denn Leute wie Saddam Hussein und Usama bin Ladin kommen aus dem Nahen Osten, sie sind kein Produkt von Afghanistan.

M.O.: Wie ist Saddams Einfluss auf den Araber von der Strasse und was wären die Konsequenzen seines Sturzes?

T.v.O.: Die rückschrittlichsten und gefährlichsten Elemente in der arabischen und islamischen Welt sind von Saddam Hussein abhängig. Saddam Hussein wirklich zu entmachten, bedeutet, das Baath-Regime auszumerzen mit der Hilfe der irakischen Bevölkerung. Das würde dem Panarabismus im Nahen Osten den endgültigen Stoss versetzen. Syrien und viele sehr radikale Splittergruppen in Palästina, Libanon, Ägypten und den Golfstaaten wären betroffen. Diese Gruppen sehen auf zu Saddam Hussein als einem panarabischen antiimperialistischen Helden – obwohl er

in der anti-imperialistischen Tradition der Nazis, nicht der Linken steht. Ausserdem finanziert Saddam Organisationen wie die palästinensische Arabische Befreiungsfront (ALF), eine Baath-Organisation. Er bezahlt die Familien von Selbstmordattentätern. Er ist direkt und indirekt für viel Terrorismus im Nahen Osten verantwortlich.

M.O.: Was muss getan werden, nachdem Saddam weg ist, um nicht bloss ein irakisches Regime gegen ein anderes auszutauschen, sondern wirklich etwas Neues und Demokratisches in Bewegung zu setzen?

T.v.O.: 1991 hatten die Amerikaner Angst vor den Auswirkungen eines Volksaufstandes. Sie hofften, innerhalb des Militärs jemanden zu finden, der Saddam Hussein stürzen könnte und dann den Irak mit einigen kosmetischen Anpassungen jedoch mit demselben Sicherheitsapparat regieren würde. Diese Hoffnung wurde enttäuscht, denn Saddam hatte seit 25 Jahren versucht jeden zu beseitigen, der ihm irgendwie hätte gefährlich werden können. Jeder einflussreiche General wurde getötet. Jedes Jahr werden Säuberungskampagnen gegen hochrangige Baath-Parteigänger durchgeführt, damit niemand die Position seiner Familie, die den Irak mehr oder weniger regiert, schwächen kann. Die Kriegstreiber in den USA, Leute wie Donald Rumsfeld, Dick Cheney oder Richard Perle, analysierten die Lage und sahen ein, dass sie nicht bloss jemanden an der Spitze auswechseln können. Es ist nicht wie in einer südamerikanischen Diktatur. Wenn sie wirklich etwas verändern wollen, müssen sie einen neuen Irak schaffen.

Der Irak ist so rücksichtslos und brutal gegenüber jeglicher Opposition, dass die Bevölkerung sich nicht ohne einen äusseren Auslöser erheben kann. Aber im Moment, in dem die Möglichkeit geschaffen wird, wird die grosse Mehrheit der irakischen Bevölkerung an einem Aufstand teilnehmen. Sie werden die Baath-Partei ausmerzen und sogar persönlich am herrschenden Regime Rache nehmen. Es wird keine Baath-Partei mehr geben. Also muss man sich wirklich Gedanken darüber machen, was danach zu tun ist. Die einzige Alternative ist, eine Demokratie zu schaffen, was allerdings ein wirkliches Experiment darstellt; denn in der Region existiert nichts dergleichen. Der Irak sieht sich selber als arabisches Land, beinhaltet aber all die verschiedenen Minderheiten und ethnischen Gruppen des Nahen Ostens.

Wenn das nun also gründlich und mutig angegangen wird, ist es der erste Schritt zu einer Erneuerung des Nahen Ostens. Eine Demokratie in der Region wird sehr grosse Auswirkungen auf die anderen Staaten haben. Es ist eine riesige Herausforderung und ein Experiment. Die Frage ist: Wissen die Amerikaner was sie dort tun? Denn die Türkei, der Iran und Europa werden alle ihre eigene Politik durchzusetzen versuchen. Der Irak ist ein erdölreiches Land und man weiss nicht, ob dieses grosse Spiel nicht in eine Katastrophe münden wird.

M.O.: Befürworten Sie einen Krieg gegen den Irak?

T.v.O.: Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich einen Krieg nicht unterstütze, vor allem da wir nicht wissen, wie die Amerikaner diesen Krieg führen wollen. Aber man muss auch in Betracht ziehen, was der libanesische Intellektuelle Fouad Ajami sagt: Der Irak hat während den letzten dreissig Jahren gegen seine eigene Gesellschaft Krieg geführt. Saddam Hussein führt Krieg gegen seine eigene Bevölkerung und das muss unterbunden werden. Mir fällt keine andere Bevölkerung eines Landes ein, die in den letzten zwanzig Jahren so gelitten hat wie die Iraker in den Händen Saddam Husseins und wegen einer internationalen Politik mit dem Ziel ihn zu stützen. Wenn die Amerikaner wirklich bereit sind, ihn zu stürzen, könnte das sehr gut sein für die irakische Bevölkerung wie auch für die Region. Wenn die Amerikaner aber bloss nochmals einen dummen Krieg beginnen, wie 1991, dann bin auch ich dagegen.

Gegenwärtig läuft eine gewaltige Arabisierungskampagne gegen die Kurden in Karkuk. Menschen werden systematisch deportiert, weil die Regierung eine kurdische Stadt in eine arabische verwandeln will. Gerade jetzt finden ungeheure Gefängnissäuberungsaktionen statt. Jeden Mittwoch kommen Sicherheitskräfte ins grösste Gefängnis in Bagdad und sagen: Du, du, du und du. Fünfhundert Leute werden herausgenommen und umgebracht, nur weil die Gefängnisse überfüllt sind. Der irakische Nationalkongress sagt, es gäbe zur Zeit 600'000 bis 700'000 politische Gefangene in irakischen Gefangenenlagern.

Also stellt sich die Frage: Sind die USA wirklich bereit, die Demokratie im Nahen Osten zu fördern? Wenn ja, denke ich, ist der Krieg notwendig und gut. Oder wollen sie bloss einen dieser schrecklichen Generäle anstelle von Saddam? Dann lehne ich einen Krieg vehement ab. ■

Das Interview wurde am 4.10.2002 in der israelischen Zeitung Haaretz auf Englisch abgedruckt und liegt hier in einer gekürzten, ins Deutsche übersetzten Fassung vor.

Amerika und das Freiheitsversprechen

Antiamerikanismus beinhaltet das Ressentiment gegen Individualität und Aufklärung. In den USA den angestrebten Individualismus verorten und folgerichtig auf das amerikanische Militär vertrauen, ist aber eine falsche Antwort auf eine falsche Ideologie.

von Pascal Germann und Lukas Germann

«Es gibt kein richtiges Leben im falschen» (Theodor W. Adorno)

In RISSE Nummer 2 schrieben Stephan Truninger und Daniel Völk gegen Antiamerikanismus als «säkularisierten Antisemitismus». Antiamerikanismus richte sich «gegen die progressiven Momente» der USA. «Gerade im egoistischen Geschäftemachen» sei «ein Stück Individualität aufbewahrt». «Berechtigte Kritik» gibt es keine, impliziert der Artikel, denn der Hinweis auf diese verberge bloss «den Wunsch, sein Vorurteil auf die etwas weniger plumpe Art» zu artikulieren. Nachdem nun alle Zweifel beseitigt wären, kann gefolgert werden: Die Stärke des amerikanischen Militärs sei angesichts des allgegenwärtigen wahnhaften Antiamerikanismus beruhigend.

In den Auseinandersetzungen um eine militärische Intervention im Irak ist der Antiamerikanismus tatsächlich allgegenwärtig. Während noch vor vier Jahren der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien – unter europäischer Beteiligung – mehrheitlich bejubelt wurde und selbst in der ausserparlamentarischen Linken Veranstaltungen «pro und contra Krieg» organisiert wurden, scheinen nun plötzlich alle zu PazifistInnen mutiert zu sein. Die globalisierungskritische Bioladenbesucherin ist sich mit dem Biertrinker am Stammtisch einig in der Verurteilung der «arroganten und rücksichtslosen» USA. Nach Umfragen sind je nach Land 60-90% der EuropäerInnen der Meinung, dass die Amerikaner im Krieg gegen den Terrorismus ausschliesslich eigennützige Interessen verfolgen. Dies ist kaum als Ausdruck eines neuen kritischen Bewusstseins gegenüber Kriegspropaganda zu werten. Viel eher weisen solche Umfragen auf ein weit verbreitetes Vorurteil hin, das sich aus diffusen Ängsten vor dem «dekadenten» und «kulturlosen» Amerika nährt.

Von Chaplin zu Wayne

Wer aber dem reaktionären Antiamerikanismus einen «linken» Bezug auf Amerika entgegensetzen will, der geradezu ein positives Vertrauen in die USA setzt, geht von falschen Annahmen aus. Selbst wenn das Selbstverständnis der USA um einiges fortschrittlicher ist als dasjenige europäischer Staaten, so heisst das nicht, dass sich dieser Fortschritt auch in der Aussenpolitik manifestiert. Wenn die amerikanische Aussenpolitik unter rein ideologischem Gesichtspunkt betrachtet wird (was bereits eine unzulässige Vereinfachung darstellt), so ist festzustellen, dass die USA Werte wie «Individualismus» oder «Demokratie» zwar im Inland gegen Aussen verteidigen, aber ihre Aussenpolitik in keiner Weise danach richten, diese weltweit durchzusetzen, sondern im Gegenteil oft verhindern, dass eben diese Werte zum Durchbruch kommen. Das Gegenargument, das auf den amerikanischen Beitrag zur Befreiung Nazideutschlands verweist, ist berechtigt, aber unzureichend. Berechtigt deshalb, weil der Krieg gegen den Nationalsozialismus aus jeder ernst zu nehmenden linken Sicht eine uneingeschränkte Solidarität mit den USA erforderte. Zugleich ist der Verweis aber unzureichend, da die amerikanische Intervention im Zweiten Weltkrieg in vielerlei Hinsicht einen historischen Ausnahmefall darstellt und nicht mit anderen Interventionen der USA vergleichbar ist. Es war ein anderes Amerika, das propagierte, Krieg zu führen, um dem Morden in Europa ein Ende zu setzen, als das Amerika, das gegen Korea, Vietnam, Irak oder Jugoslawien losschlug. Der Kriegseintritt Amerikas in den Zweiten Weltkrieg war die Forderung der damals in den USA starken antifaschistischen Bewegung, die sich hauptsächlich aus Linksliberalen und KommunistInnen zusammensetzte, jenem Bündnis der Aufklärung, welches sich nicht nur dem Kampf gegen die faschistische Barbarei verpflichtete, sondern in welchem auch die Hoffnung einer allgemeinen menschlichen Emanzipation lag. Charly Chaplin warb in «The great dictator» nicht nur für einen Kriegseintritt der USA gegen Nazideutschland, sondern stellte auch klar, dass eine individuelle Befreiung nur mit einer kollektiven Produktionsweise erfüllt werden kann. Genau dieses progressive Amerika wurde aber mit der wahnhaften antikommunistischen Hetzjagd der Fünfzigerjahre weitgehend zerstört. Charly Chaplin wurde durch John Wayne ersetzt, der in seinen Propagandafilmchen die Legitimation der neuen Kriege der USA mit einer rassistischen und antikommunistischen Weltsicht verband. Während bei Chaplin Begriffe wie Freiheit auf eine zukünftige Gesellschaft hinwiesen, dienen sie bei Wayne und seinen würdigen Nachfolgern nur noch als Hintergrundsmusik zu einer Kriegspolitik, die sich gegen alle richtet, die den Kapitalismus in Frage stellen, da Freiheit nicht die Freiheit des Menschen, sondern des Marktes meint. Natürlich kann eine Ablehnung kapitalistischer Verwertung auch durch einen aggressiven Chauvinismus oder durch religiöse Zwangsvorstellungen erfolgen. Die USA intervenieren aber nicht nur gegen Regimes, die das Kapitalverhältnis negativ aufheben, sondern auch gegen alle Versuche, den Kapitalismus durch eine vernünftige Gesellschaft zu ersetzen.

Amerika wird so zum Garanten eines Systems, das als Ganzes irrational ist. Das Vorgehen der USA als rational im Sinne einer praktischen Vernunft darzustellen, kommt dem Fehler gleich, die Bibelexegese der Scholastiker, die ebenfalls mit rationalen Mitteln etwas Irrationales verteidigten, mit Aufklärung zu verwechseln.

Die USA sind aber auch keineswegs Garanten gegen zum Massenmord neigende Wahnregimes, die sich antikapitalistisch gebärden. Es gab in der Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sicherlich einen Fall, in der eine Militärintervention einen Massenmord eines pathologischen Regimes beendete. Das war der Einmarsch Vietnams in Pol Pots Kambodscha, jenes Vietnam, das zuvor 10 Jahre lang von den USA zerbombt wurde.

Abgesehen davon, dass durch die immer mörderischeren Waffentechniken die Zivilbevölkerung in zunehmen-

dem Ausmass zum Hauptopfer von Kriegen wird, ist es naiv zu glauben, dass die USA auch in Zukunft nur gegen Sadams und Talibans losschlagen werden. Wenn die Bush-Administration erklärt, dass die USA nicht mehr nur militärisch reagieren, sondern von nun an auch Präventivschläge gegen mögliche Feinde Amerikas ausführen werden, so ist dies beunruhigend. Wer meint, dass damit Individualismus und Freiheit besser bewahrt würden, hält es mit den John Waynes und nicht mit der Aufklärung.

Individualität und der «American Dream»

Was bedeutet denn Individualität unter kapitalistischen Vorzeichen überhaupt? Ähnlich und erst noch nah verwandt mit dem Begriff der Freiheit ist der Begriff der Individualität ein immer wiedermal bemühtes Versatzstück bürgerlich-liberaler Ideologie. Indem solche Individualität mit einem angeblich «natürlichen» menschlichen Egoismus gleichgesetzt wird, dient dieser Begriff in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre auch dazu, die kapitalistische Produktionsweise als die einzig gerechte und vor allem den menschlichen Bedürfnissen entsprechende darzustellen: in der Verfolgung seiner Einzelinteressen sorgt jedeR automatisch auch für das gemeinsame Wohl der Gesellschaft. So steht es wörtlich geschrieben im Lehrbuch für Volkswirtschaft, aus dem schweizer MittelschülerInnen die Grundzüge und -vorteile der herrschenden Gesellschaftsform lernen sollen. Die Autoren des Antiamerikanismus-Artikels scheinen einen solchen Individualitätsbegriff prinzipiell zu teilen, auch wenn sie ihn noch irgendwie transzendiert haben wollen: «Gerade im egoistischen Geschäftemachen ist also ein Stück Individualität aufbewahrt, welches in einer freien Gesellschaft erst herzustellen ist.»

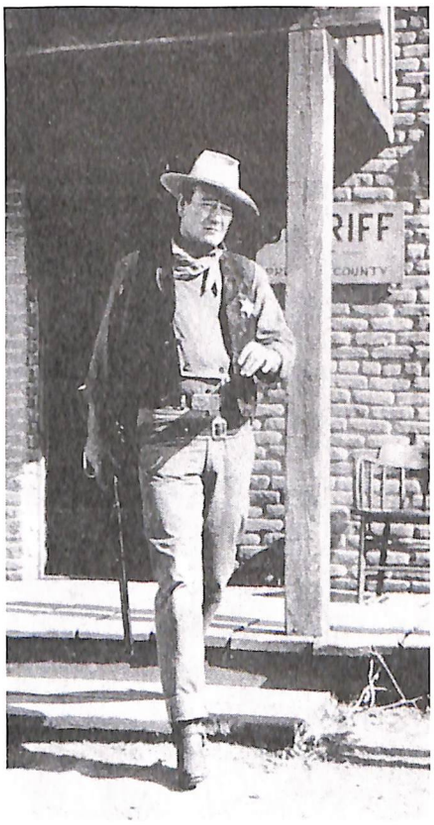
Plötzlich sieht man in den von den Gesetzen der Kapitalakkumulation bestimmten Handlungen der KapitalistInnen (und ArbeiterInnen??) einen individuellen Ausdruck, ein freies Sich-Entscheiden und Walten. Es ist eine sehr grundlegende und sicherlich nicht die dümmste Erkenntnis von Karl Marx, dass es gerade ein Wesenszug der entwickelten kapitalistischen Warengesellschaft ist, dass darin die Ökonomie über den Menschen und eben nicht der Mensch über die Ökonomie bestimmt. Nicht moralische Kategorien und Vorstellungen bestimmen über den Standort, den die einzelnen Menschen im kapitalistischen Produktionsprozess einnehmen – auch nicht ihr «Egoismus» – sondern eher umgekehrt ihre funktionale Rolle in diesem Produktionsprozess über ihr Bewusstsein, über ihre «Individualität».

Ob einer solchen Erkenntnis in einen dummen Determinismus zu verfallen und Freiheit und Individualität als solche für bloss bürgerliche Begriffe zu erklären oder sich durch allerlei moralisierende Tabuerklärungen ganz allgemein zu einem lustlosen Leben zu verpflichten, ist reaktionär. Die auch noch so vorsichtige positive Bezugnahme auf das, was im «egoistischen Geschäftemachen» für Individualität ausgegeben wird, aber bedeutet ein gänzlicher Verzicht auf alle Perspektive der revolutionären Befreiung, bedeutet ein Einlenken auf die Ideologie des faktisch Bestehenden. In allen drei Varianten ist das Projekt der Befreiung aufgegeben, bevor es auch nur hätte gedacht werden können. Amerika ist kein Garant von Freiheit und Individualität, weil wirkliche Freiheit und Individualität sich nicht in blossen Ansätzen verwirklichen lassen.

Gerade wer das im American Dream angelegte Versprechen von Freiheit und Individualität ernst nimmt, muss radikal auf seiner Unerfülltheit beharren, muss den kapitalistisch-kulturindustriell gewährten Individualismus als Farce, als ideologische Lüge kritisieren. Von der Achtung vor dem einzelnen Menschen, seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten, die der amerikanische Mythos vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in dem jedeR vom Tellerwäscher zum Millionär avancieren kann, verspricht, bleibt real nur das blosse Versprechen, dessen Gewaltigkeit im Angesicht des effektiv Gebotenen unter der lauten Häme der Einheitskultur verblasst.

Kritik und Befreiung

Der Mensch als freies Individuum hat im kapitalistischen System keinen Platz. Dessen Totalität ist eine irrationale, auch wenn in all ihren Einzelheiten völlige Zweckmässigkeit herrscht. Individualität und Freiheit sind emanzipatorisch gefasst heute dem Bestehenden gegenüber negativ funktionierende Begriffe, das heisst, sie konstituieren sich nur in der Kritik am bestehenden Falschen, im Beharren auf der Uneingelöstheit ihres Versprechens, auf der Unerträglichkeit dessen, was ist. Das, was die liberale Variante des Kapitalismus qualitativ von seiner autoritären abhebt, ist die Möglichkeit, solche Kritik zu üben. Dies ist es, was ein



«Rio Bravo», 1959

freiheitliches Land wie die USA von diktatorischen Gebilden wie dem Irak ganz grundsätzlich unterscheidet. Diese freiheitliche Möglichkeit zur Kritik ist aber noch nicht die Freiheit selbst. Diese ist ein transzendierendes Projekt. Erlösung lässt sich nur als Prozess mit offenem Ausgang denken, ohne jedweden positiven Bezug im Falschen. Deshalb ist sie ein revolutionäres Projekt, deshalb kann heute nur negativ von ihr gesprochen werden. Die Perspektive des Kommunismus ist als Projekt zur Verwirklichung der individuellen menschlichen Möglichkeiten in Freiheit und Gleichheit eine ungewiss messianische. In der unfreien Gesellschaft, in der die Ökonomie über den Menschen und nicht der Mensch über die Ökonomie bestimmt, ist sie auch nicht in Ansätzen leb- oder denkbar. Es gibt kein richtiges Leben im falschen... ■

Über die grenzenlose Wut der Arundhati Roy

«Es fällt mir schwer das auszusprechen, aber der amerikanische way of life kann nicht aufrecht erhalten werden.» schreibt Arundhati Roy, die Ikone der Anti-Globalisierungsbewegung in ihrer neuesten Tirade gegen die USA. Ihre «grenzenlose Wut» objektiviert sich in einer Ideologie, die kaum noch Grenzen kennt: Al Qaida wird für sie zum Gegenprinzip des Profits in einer von gierigen Bankern beherrschten Welt.

von Daniel Völk und Stephan Truninger

In der letzten RISSE wurde die antiamerikanische Ideologie als säkularisierter Antisemitismus beschrieben. Nun, mit wachsender Kriegsgefahr im Golf, häufen sich antiamerikanische Äusserungen in der deutschen Öffentlichkeit. Einen besonders prominenten Platz in dieser «Diskussion» nimmt die indische Schriftstellerin Arundhati Roy ein, denn diese Stimme der vom bösen amerikanischen Kapitalismus unterdrückten Dritten Welt verleiht deutschen Linken wie Rechten die Weihe der Geknechteten. Während für viele Linke das Label «Dritte Welt» sakralen Charakter besitzt, schreiben die Rechten Anti-Kapitalismus und Anti-Imperialismus auf ihre nationalen Fahnen und fühlen sich in der See des Antiamerikanismus genauso wohl wie im Meer des Antisemitismus. Zwar ist die Inderin keine Deutsche, doch um die amerikanische Weltverschwörung zu bekämpfen, will die neue multikulturelle Rechte alle Kräfte und Kulturen mobilisieren. Aber die Person Arundhati Roy ist nicht der alleinige Grund der Begeisterung, die sie auslöst: Ihre Texte sind stilistisch brilliant durchkomponierter Antiamerikanismus. An ihnen lässt sich diese Ideologie exemplarisch analysieren – ihre Verwandtschaft mit Antisemitismus verschleiern sie nicht.

Steigende Popularität

Frau Roy, zuvor lediglich einem kleinen Kreise bekannt als Autorin des Buches, «Der Gott der kleinen Dinge», das als Meisterwerk postkolonialer Literatur gilt, wurde im letzten Herbst populär durch ihren ersten Kommentar zum 11. September, in dem sie über Osama Bin Laden schrieb: «Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten.» Doch nicht genug, dass sie George W. Bush mit Osama bin Laden verglich, besonders gern rezipiert wurde in Deutschland ihre Interpretation des 11. September als Rache der «Opfer des amerikanischen Kapitalismus»: «Die Anschläge vom 11. September waren die monströse Visitenkarte einer aus den Fugen geratenen Welt. Die Botschaft könnte, wer weiß, von Usama Bin Ladin stammen und von seinen Kurieren übermittelt worden sein, aber sie könnte durchaus unterzeichnet sein von den Geistern der Opfer von Amerikas alten Kriegen.» Nun spricht aus ihr die «soziologisch repräsentative Stimme» ihres Landes, Globalisierungsgegner feiern sie

Antiamerikanische Reflexe

als Querdenkerin und auch die rechtsextreme «Junge Freiheit» bietet ihr ein Forum und schwärmt: «Gegen die imaginär-papierenen Scheinwerte der Waren- und Finanzwelt verteidigt Arundhati Roy die wahren Werte des menschlichen Lebens – Güte, Schönheit, Wahrhaftigkeit, innere Grösse.»

Das arme Opfer

Am 2. Oktober 2002 publizierte sie ihr neuestes Pamphlet unter dem Titel: «Wie man einen Krieg verkauft. Unsere Wut ist grenzenlos: Über den Antiamerikanismus als Ideologie». Der Titel aber führt in die Irre: Arundhati Roy ist nicht wütend auf den Antiamerikanismus als Ideologie, sondern auf die Kritik des Antiamerikanismus. Diese scheint ihr überall verbreitet und ständig formuliert zu werden. Frau Roy fühlt sich als Opfer dieser «Ideologie». Die überall Hofierte wird vom Vorwurf des Antiamerikanismus «abgestempelt», «umstandslos verurteilt», «diskreditiert» und sieht ihr «Argument im Aufschrei eines verletzten Nationalstolzes untergehen.» Unverschämt ihr solches vorzuwerfen, denn Arundhati Roy kann differenzieren – und zwar immer am besten dann, wenn es nicht angebracht ist. Roys Strategie ist die des ideologischen Differenzierens, sie simuliert Genauigkeit an einem Punkt, wo es sowieso keinen interessiert oder jeder zustimmt, um im nächsten Moment um so holzschnittartiger mit Stereotypen und Vorurteilen zu hantieren. Hinter der mit dem Nimbus von Nachdenklichkeit und Querdenkertum umgebenen Kritik des Schwarz-Weiß-Denkens verbirgt sich der Wunsch, auf Umwegen doch irgendwie für die mörderischen Terroristen Partei ergreifen zu können. Schliesslich kritisiere sie doch lediglich die Politik der amerikanischen Regierung, schwärme aber für Toni Morrison, John Updike, Atomwaffengegner und Kriegsdienstverweigerer. Sie hasst die Amerikaner nicht, sie liebt an ihnen alles, was so ist wie sie selbst: «das andere Amerika». Die perfiden Intellektuellen, die ihr Antiamerikanismus vorwerfen, meinten, man könne Amerika nur als Ganzes hassen oder lieben – man habe lediglich die Wahl zwischen Proamerikanismus und terroristischem Antiamerikanismus. Sie fühle sich «erinnert an eine zurückweichende Truppe, die in einer dichtbevölkerten Stadt Unterschlupf sucht, in der Hoffnung, der Feind werde aus Sorge vor zivilen Opfer von einem

Beschuss absehen.» Selbst wenn Arundhati Roy mit ihrer absurden Behauptung, Kritik an der Politik der amerikanischen Regierung würde als

Antizionistische «Kriegsgegnerinnen»

Verunglimpfung John Updikes aufgefasst, recht hätte, bliebe zu differenzieren zwischen der Rhetorik Intellektueller und der Taktik Saddam Husseins im letzten Golfkrieg, der die Körper der irakischen Zivilisten als Schutzschilde benutzte.

Zu ihrer Verteidigung nimmt Roy noch eine andere ideologische Figur zu Hilfe. Diese ist gross geworden innerhalb der Palästinasolidarität: Man könne ja nicht antisemitsch sein, schließlich gäbe es ja auch Juden, die ihrer Regierung Nazi-Methoden vorwerfen würden, verteidigen sich auch deutsche Palästinafans. Der Erfolg dieses im Grunde rassistischen Arguments, jüdische Menschen könnten keine antisemitischen Meinungen haben, verweist nur darauf, wie sehr rassistische Denkmuster verinnerlicht sind. Dieser Argumentationsfigur durchaus ähnlich findet Arundhati Roy ihre Kronzeugen in Amerika: «Die nachdenklichsten, schärfsten, bissigsten und geistreichsten Kommentare über die Heuchelei und die Widersprüche der amerikanischen Politik stammen ja gerade von den Amerikanern selbst.» Wer kann noch wagen Arundhati Roy Antiamerikanismus vorzuwerfen, gibt es doch auch Amerikaner die ihre Meinung teilen.

Mangelhaftes Gedächtnis

Früher, glaubt die indische Schriftstellerin, sei sie viel zu naiv gewesen und hätte die amerikanische Rhetorik für bloss arrogant und töricht gehalten. Heute aber durchschaue sie die «raffinierte Werbekampagne für einen irrigen, gefährlichen Krieg.» Die amerikanische Regierung betrüge die Weltöffentlichkeit mit wechselnden Vorwänden für ihre eigentlichen Interessen. Erst hätte es geheissen, man wolle Bin Laden in Afghanistan fangen, nun aber, behauptet die Regierung, ginge es um die Befreiung der Frauen. Mit dieser Begründung, so Roy, könne man auch gleich Pakistan und Bangladesh bombardieren. Abgesehen davon, dass das Argument von Kriegsbeginn an vorgebracht wurde und nicht erst als späte Rechtfertigung, scheint ihr das Resultat, dass afghanische Frauen zumindest in der Theorie gnädigerweise wieder ein Stück vom Kuchen der Freiheit bekommen haben und zum Beispiel die Schule wieder besuchen dürfen, völlig gleichgültig zu sein.

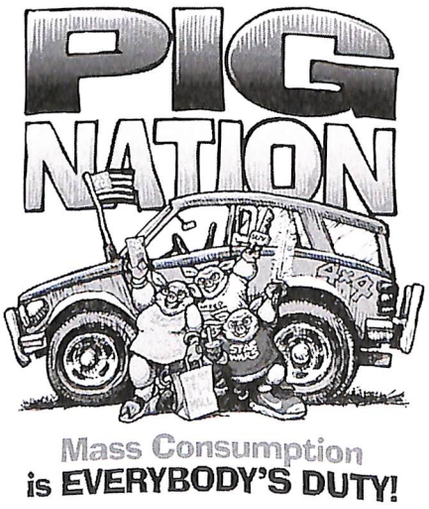
Vernichtungsträume

«Wenn es [Amerika] für sich das Recht beansprucht, einen Präventivschlag gegen den Irak zu führen, so wäre jede Atommacht berechtigt, einen Präventivschlag gegen eine andere zu führen. Indien könnte Pakistan angreifen oder umgekehrt.» Zwar unterscheidet Arundhati Roy zwischen Toni Morrison und der amerikanischen Regierung, doch der Unterschied zwischen einer Atommacht, die immerhin bürgerlich-demokratisch abgesichert ist wie Amerika und einer möglicherweise atomar bewaffneten Diktatur Irak entgeht ihr. Nachdem sie eben die Undifferenziertheit ihrer Gegner beklagte, wird nun alles Eins. Was aber, spinnt man den Gedanken weiter, nicht ohne Konsequenzen bleibt: Israel und Amerika dürften sich selbst gegen einen Irak, der im Besitz von Atomwaffen wäre, nicht wehren, was impliziert, dass Saddam Hussein seine vernichtungsantisemitischen Wunschträume wahrmachen darf.

Globalisierungsgegner Al Qaida

«Deutlich können wir nun sehen, wie Amerikas andere Waffe, der freie Markt, mit einem verbissenen Lächeln über die Entwicklungsländer hereinbricht. «The Task That Never Ends», die immerwährende Aufgabe also, ist Amerikas perfekter Krieg, das Vehikel des unaufhörlich expandierenden amerikanischen Imperialismus. Profit heisst auf Urdu «fayda», und «Al-qaida» bedeutet: Wort, Wort Gottes, Gesetz. Manche Inder bezeichnen den Krieg gegen den Terror als Kampf zwischen Al Qaida und Al Fayda. Wort gegen Profit. Im Moment sieht es aus, als würde al-Faida die Oberhand gewinnen.»

Wort, Wort Gottes, Gesetz. Das Wort Gottes (Religion) und das Gesetz, im Zusammenhang mit Al Qaida wohl eher als «Gesetz Gottes» zu lesen, repräsentieren die Mächte der religiösen und kulturellen Gemeinschaft. Diese stellt Arundhati Roy radikal dem «amerikanischen Profit» gegenüber. Dies ist die gängige Argumentation der GlobalisierungsgegnerInnen, die die «authentische Kultur» der «Völker der Dritten Welt» verteidigen. Während man sonst bemüht ist, unterschwellige Sympathien der Globalisierungsgegner für den islamischen Fundamentalismus zu verstecken, spricht es Arundhati Roy offen aus. Zwar bezieht sie sich nicht explizit positiv auf Al Qaida, sondern legt diese Worte einigen Indern in den Mund, aber der Leser soll sich inspiriert fühlen und sich sein Teil denken. Diese Trennung von «Al Qaida» und «Al Fayda» ist falsch. Denn beide greifen ineinander über und sind Pro-



dukte desselben Prozesses. Die Rückkehr zur angeblichen Sicherheit der Religion könnte nicht ohne die Unsicherheit der Existenz im Kapitalismus gelingen, genauso wenig wie der Kapitalismus ohne den quasireligiösen Glauben an ihn fortleben könnte. Wie «Al Fayda» in der Welt des freien Marktes herumgeistert,

Demonstration gegen den Irakkrieg in London 2002

kann auch «Al Qaida» ihre brutale Gewalt nur durch die Teilhabe an diesem freien Markt bezahlen.

Bürgerliche Freiheiten

«Jede Art von Aufbegehren wird als *Terrorismus* bezeichnet.» Obwohl nicht jede Art von Aufbegehren als Terrorismus bezeichnet wird, kann Arundhati Roy sich Aufbegehren offenbar lediglich als Terrorismus vorstellen. Kein Wunder nach ihrem verklausulierten Plädoyer für Al Qaida. Die bürgerlichen Freiheiten, deren Einschränkung im Namen des Krieges gegen den Terrorismus sie beklagt, scheinen ihr nicht so sehr am Herzen zu liegen, wie der Freiraum für terroristische Aktionen, den diese bieten. Bürgerliche Freiheiten wegen Terrorismus einzuschränken, ist in der Tat zu verurteilen – es kommt nur drauf an, warum man es verurteilt. Die Gründe, die Roy dafür anführt, sind jedenfalls die falschen. «Es fällt mir schwer es auszusprechen, aber der amerikanische way of life kann nicht aufrechterhalten werden. Weil diese Lebensform nicht akzeptiert, dass es ausser ihr noch eine andere Welt gibt.» Arundhati Roy fasst ihren ganzen Mut zusammen und lässt es raus: gerade das emanzipatorische Moment bürgerlicher Gesellschaft, das individuelle pursuit of happiness, die sicher nur abstrakte und sich selbst dementierende Freiheit, welche im american way of life ihren exponiertesten Ausdruck gefunden hat, ist Objekt ihrer «grenzenlosen Wut». Amerika müsse scheitern – und man spürt die Hoffnung in jeder Silbe – weil es den Lebensstil einer anderen Welt nicht toleriere: Doch es gibt keine andere Welt, auch wenn Roy mit dem Begriff «Lebensform» suggeriert, die amerikanische sei eine ausserirdische.

Personalisierung

Aber Arundhati Roy nennt noch einen Grund, weshalb Amerika scheitern muss: Amerika ist nicht bloss ignorant, sondern auch böse. «Eine Welt, die regiert wird von einer Hand voll gieriger Banker und Unternehmenschefs, die niemand gewählt hat, kann unmöglich Bestand haben.» Der Antiamerikanismus offenbart seinen Ursprung: Arundhati Roy präsentiert ihn als säkularisierte Neuauflage der Theorie von der jüdischen Weltverschwörung. Die abstrakte und apersonale Herrschaft des Kapitals wird personalisiert im alten antisemitischen Bild einer Hand voll Zirkulationsagenten, welche hinter den Kulissen die Fäden ziehen und unkontrollierbar ihre Gier auf Kosten anderer befriedigen. Schuld sind aber bei Roy nicht die Juden, sondern das geographisch abgeschlossene Amerika, das im Krieg gegen den Terror «seine Netze immer weiter aus[wirft]». «Das internationale Kapital hat Namen und Adressen» schreien Globalisierungsgegner immer wieder. Auch Arundhati Roy ist sich sicher: die Bösartigkeit und Gier einiger weniger Banker und Unternehmenschefs trägt die Schuld an ihrem Unbehagen in dieser Welt. Verkürzte Kapitalismuskritik aber führt nicht zurück in die heile Welt der Nationalökonomie, sondern dank dem damit verbundenen Gemeinschaftsgedanken zu antiaufklärerischem Denken und Handeln.

Schicksalhaftigkeit

Arundhati Roy hofft nicht bloss, dass der american way of life bald zerstört wird, sie weiss es. Das Schicksal ist auf ihrer Seite, denn bereits «der sowjetische Kommunismus ist nicht gescheitert, weil er grundsätzlich böse war, sondern weil er einen Fehler hatte. Zu wenige Leute konnten zuviel Macht an sich reissen. Der amerikanische Kapitalismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts wird aus dem gleichen Grund scheitern.» Für Arundhati Roy hat der Kapitalismus lediglich Fehler, er selbst ist keiner. Weder gegen Kapitalismus noch gegen Macht hat sie etwas einzuwenden, sie will bestenfalls die Macht im Kapitalismus besser verteilen. Dass aber die «Globalisierung» nicht bloss eine des «Profits», sondern auch eine des Denkens ist, beweisen die antiamerikanisch-antisemitischen Texte der indischen Schriftstellerin selbst, deren Argumentationsstrukturen in Deutschland nur zu gut bekannt sind. Daher erscheinen ihre politischen Texte zuerst auf Deutsch und im Anschluss an den deutschen Widerhall in der englischen Originalsprache. ■

Arundhati Roy: Die Politik der Macht
München 2002

Völkisches von der Bezirksanwaltschaft

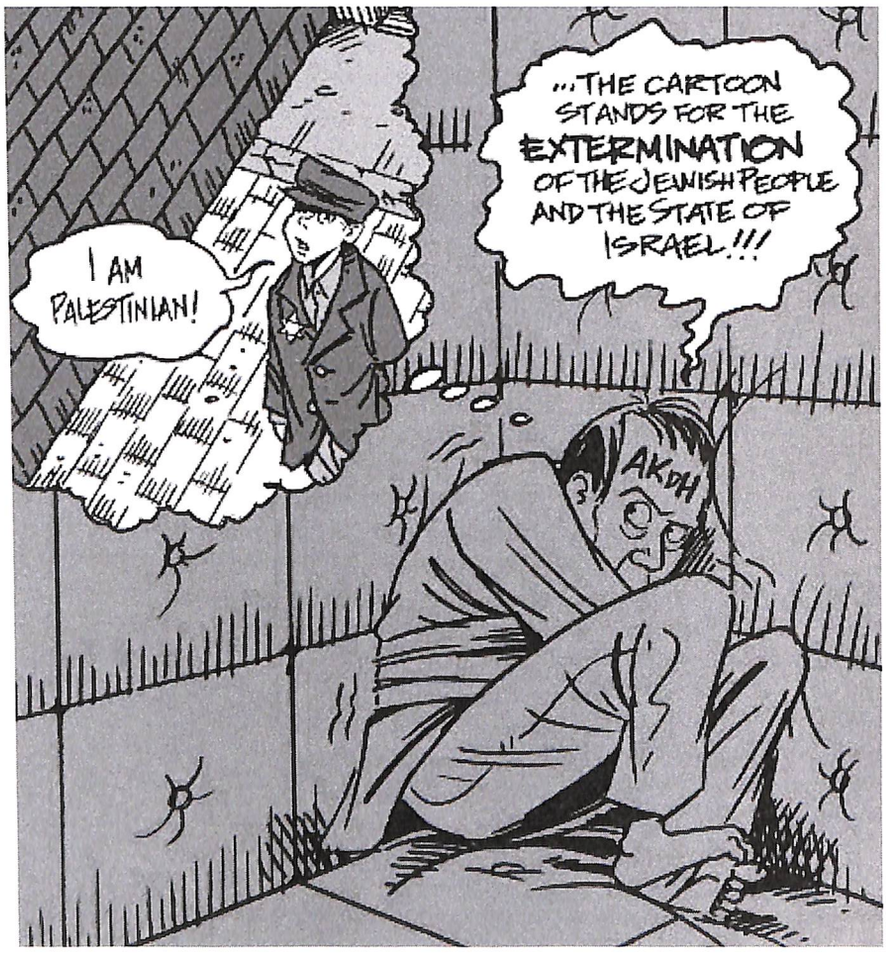
Das Verfahren gegen den schweizerischen Ableger von Indymedia und den Cartoon ihres Hauszeichners Latuff ist eingestellt worden. Mit der gerichtlichen Verfügung ist ein weiterer Meilenstein in der langen Geschichte des unzertrennlichen Verhältnisses zwischen schweizerischem Amtsschimmel und Antisemitismus erreicht.

von Alex Riva

Kaum jemand glaubte, als das Gesetz gegen Rassendiskriminierung 1995 eingeführt wurde, dass damit Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz zum Verschwinden zu bringen wären. Die Diskriminierung von MigrantInnen auf der Grundlage der Ausländergesetze und im Bereich der Arbeit, die xenophobe Vorurteile hegende Mehrzahl der Bevölkerung und die antisemitische Tradition waren damit keineswegs behoben. Wenig zuversichtlich musste auch stimmen, dass in den Gesetzestext die biologistischen Konstrukte von «Rassen» und «Ethnien» Eingang fanden, als handelte es sich um wissenschaftliche Kategorien.

Dennoch hat sich das Gesetz als Instrument gegen offenste Proklamationen einer rassistischen Gesinnung in einigen Fällen bewährt. Antisemitismus tritt nun aber nach Auschwitz selten sich offen als solcher bekennend auf. Im Sinn einer aufgeklärten Linken wäre es, wenn das Gesetz strenger gehandhabt oder in eine konsequentere Form gebracht würde, damit auch die halbwegs kaschierten Formen des Antisemitismus sich ahnden liessen.

Zu einer gegenteiligen Auffassung kommen die Leute um Indymedia Schweiz. Auf dieser Website konnten BenutzerInnen bis im Frühjahr 2002 alle möglichen Beiträge und Kommentare ungehindert veröffentlichen. Nach dem Erscheinen von mehreren antisemitischen Postings reichte die AKdH (Aktion Kinder des Holocaust) eine Anzeige gegen Indymedia Schweiz ein. Panikartig wurden Krisensitzungen, angeblich zur Abwehr des Staatsschutzes, einberufen und die «FreundInnen von Indymedia» solidarisierten sich in einem Schreiben mit den Beschuldigten. Darin forderten die linken FreundInnen, die halt doch mehr FreundInnen als Linke sind, offensiv dazu auf, die Anwendung des Gesetzes gegen Rassendiskriminierung wenigstens dieses Mal zu verurteilen. Das Weitere war absehbar. Gerade bei Globalisierungsverängstigten, die statt die Gesellschaft zu analysieren sich katechetisch an Leitformeln eines zu allgemeiner Verbindlichkeit hochstilisierten Utopismus klammern, drohte mit der Nachsicht im einen Fall eine falsche Toleranz überhaupt sich durchzusetzen. Die KritikerInnen der Welt in ihrer Eigenschaft als einer globalen haben seit langem nicht mehr so viel und so hingebend wie bei dieser Gelegenheit über Meinungsfreiheit und open publishing geredet. Der Nimbus der Allgemeingültigkeit solch unverhoffter Liberalität steht ihnen insofern zu, als am mutmasslich anderen Ende des politischen Spektrums auch vornehmlich dann der Jammer über das «Maulkorbgesetz» ausbricht, wenn der antisemitischen Propaganda ein Riegel geschoben wird. Bei all dem Selbstmitleid und dem Geschwafel über das Medium Internet wurde eines vergessen: Es kann nicht das Ziel sein, solche Bestandteile der bürgerlichen Justiz ausser Kraft zu setzen, die gegen Reaktionäres oder Menschenverachtendes gerichtet sind.



Wahnsinn oder Gewaltherrschaft? Latuffs Wahnideen zur AKdH

Der Cartoon

Allerdings möchte ich nach erfolgter Einstellung des Verfahrens die ablehnende Haltung gegenüber einer Anwendung des Artikels 261bis beinahe teilen, hätte ich nicht Bedenken, dass der «linke» Freundeskreis dies als Würdigung seiner Ignoranz missverstehen könnte. Eine Klage wurde hier zum Anlass genommen, um bei ihrer Zurückweisung noch die eine oder andere antisemitische Bemerkung draufzusetzen. Einmal mehr stellt sich somit die Frage nach dem staatlichen Zweck einer Antirassismus-Strafnorm. Zuerst aber werde

ich einige Worte zur Einstellungsverfügung der Bezirksanwaltschaft Zürich verlieren.

Auf die unverhohlensten Aufrufe zum Judenhass, die es auf Indymedia Schweiz zu lesen gab, geht die Bezirksanwaltschaft aus ungenannten Gründen gar nicht erst ein. Vermutlich ist es ihr einfach zu umständlich, diesen Postings Harmlosigkeit zu attestieren, da sie schon drei Seiten im gewundenen Juristenjargon benötigt, um den Cartoon des Zeichners Latuff vom – wie sie selber zugibt – irgendwie begründeten Verdacht freizusprechen.

Der Cartoon zeigt einen Jungen auf der Strasse vor einer Hausfront mit fallenloser Tür. Eine unabsehbar hohe Mauer unterbricht die Strasse. Der gelbe Davidstern auf der Jacke des derart Eingesperrten zusammen mit der Aufschrift des Schilds an der Mauer in deutscher und polnischer Sprache – «WOHNGEBIET DER JUDEN – BETRETEN VERBOTEN» – lassen an ein Ghetto nach dem deutschen Einmarsch denken. In der dem Jungen zugeordneten Sprechblase steht: «I AM PALESTINIAN!».

Die nationalsozialistischen Rotten trieben Menschen zusammen, die nach dem in Nürnberg zum Gesetz erhobenen Abstammungsfetischismus als jüdisch galten. Die Figur mit dem aufgenähten Davidstern als einem Zeichen der feindlichen Stigmatisierung anstelle selbstbestimmter Zugehörigkeit wird im Cartoon mit dem Bekenntnis, palästinensisch zu sein, einer zweiten Festschreibung unterzogen. Die doppelte Markierung suggeriert das gemeinsame Schicksal zweier historisch getrennter Gruppen. Als einigendes Moment beschwört solche Instrumentalisierung von Opfern des Nationalsozialismus gegnerische Übermacht herauf. Die Sicherung der Grenze zum Autonomiegebiet und die Besetzung palästinensischer Städte durch das israelische Militär werden gleichgesetzt mit der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung nach 1939 in Osteuropa.

Es ist anzunehmen, dass in den ersten beiden Jahren des Angriffskriegs über das weitere Schicksal der in Konzentrationslagern und Ghettos festgehaltenen JüdInnen noch nicht entschieden war. Etwas anderes jedoch war unter dem Nationalsozialismus nicht vorgesehen als entweder ihre restlose Vertreibung oder ihre Vernichtung. Hierzu eine Parallele im Vorgehen des israelischen Staats gegenüber aufständischen PalästinenserInnen zu ziehen, ist so ungeheuerlich wie falsch. Aber um Richtigkeit geht es Latuff auch nicht, denn er will in erster Linie Israel als den NS-Staat von heute brandmarken. In historischer Hinsicht aufschlussreich ist allenfalls der Umstand, dass der brasilianische Zeichner mit der zweisprachigen Beschriftung des Schilds ganz ungezwungen heutige Kollektive anspricht, bei denen sich diese Gleichsetzung besonderer Beliebtheit erfreut.

Das Rechtsgut

Die Bezirksanwaltschaft schickt sich also an, diesem Cartoon den antisemitischen Gehalt abzusprechen. Einleitend werden die strafrechtlichen Voraussetzungen für eine Verurteilung nach dem Artikel 261bis angeführt. Der für den Entscheid ausschlaggebende Kommentar stammt von einem Jörg Rehberg: «Die Gefährdung des geschützten Rechtsgutes [will vermutlich heissen: der Menschenwürde. A.R.] liegt in der Unentrinnbarkeit der Kriterien, da sich diese jeder Bemühung um Integration entziehen.» Die Spannung steigt, welches wohl unintegrierbare Kriterien sind, und welches diejenigen menschlichen Anteile, die, sollten sie trotz ihrer prinzipiellen Integrierbarkeit nicht dem/der DurchschnittsbürgerIn angeglichen werden, die Beleidigung einer Person rechtfertigen. Zuerst aber zum Unintegrierbaren: «Seiner Abstammung oder rassischen Zugehörigkeit kann ein Mensch sich nicht entledigen.» Das ist gewiss nicht zu bestreiten, dass wenn jemand sich dazu entschlossen hat, die Menschheit in Rassen aufzuteilen, dem niemand entgehen wird. Es fragt sich nur, ob nicht schon dieser vorausgehende Akt strafbar sein müsste und nicht erst das herabsetzende Gebrauchmachen von der Unterteilung, wie es im Rassenwahn notwendig angelegt ist. «Ebensowenig kann er den religiösen Hintergrund, durch den sein Bewusstsein von Kindheit an geprägt wurde, ohne weiteres ablegen.» Ebensowenig? Oder bloss nicht ganz «ohne weiteres»? Ich will auf dem Punkt nicht beharren, aber ich empfinde die Religion nicht als etwas besonders Unentrinnbares. Bei den sogenannten Volkszählungen habe ich sogar die Erfahrung gemacht, dass sich eine Religion «ohne weiteres» ablegen und sich ebenso leicht eine neue annehmen lässt. Unzweifelhaft scheint mir hingegen, dass sich religiöse Zugehörigkeit und Überzeugung besser vor Diffamierung schützen liessen, wenn sie nicht biologistischen «Kriterien» angenähert würden. Doch genug davon, denn jetzt kommt der Kommentar zum angreifbaren, weil integrierbaren Teil des Menschen. – Oder vielleicht doch nicht? «Keine Herabsetzung oder Diskriminierung lässt sich darin erblicken, dass sachliche Kritik an der Einstellung oder am Verhalten einer ethnischen bzw. religiösen Gruppierung geübt wird.» Nein, doch nicht. Es geht nicht um Menschen mit einem eigenen Willen, sondern um den erweiterten Menschen, um den zur Ethnie oder zur religiösen Gemeinschaft erweiterten Menschen, der auf wundersame Weise einen Gesamtwillen solcher Gruppen mit einer einheitlichen Einstellung und einem durchgehenden Verhalten repräsentiert. Ob an diesem Hirngespinst vom erweiterten Menschen überhaupt «sachlich» Kritik geübt werden kann, bleibe bis auf weiteres dahingestellt.

Die Kernaussage

Ich weiss nicht, ob es für eine Bezirksanwaltschaft unumgänglich ist, sich auf solche Exzerpte von Kommentaren zum Strafrecht abzustützen, kann mir aber vorstellen, dass relevante Stellen sich finden liessen, die nicht derart von Idiotie strotzten. Die eigentliche Begründung zur Verfahrenseinstellung legt den Schluss nahe, dass die Beurteilenden schlicht auf die ihnen entsprechendsten Kommentare stiessen. «In der fraglichen Karikatur wird die Politik des heutigen Israel gegenüber den Palästinensern der Ausgrenzungspolitik des Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkriegs gleichgesetzt. Die übermittelte Kernaussage kann so verstanden werden, dass sich die heutigen Juden gleich wie die damaligen Nationalsozialisten verhalten würden.» Auch in einem Cartoon wird mit einer Kernaussage nicht etwas ausgesagt, das so verstanden werden kann, sondern etwas, das nicht anders verstanden

werden kann. Der semantische Schnitzer wäre als ein Anzeichen von amtlicher Nonchalance zu übergehen, würden nicht im Satz zuvor die mörderische Verfolgung und die gewaltsame Absonderung der jüdischen Bevölkerung unter dem Nationalsozialismus mit dem abwegigen Ausdruck «Ausgrenzungspolitik» rechtsstaatlicher Normalität angeglichen. Die zuständige Behörde will anscheinend auch in Anbetracht schwerster Unmenschlichkeit, die Menschen angetan wurde, sachlich bleiben. Sie will sachlich bleiben selbst um den Preis, damit die historische Realität zu verkennen. Denn schliesslich geht es jetzt um die knifflige Frage, ob mit dem Cartoon die eingangs heraufbeschworenen unintegrierbaren «Kriterien» des Jüdischseins angegriffen werden oder bloss «sachliche Kritik» am Judentum geübt wird.

«Doch selbst wenn damit der Betrachter emotional gegen das jüdische Volk beeinflusst wird...» – Wer das schreibt, weiss aus eigener Erfahrung, dass dem so sein kann. «..., so wird nicht das jüdische Volk als solches kritisiert, sondern dessen politisches Verhalten gegenüber den Palästinensern. Es geht dabei nicht um eine bestimmte Eigenschaft der Juden als Menschen, sondern um deren Vorgehen im gegenwärtigen Konflikt.» Nicht etwa, dass «der Betrachter» wegen der demagogischen Unverhältnismässigkeit des Vergleichs einen Moment lang und fälschlich gegen das «jüdische Volk» aufgebracht würde. Was ihn in Rage bringt, ist letztlich das Verhalten des «jüdischen Volkes».

Reaktion Latuffs auf die Klage der AKdH gegen Indymedia

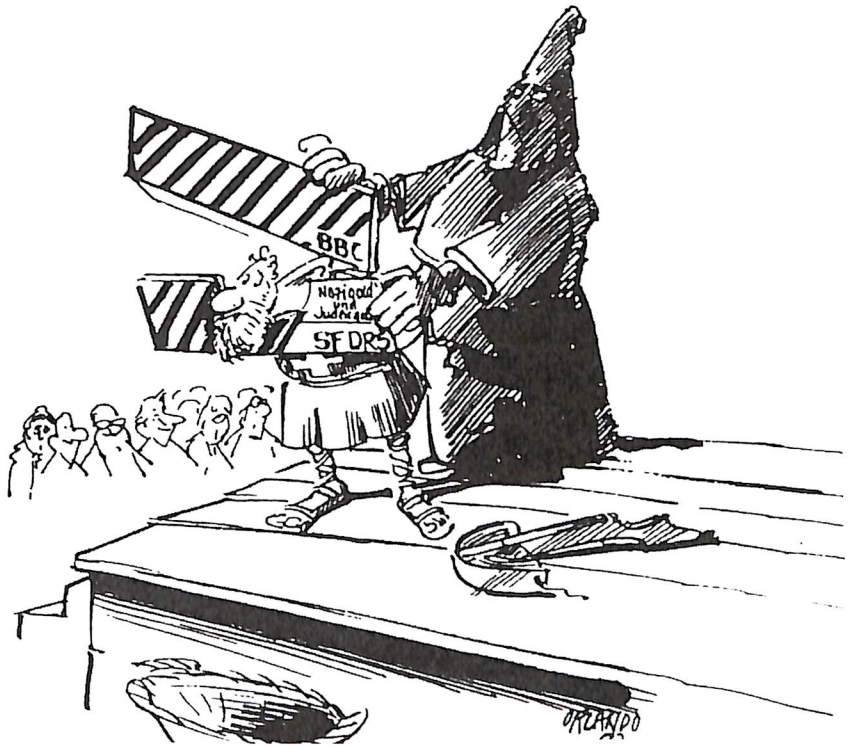
Es kann nicht einmal unmittelbar dem Cartoon angelastet werden, dass er dabei an junge wie alte, an konservative wie fortschrittliche, an orthodoxe wie unorthodoxe, an schweizerische wie israelische, an amerikanische wie aserbaidschanische JüdInnen, kurz, ans Weltjudentum denkt, das kraft einer verborgenen Volksseele sich «gegenüber den Palästinensern» verhält. Nicht damit begnügen will sich nämlich die Bezirksanwaltschaft, es als unbedenklich herunterzuspielen, dass dem israelischen Staat von seinen GegnerInnen zwanghaft eine nationalsozialistische Ausrichtung unterstellt wird, gerade weil in Israel JüdInnen, Holocaustüberlebende und deren Nachkommen wohnen und wählen. Vielmehr eröffnet die Bezirksanwaltschaft diesem antisemitischen Tatbestand ein noch weiteres Feld. Er werde selbst dann nicht als solcher anerkannt, so lässt die Verfasserschaft durchblicken, wenn eine Darstellung sämtliche JüdInnen verschworener und faschistischer Praktiken gegenüber PalästinenserInnen bezichtigte. Bleibt wieder einmal zu konstatieren, dass der antisemitischen Verständigung stets die Tendenz zur Verselbständigung innewohnt.

Territorien

Im zweiten Teil beschäftigt sich der amtliche Text mit der Frage des Geschichtsrevisionismus. Bemerkenswert ist, dass die hochwohlgeborene Zuständigkeit bei aller Vorliebe für die pauschale Anschwärzung eines «jüdischen Volkes» immerhin von einem «israelischen Staat» Kenntnis hat. «Der fragliche Cartoon vergleicht nicht die eigentliche Judenvernichtung, sondern die territoriale Ausgrenzungspolitik der Nationalsozialisten mit dem heutigen Verhalten des israelischen Staates. Der Holocaust wird damit als historisches Geschehnis nicht bestritten. Die Tragweite des gegenwärtigen Nahost-Konflikts lässt sich zur Zeit nicht abschliessend beurteilen. Tatsache ist aber, dass Israel gegenüber den Palästinensern gewisse Territorialansprüche geltend macht. Vor diesem Hintergrund mag der vorliegende Vergleich zwar angesichts des Ausmasses der systematischen Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg verfehlt sein. Eine gröbliche Verharmlosung im Sinne von Art.

261bis Abs. 4 StGB ist damit aber noch nicht gegeben.» Die Verdrehung der unmittelbaren Vorgeschichte zur «eigentlichen Judenvernichtung» wird demnach nicht als Verharmlosung des Holocaust angesehen. Das ist eine klare Auffassung, die ich nicht teile, bei der es die Bezirksanwaltschaft aber konsequenterweise belassen könnte.

Statt dessen versucht sie zu zeigen, dass am Vergleich, «mag» er auch etwas «verfehlt sein», viel eher noch etwas dran ist. Ist es denn nicht so, «dass Israel gegenüber den Palästinensern gewisse Territorialansprüche geltend macht»? Das beruht nun zwar auf Gegenseitigkeit, hindert die Bezirksanwaltschaft aber nicht daran, nochmals zu betonen, dass der Vernichtung aus ihrer Sicht auch im Nationalsozialismus eine «territoriale Ausgrenzungspolitik» vorangegangen sei. Darauf aber läuft die verquere Argumentation hinaus. «Der Holocaust wird [...] als historisches Geschehnis nicht bestritten. DieTragweite des gegenwärtigen Nahost-Konflikts lässt sich zur Zeit nicht abschliessend beurteilen.» Wer wollte es einer rechtsverständigen Person auch zumuten, einen womöglich kurz bevorstehenden Völkermord zu leugnen? Noch weniger aber sollte einer solchen Person, die es bei gleichzeitiger Verkennung der Geschichte des Holocaust zur Projektion der Katastrophe treibt, diesmal mit jüdischer Täterschaft, die Begutachtung von Geschichtsrevisionismus zugemutet werden.



Reaktion im «Bund» auf den BBC-Dokumentarfilm «Nazigold und Judengeld» (1997)

Ausfälle

Die Einstellungsverfügung mit ihren Ausfällen rührt zweifellos von persönlichem Versagen her. Der Wortlaut von Artikel 261bis erleichtert solche Fehlleistungen. Deshalb braucht es eine Verbesserung des Artikels, aber keinesfalls seine Aushebelung. Dass der bürgerliche Staat sich mit einer Antirassismus-Norm eine beträchtliche Definitionsmacht verschafft, sollte zuletzt für eine radikale Linke ein Hindernis sein, eine präzise, darüber hinausgehende Auffassung von rassistischen und antisemitischen Ideologien zu entwickeln. Wenn dagegen aufgeblasene BezwingerInnen von jeglicher Unterdrückung die Historiographie zur europäischen Judenvernichtung mit einem Bilderreservoir für bestechende Propaganda und Agitation verwechseln, so stimmen sie hierin überein mit den staatlichen Interessen, je nach Bedarf und Belieben über Geschichte zu verfügen. Dazu gehört die Inanspruchnahme von jüdischem Leiden, deren Kehrseite in der Schweiz seit der Grenzschliessung gegenüber «Flüchtlingen aus Rassegründen» die Verdrängung oder die Relativierung von antisemitischen Verbrechen ist, denen man in die Hände spielt.

Ausserparlamentarische Gruppen stossen sich in der Schweiz an allem anderen, nur nicht am amtlichen Antisemitismus und der pragmatischen Ausplünderung zuerst der Opfer, dann der Geschichte des Holocaust. So hat das Projekt Indymedia die Gelegenheit mehr als verpasst, die Verlautbarung zur Verfahrenseinstellung zu kritisieren. Die Günstlinge der völkischen Rechtsauffassung haben im Gegenteil den Erfolg auf ihre Art gefeiert. Obwohl bei Indymedia Schweiz zu diesem Zeitpunkt die Beiträge bereits auf einen herabsetzenden Gehalt hin geprüft wurden, um sie gegebenenfalls zu streichen, wurden zwei unzweideutige Kommentare gegen die anklagende Organisation und ihren Sprecher, Samuel Althof, nicht von der Website entfernt. Im einen wird der Kampf der AKdH gegen Antisemitismus als «Blockwart-Politik» verunglimpft. Beim andern handelt es sich wie bei den «Protokollen der Weisen von Zion» um ein fingiertes Schreiben, das die AKdH sich selbst der unmotivierten Hetze beschuldigen lässt. Es kann einem die Sprache verschlagen. Weil nicht zuletzt genau das beabsichtigt ist, will ich zur Überbrückung kurz das Thema wechseln.

Die Erfahrung haben wohl die wenigsten gemacht. Im Moment der Mutprobe, wenn die befreundeten Bengel erwartungsvoll durch die Büsche gucken, braucht es mehr Mut, die Mutprobe nicht zu bestehen, als der entgegenkommenden Lehrerin Dreckksschlampe auszuteilen. Der Vergleich ist natürlich völlig verfehlt. Erstens ist eine Lehrerin nicht wie Samuel Althof das Böse schlechthin, zweitens handelt es sich bei den BetreiberInnen von Indymedia mehr um die Büschehocker, die entscheiden, wer zur Mutprobe vorgelassen wird, und drittens braucht es eigentlich keinen Mut mehr, um gegen den Juden zu hetzen, weil der andere Todfeind, der bürgerliche Staat, sich gar nicht so sehr für den Freundeskreis interessiert. ■

Der Wortlaut der Einstellungsverfügung ist einzusehen unter: http://www.akdh.ch/verf.pdf

«Die Volksseele kocht»

In der Provinz regiert der Stammtisch, doch auch im Bundeshaus ist er gut vertreten, wie an der Reaktion des Bundesrates auf die Asylinitiative der schweizerischen SVP zu sehen ist. Der krude ländliche Rassismus findet auf Bundesebene seine «kulturalistische» Fortsetzung – Barbarei zivilisiert.

von Thomas Schwendener

Nachdem sich die Mehrzahl der schweizerischen Presse, 2001 – nach dem massiven Auftritt von Skinheads auf dem Rütli am 1. August – lautstark über den braunen Bodensatz der Gesellschaft empört hatte, kehrt sie dieses Jahr zu einer ihrer bekannteren Aufgaben zurück, der Bedienung vorhandener Ressentiments. Allenthalben ist von drogendealenden Schwarzen die Rede, von Asylbetrügern und Kindsverführern. «Die Drogen haben die Farbe gewechselt» wusste dann auch die «Liechtensteiner Woche» (LIWO) zu berichten, eine Wochenzeitung aus dem St. Galler Rheintal, jenem vergessenen Ecken der Welt, welcher sich diesen Sommer zum Paradebeispiel für die bürgerliche Medienwelt der Schweiz emporgeschwungen hat, ein Platz, an dem man besser weiss ist.

Stimmung auf dem Lande

Nachdem die regionale Tageszeitung jener Gegend, der «Werdenberger und Obertoggenburger» (W&O), schon 2001 aus der Antifaschistischen Einheitsfront ausscherend, von Frauen anmachenden, grölenden Dealern aus dem Asylzentrum im Buchserberg berichtet hatte, ist es 2002 ein Exponent der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der mit einem Leserbrief den rassistischen Diskurs lanciert. Die SVP, sonst ganz Apologetin der regulierenden Hand des Marktes, erklärt, wie die – schwarzen – Dealer erst die Nachfrage nach Drogen erzeugen. Nachdem sich die «Diskussion» über Wochen im Leserbriefteil abgespielt hat, startet der W&O eine «Informationskampagne». Schützenhilfe bekommt er dabei von den meisten regionalen Käseblättern. «Sie lachen, schreien, machen Frauen an und gebärden sich bei ihrem öffentlichen Drogenverkauf so, dass man zur Überzeugung gelangt, man bewege sich im rechtsfreien Raum» (Oberthurgauer Nachrichten). Fehlt nur noch, dass sie auf Bäume klettern und mit Kokosnüssen schmeissen. Ein anonym verfasster Artikel im W&O zitiert angeblich einen Schwarzen in der Bahnhofstrasse: «Das einzige, was du hier von einem Nigger haben kannst, ist der weisse Stoff.» Die Liechtensteiner Woche (LIWO) doppelt nach: «Nach wie vor ist ein abendlicher Gang durch die Bahnhofstrasse ein Spiessrutenlauf. Auch tagsüber dominieren Menschen schwarzer Hautfarbe die Flaniermeile.»

Schweizer Provinz

Mit einer wahren Flut von LeserInnenbriefen dankt es der Mann und die Frau von der Strasse, es wird vom «Buchser Afrika» schwadroniert. Es dürfe nicht sein, dass wir Schweizer unsere Kultur an eine Minderheit anpassen müssten. Man fragt sich laut, ob die BürgerInnen die Sache selber in die Hand nehmen sollen. Und tatsächlich, die heimischen Skinheads lassen sich nicht lange bitten, der SVP liebstes Subjekt, die «kochende Volksseele» greift ein. Es kommt zu Übergriffen gegen Schwarze. Flyer und Plakate tauchen auf, die die mühsam konstruierte Verbindung zwischen Hautfarbe und Betäubungsmittel nicht mehr nachzeichnen müssen, endlich kann das Problem beim Namen genannt werden: der schwarze Asylbewerber. Im April stellt der Gemeinderat Buchs dann auch der Vorsteherin des Departements des Inneren einen Forderungkatalog zu, in dem unter anderem verlangt wird, auf die Zuweisung von Asylsuchenden schwarzer Hautfarbe zu verzichten. «Direkte Demokratie», wie sie (nicht) im Lehrbuch steht, der Stammtisch setzt die Themen, Ortspolitik und Medien sorgen für Fokussierung und Forderungskatalog und auf Bundesebene wird dieser umgesetzt.

Die Ortspartei der SVP schliesst ihre Aufzeichung der «Diskussion» mit der Bemerkung, dass unbedingt neue Gesetze im Asylwesen geschaffen werden müssten. Den Vorschlag dafür liefert – wie könnte es auch anders ein – ihre Mutterpartei mit der Initiative «gegen Asylrechtsmissbrauch».

Abschaffung des Asylrechts?

Nachdem im September 2000 eine Initiative verworfen wurde, die den Anteil von AusländerInnen in der Schweiz auf höchstens 18% hätte festlegen sollen, wird das schweizer Stimmvolk am 24. November 2002 über die neue Asylinitiative abstimmen. «Ist der Asylsuchende aus einem sicheren Drittstaat in die

Schweiz eingereist, wird auf ein Asylgesuch nicht eingetreten...», heisst es dort. Der Bundesrat habe eine Liste jener sicheren Drittstaaten festzulegen. Da anzunehmen ist, dass die an die Schweiz angrenzenden Länder solche «sicheren Drittstaaten» sind, bedeutet dies, dass das Asylrecht auf dem Landweg faktisch abgeschafft wird. Wer in der Schweiz das Recht auf Asyl geltend machen will, hat gefälligst mit dem Flugzeug zu kommen oder ein Gesuch aus seinem «Heimatland» zu schicken. Als flankierende Massnahmen müssten die Grenzwachtkorps massiv aufgestockt werden, gibt die SVP zu erkennen. Die EU-Aussengrenzen sollen also um die Schweiz ihre Entsprechung finden.

Auch wer es sich leisten kann, mit dem Flugzeug zu fliehen, soll es nicht leicht haben. In den Augen der SVP ist es nicht mehr als rechtens, wenn sich Flüchtlinge erst ein Visum für ihren Zielort beschaffen müssen. Gegen Fluggesellschaften, die der Kontrolle der Einreisevorschriften in die Schweiz nicht Genüge leisten, «werden Sanktionen ergriffen».

Doch auch den schon in der Schweiz lebenden Asylsuchenden soll es nicht besser ergehen. Die Fürsorgeleistungen sollen massiv gekürzt und «durch Sachleistungen erbracht werden». Die ärztliche und zahnärztliche Betreuung sollen vom Kanton bestimmt werden, um so die Kosten zu minimieren. Personen, auf deren Gesuch nicht eingetreten (Drittstaatenregelung) oder deren Gesuch abgelehnt wird – die Anerkennungsquote liegt unter 10% – «erhalten bis zu ihrer Ausweisung staatliche Fürsorge nur im Werte einfacher Unterkunft und Verpflegung sowie ärztlichem und zahnärztlichem Notfalldienst. Erwerbstätigkeiten sind ihnen nur im Rahmen von staatlichen Beschäftigungsprogrammen erlaubt.»

Wieder einmal zeigt sich die Arbeitsteilung zwischen Rechtsparteien und dem Bundesrat deutlich. Dieser hat rechtzeitig am 4. September eine Teilrevision des Asylgesetzes verabschiedet. Darin wird ebenfalls die Änderung der Drittstaatenregelung analog der Initiative vorgesehen, nur wird im Gegensatz zum Initiativtext das Einverständnis des Drittstaates ausschlaggebend sein. Ausserdem soll am Flughafen ein beschleunigtes Asylverfahren eingeführt werden, so dass das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) schon am Flughafen die volle Kompetenz zur Abweisung erhält. «Sofern der Vollzug der Wegweisung ab Empfangsstelle absehbar ist, soll dieser neu mit einer Ausschaffungshaft von maximal 20 Tagen gesichert werden können» (Mediencommunique des Bundes). Neben einer Senkung der «Fürsorgeleistungen» soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, generelle Arbeitsverbote auszusprechen.

Einsparung und Ideologie

Dass sich durch beide Vorlagen, die Initiative und die Teilrevision, Einsparungen auf Kosten von Flüchtlingen machen lassen, ist offensichtlich. Sie werden der Verbreiterung einer rechtlosen und überausbeutbaren Schicht Vorschub leisten. Auch wenn die SP im Namen der Wirtschaft jammert, dass der Bundesrat berücksichtigen müsse, «dass Ausländerinnen und Ausländer für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wichtige Partner sind», dürften die betroffenen Kapitalfraktionen grundsätzlich zufrieden sein.

Dass aber die SVP, welche eine ideologische Asylpolitik betreibt, dies bewusst im Auge hat, ist in Frage zu stellen. Vielmehr wäre ihr differenzialistischer Rassimus – den sie mit einem Grossteil der Bevölkerung teilt – genauer zu untersuchen. «Nach unserer Auffassung ist das Modell der *multikulturellen* Gesellschaft ein Ideal, das mit der Wirklichkeit (fast) nicht vereinbar ist. Wir sind überzeugt, dass die auf Multikultur ausgerichtete Politik die Ausländerfeindlichkeit fördert, denn die Geschichte zeigt, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität, Hautfarbe und Religion in allen Ländern mit Problemen behaftet ist und sehr konfliktträchtig ist», weiss die SVP, denn «jeder Kulturraum hat seine Gesetze und Gegebenheiten und jeder Verlust der eigenen Integrität bringt soziale Konflikte und Ängste». Es wird also neben Hautfarbe und Religion auf die unvereinbare Kultur fokussiert, ein «Rassismus ohne Rassen» (Balibar) also, der – modern wie er ist – im Allgemeinen auf biologistische Erklärungen verzichtet. Wenn Christoph Blocher vor 10 Jahren noch den schwarzen Menschen als demokratieunfähig bezeichnete (vgl. RISSE 2/02), so dürfte er sich heute von seinen Parteikollegen den Vorwurf der Fahrlässigkeit einhandeln. Heutzutage erklärt man Eigenschaften von konstruierten Gemeinschaften lieber über deren kulturelle Prägung, zumindest solange man sich nicht im Wirtshaus oder an der Buchser Bahnhofstrasse befindet. ■

Friede den Menschen auf Erden?

Die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) hat nach jahrelangem Engagement in der Kampagnenarbeit für verschiedene Initiativen die Projektarbeit wieder entdeckt. Mit akribischem Eifer organisiert die Gruppe Friedensmissionen nach Palästina und schreckt dabei weder vor simplifizierenden und manichäischen Darstellungen des Konfliktes im Nahen Osten , noch vor einer antisemitischen Thematisierung der Shoa zurück.

von Simone Wassmer

Am vergangenen 12. September feierte die GSoA ihr 20-jähriges Bestehen. Die anfängliche statutarische Zielsetzung der Gruppe war die Lancierung einer Volksinitiative zur Abschaffung der schweizer Armee. Die Abstimmung über diese damals Tabu brechende Initiative war 1989, im gleichen Jahr, in dem die Diamantfeiern zum Gedenken an die militärische Landesverteidigung während des 2. Weltkrieges stattfanden. Es gelang, mittels der Armeeabschaffungsinitiative nicht nur viele, besonders junge Leute zu politisieren, sondern auch das Konstrukt der «Geistigen Landesverteidigung» aufzubrechen und zur Debatte zu stellen. Die Initiative erzielte mit 35,6 % Ja-Stimmen ein erstaunlich gutes Resultat. Die GSoA löste sich nach dieser Abstimmung nicht wieder auf. 1991 war die Gruppe Teil der Bewegung gegen den Golfkrieg. Nach dem Scheitern der FA18-Initiative gegen die Beschaffung von Kampfflugzeugen durch die schweizer Armee engagierte sich die GSoA ab 1994 in verschiedenen Projekten im ehemaligen Jugoslawien. Die Gruppe bemühte sich dort nicht einseitig Position für eine Kriegspartei zu ergreifen und war aus diesem Grund mit Wiederaufbauprojekten, Initiativen für Verständigung und der Arbeit in Flüchtlingslagern auf allen Seiten aktiv. 1998 lancierte die GSoA die zweite Armeeabschaffungsinitiative, die im Gegensatz zur ersten gekoppelt war mit einer Initiative für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst. In den folgenden Jahren konzentrierte sich die GSoA vorwiegend auf Abstimmungskämpfe. Nebst der erwähnten zweiten Armeeabschaffungsinitiative sammelte die Gruppe Unterschriften für die UNO-Initiative und ergriff das Referendum gegen das Militärgesetz.

Seit vergangenem März veränderte die GSoA die Ausrichtung ihrer Politik wiederum – wie bereits 1994 – von utopischen Konzepten und realpolitischen Abstimmungskämpfen zu konkreter Projektarbeit im Kriegsgebiet. Ihre Stellungnahmen zum Krieg in Afghanistan, zum eventuell bevorstehenden Irakkrieg und zum Konflikt in Israel/Palästina stehen klar im Kontext der Debatten der Antiglobalisierungsbewegung.

Gute Palästinenser, böse Israelis

Seit Anfang diesen Jahres engagiert sich die GSoA im israelisch-palästinensischen Konflikt. Sie ruft zu Kundgebungen gegen den Krieg in Israel/Palästina auf, organisiert zivile Friedensmissionen ins Konfliktgebiet und macht Öffentlichkeitsarbeit mittels Veranstaltungen und Publikationen. Die Analysen der Konfliktursache im Nahen Osten basieren auf einem antiimperialistischen Weltbild.

«Wir sind das Volk»: FriedensaktivistInnen mit schweizer Pässen im Gazastreifen

In krassem Gegensatz zu den differenzierteren Positionen bezüglich Ex-Jugoslawien ist bei diesem Konflikt die Zuweisung der Attribute «Unterdrückte» an die PalästinenserInnen und «Unterdrücker» an die Israelis klar. So schreibt die GSoA in einem Artikel ihrer Zeitung vom September 2002 unter dem Titel «Der Konflikt mitten im globalen Krieg»: «Der vom Ölverbrauch abhängige Westen ist auf ungehinderten Zugang zu den wirtschaftlich lebenswichtigen Ölressourcen angewiesen. Und Israel gilt seit seiner Entstehung als Brückenkopf und Speerspitze des Westens in einer Region, die über mehr als einen Drittel der weltweiten Ölreserven verfügt. (...) Es gibt kaum andere Orte auf der Welt, wo sich die Erste und Dritte Welt so unmittelbar gegenüberstehen wie in Israel und Palästina. Darum engagiert sich ein wesentlicher Teil der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung in diesem Konflikt: Soll eine *andere* Welt möglich sein, dann vor allem auch in Palästina, wo das globale Modell von Ungleichheit und Unterdrückung so deutlich und brutal verwirklicht ist.» Was in diesem Zitat vor allem brutal und deutlich verwirklicht ist, ist die völlige Negierung der Komplexität dieses Konfliktes. Israel wird hier vollständig auf seine Funktion als imperialistischer Staat reduziert. Die Bedeutung Israels als reale Möglichkeit jüdischen Lebens nach der Shoa und als möglicher Zufluchtsort für JüdInnen in der Diaspora rückt weg und findet im Artikel nicht einmal Erwähnung. Ein solcher Diskurs klammert bei der Betrachtung des israelisch-palästinensischen Konfliktes die Geschichte des Antisemitismus in Europa, insbesondere den Holocaust aus und nimmt die Perspektive der PalästinenserInnen ein. Eine ans Metaphysische und Lächerliche grenzende Überhöhung erfährt der Konflikt mit der Aussage, dass wenn überhaupt eine andere Welt möglich sei,

dann vor allem in Palästina. Warum ausgerechnet in Palästina? Weil dort die islamistischen Kräfte wie Hamas und Djihad, aber auch die Al Fatah und die PFLP mittels Selbstmordattentaten die Utopie einer anderen Welt herbeibomben? Bei der Frage, was in diesem Zusammenhang eine andere Welt heisst, beschleicht einen, gelinde ausgedrückt, ein ungutes Gefühl. Die dahinter stehende rückwärtsgewandte Utopie konkretisiert sich etwas beim Lesen des Berichtes eines der Teilnehmer einer Friedensmission der GSoA: «Nach einer einfahrt in der Stadt durch die gruene Grenze, kommen die ersten Eindruecke. Die Strassen sind kaputt die Panzer Raupen haben ihre Einschnitte hinterlassen. Wir kommen um 13.30, wir muessen uns beeilen, um 14 Uhr ist es Ausgehverbot wieder in Kraft. Wir sind bei einer Familie eingeladen. Eine alte Familie Jenin und die Gastfreundschaft ist genau so wie im Bilderbuch. Dieser idyllische Atmosphere ist ploetzlich zerrissen durch die haesslichen Quietschen der Raupen und heulende Motoren von Panzern...» (Orthografie und Grammatik so im Original, die Verf.). In einer Welt, die von ihnen zunehmend als komplex und fremd erlebt wird, finden europäische Friedensbewegte und AntiglobalisiererInnen in Palästina in traditionellen Strukturen alteingesessener Familien ihre Sehnsucht nach Wärme und Überschaubarkeit verwirklicht. Das führt zu einer unbedingten Solidarität mit den PalästinenserInnen gegen die Israelis, womit die antisemitischen Dichotomien von «natürlich-künstlich» und «verwurzelt-entfremdet» reproduziert werden.

Der Wunsch, die palästinensische Gesellschaft als widerspruchsfrei gut darzustellen, ist so gross, dass alles, was diesem Bild widerspricht, Israel angelastet wird. An einer Veranstaltung der GSoA im Volkshaus, an der TeilnehmerInnen einer Friedensmission über ihre Erlebnisse berichteten, fiel unter anderem der folgende Satz: «Die Verzweiflung, in die die israelische Politik die Palästinenser treibt, ist so gross, dass vermehrt Männer ihre Frauen schlagen.» Dass dieses Phänomen eventuell seine Ursache in der islamistisch geprägten palästinensischen Gesellschaft haben könnte, kommt niemandem in den Sinn oder will niemandem in den Sinn kommen.

Die Shoa als lästiges Hindernis im Kampf gegen Israel

Die dargestellte manichäische Sichtweise der GSoA auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wird nur möglich vor dem Hintergrund einer Nichtbeschäftigung mit der Vernichtungspolitik gegen JüdInnen. In keiner der Verlautbarungen der GSoA findet die Shoa Erwähnung, mit einer Ausnahme allerdings: In einer Vorankündigung für ein politisches Seminar zu Palästina/Israel aus der Seminarreihe «Friede den Menschen auf Erden» schreiben die VeranstalterInnen (Neue PdA, Nord-Süd-Koordination und GSoA) folgendes: «Diesen Konflikt wählten wir, weil er schon zu lange dauert, und weil er die europäische Linke mit Problemen konfrontiert, die ihr eine herrschaftsfreie Friedensposition erschweren: Der Holocaust, ein antisemitisches und kapitalistisches Produkt, wurde und wird eingesetzt, um den Widerstand gegen die Besetzung zu schwächen.» Quintessenz dieser Aussage: Die NationalsozialistInnen waren schön dumm, als sie mit der Ermordung von 6 Millionen JüdInnen einer nicht genannten, hintergründigen Macht das Jokerargument «Holocaust» zur Verfügung stellten, um den Widerstand der PalästinenserInnen und ihrer europäischen UnterstützerInnen gegen die Besetzung zu schwächen. Martin Walser lässt grüssen. Völlig unbedeutend ist für die VeranstalterInnen dieses Seminars offensichtlich die Tatsache, dass Auschwitz real war und dass die unvorstellbar grausame Erfahrung der Shoa gezeigt hat, dass ein eigener Staat wenigstens die Chance bietet, jüdisches Leben vor der Verfolgung zu schützen.

Diese Sichtweise kommt einem Ruf nach der Stunde Null gleich, da die Erinnerung an Auschwitz lästig ist, weil sie eine herrschaftsfreie Friedensposition (was auch immer das bedeutet) erschwert.

Pitoresker Märtyrerkult: Auch dafür trägt laut GSoA Israel die Verantwortung

Einmal mehr wird hier die Vernichtungspolitik zudem nicht als Schlüssel zum Verständnis des Nationalsozialismus wahrgenommen, sondern der Holocaust als Produkt des Kapitalismus bezeichnet. Eine Vernichtung um der Vernichtung willen lässt sich halt nicht nahtlos in ein antikapitalistisches und antiimperialistisches Weltbild einordnen, sondern es bedarf intensiver Beschäftigung, um der Komplexität der Thematik auch nur annähernd gerecht zu werden.

Die analytische Leistung der Friedensmissionen

Für geschichtliche Auseinandersetzungen mit Antisemitismus oder Auschwitz findet die GSoA jedoch keine Zeit, rufen doch die Schreckensmeldungen ihrer Friedensmissionen nach sofortigem Handeln: «... nachdem die PalästinenserInnen zu einem langsamen Tod verurteilt wurden, bedroht der israelische Staat mit seiner Repression nun ihre Existenz schlechthin. Ein weiteres Zuwarten wäre unverantwort-

lich: Der Zusammenbruch des zionistischen Projekts kann den israelischen Staat, der kopflos auf den Zerfall reagiert, zu nicht mehr wieder gutzumachenden Reaktionen nach dem Vorbild des Lehrmeisters Bush treiben, der unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung Menschen umbringen lässt, die terrorisiert sind von Hass, Hunger und Elend.» (Erklärung der TeilnehmerInnen der 2. Zivilen Schweizer Mission nach Israel/Palästina vom 27. Juni bis zum 6. Juli 2002) Diese apokalyptischen Visionen und Plattitüden sind die analytische Quintessenz aus der zweiten zivilen Schweizer Friedensmission der GSoA. Gleichgültig gegenüber Äusserungen von eliminatorischem Antisemitismus palästinensischer Gruppen drehen die TeilnehmerInnen der Friedensmission den Spiess einfach um, indem sie schreiben, Israel bedrohe mit seiner Repression die Existenz der PalästinenserInnen schlechthin. Durch die Konstruktion eines wesenhaft Bösen, ausgestattet mit unaufhebbarem Vernichtungswillen, verschafft sich der Antisemit den moralischen Freibrief, als verfolgende Unschuld selbst zu ultimativen Mitteln zu greifen: «ein weiteres Zuwarten wäre unverantwortlich». Im gleichen Zitat sprechen die AutorInnen ohne Angabe von Gründen vom «Zusammenbruch des zionistischen Projekts», worin sich ihr Wunsch ausdrückt, Israel möge endlich von der Landkarte getilgt werden.

Analysen und differenzierte Einschätzungen sind sowieso nicht Sache der TeilnehmerInnen dieser Missionen. Meist beschränken sich ihre Berichte auf das, was sie unmittelbar erleben oder darauf, was ihnen die PalästinenserInnen vor Ort gerade erzählen: «Die israelische Armee verhaftete alle Männer zwischen 16 und 50 Jahren – angeblich auf der Suche nach Terroristen. Als wir in Ramallah eintrafen, hatte die israelische Armee gerade vor dem Spital einen Kontrollposten eingerichtet und durchsuchte jede Ambulanz absolut schikanös. Die Schilderungen der Palästinenser erscheinen absolut glaubhaft, wonach mehrere Menschen in Ambulanzen gestorben sind, weil diese unnötig von israelischen Soldaten aufgehalten wurden. (...) Ein Massengrab neben dem Spital erinnerte an die grausamen Zustände im Frühling dieses Jahres. Israelische Truppen drangen damals erneut in Ramallah ein und besetzten die Stadt. Scharfschützen feuerten auf alles was sich bewegte – auch auf Barghoutis Ambulanzen.» (Report der 2. Zivilen Schweizer Mission nach Palästina/Israel). Hier wird deutlich, wie einseitig den Berichten von palästinensischer Seite Glauben geschenkt wird und wie fixiert die TeilnehmerInnen dieser Missionen auf das sind, was sie gerade im Augenblick vor Ort erleben. Dabei geraten weitere Zusammenhänge völlig ausser Betracht. Bereits in Jenin hatten sich Berichte über Massengräber als versuchte Propaganda herausgestellt. Fakt ist auch, dass die israelische Armee nicht zum Spass Ambulanzen durchsucht, sondern dass diese nachgewiesenermassen oft als Transportmittel für Sprengstoff oder Selbstmordattentäter verwendet werden. Offensichtlich ist die Systematik der Durchsuchung von Ambulanzen auch nicht so ausgeprägt wie behauptet, werden diese Fahrzeuge doch auch von den MissionsteilnehmerInnen selber als Transportmittel verwendet, um nicht entdeckt zu werden, wie einer Mitteilung auf Indymedia Schweiz zu entnehmen ist: «morgen jerusalem. ciao du vom jenin-team. wir werden versuchen, morgen nach jerusalem zu gelangen mit den ambulanzen könnte es gelingen. kommen wohl gegen Mittag, sofern es beim ersten mal klappt.»

Die Berichte der Friedensmissionen der GSoA nach Israel/Palästina sind meist eine subjektivistische Mischung aus Betroffenheit und zur Schau gestelltem Heldentum. Was sie definitiv nicht sind und was die gesamte Politik der GSoA in diesem Bereich nicht ist: Ein Beitrag zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Wenn überhaupt leistet die GSoA mit ihrer Politik in diesem Konflikt hier einen Beitrag zur Verfestigung antisemitischer Stereotypen und zur Verharmlosung des Holocaust. ■

Israel als «Gelobtes Land»

Interview mit Stefan Luzi, dem Sekretär der GSoA.

Risse: Zur Zeit ist einer der thematischen Schwerpunkte der GSoA der israelisch-palästinensische Konflikt. Ihr messt diesem Konflikt eine ungeheure Bedeutung zu, wie unter anderem der Septemberausgabe der GSoA-Zeitung zu entnehmen ist, wo ihr schreibt: «Darum engagiert sich ein wesentlicher Teil der Antikriegsbewegung in diesem Konflikt. Soll eine *andere* Welt möglich sein, dann vor allem auch in Palästina, wo das globale Modell von Unterdrückung und Ausbeutung so brutal verwirklicht ist.» Kannst du uns dieses Zitat näher erläutern?

Stefan: Dieser Konflikt nahm für eine Antiglobalisierungsbewegung zu dem Zeitpunkt an Wichtigkeit zu, als Sharon sagte, Arafat sei Israels Bin Laden. Israels Regierung nutzte den weltweiten Krieg gegen Terror, um in Palästina Tatsachen zu schaffen. In verschiedenen Ländern in Europa – vor allem auch in Italien – wurde daher dieser Konflikt zu einem Modell eines massiven, breiten Widerstandes vor Ort gegen Fakten, die militärisch geschaffen werden. Es gab italienische Missionen, mit denen 200 – 300 Leute an einem Tag nach Israel geflogen sind.

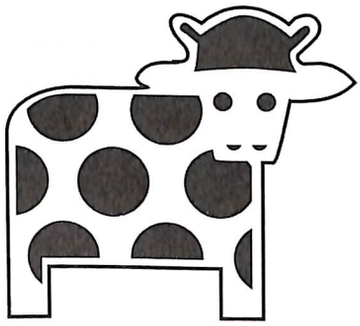
Risse: Und warum soll eine andere Welt ausgerechnet in Palästina möglich sein?

Stefan: Das mag auf den ersten Blick seltsam klingen. Ich erkläre mir das so, dass der Autor zum Zeitpunkt, als er den Artikel schrieb, bereits drei oder vier Mal an zivilen Missionen in Palästina teilgenommen hatte. Für ihn hat wohl weniger dieser konkrete Konflikt eine sehr grosse Bedeutung, als vielmehr das vor Ort praktizierte Modell, wie man als Antiglobalisierungsbewegung in einem Konflikt intervenieren kann.

Risse: Dennoch ist damit weder die Bedeutung erklärt, die

diesem Konflikt gegeben wird, noch die extreme Fixiertheit darauf.

Stefan: Es stimmt, dass dieser Konflikt mehr Leute interessiert, als irgendein anderer und dass sich auch mehr Leute trauen, ihre Meinung dazu zu sagen als bei vergleichbaren Ereignissen. Ich denke jedoch, es wäre zu einfach, dieses Phänomen einem latenten Antisemitismus zuzuschreiben. Ich bestreite diese Gefahr nicht, doch gibt es auch andere Erklärungen: Israel ist in der christlichen Tradition das «gelobte Land». Das ist ein sehr starker kultur-historischer Hintergrund, der eine Erklärung sein kann für das grosse Interesse an diesem Konflikt, ohne dass man deswegen antisemitische Motive hat.



Für Naturverbundenheit und Völkerfreundschaft (Signet der GSoA)

Risse: Wobei ja das Christentum sehr wohl eine ausgeprägt antisemitische Tradition hat?!

Stefan: Sehr richtig. Daher gibt es ja auch eine Israelunterstützung von christlicher Seite, die sehr zwiespältig ist.

Risse: Die GSoA veranstaltet mit der Neuen PdA Basel und der Nord-Süd-Koordination zusammen ein Politisches Seminar zum Thema Palästina/Israel. In der Vorankündigung schreibt ihr folgendes: «Diesen Konflikt wählten wir, weil er schon zu lange dauert, und weil er die Linke mit Problemen konfrontiert, die ihr eine herrschaftsfreie Friedensposition erschweren: Der Holocaust, ein antisemitisches und kapitalistisches Produkt, wurde und wird eingesetzt, um den Widerstand gegen die Besetzung zu schwächen.» Gibt es für die GSoA auch die Auschwitzkeule?

Stefan: Das würde ich ganz klar anders formulieren, vor allem deshalb, weil man daraus schliessen könnte, der Holocaust würde nur aus dem Grund eingesetzt werden, den Widerstand gegen die Besatzung zu brechen.

Risse: Konkret ausgedrückt steht da ja, Israel instrumentalisiere den Holocaust für seine Politik gegen die Palästinenser.

Stefan: Nein, der Urheber wird nicht benannt, es steht «wird instrumentalisiert».

Risse: Umso schlimmer. Hier wird nach dem Muster von Möllemann mit antisemitischen Klischees herumgespielt und wenn eine Kritik kommt, kann man sich darauf berufen, dass man es so nicht gesagt habe. Das Schlimme ist ja das, was nicht da steht, sondern angedeutet wird.

Stefan: Ich bin einverstanden. Ich finde diesen Satz so formuliert auch sehr problematisch.

Risse: Wann fändest du ihn denn nicht problematisch? Wer konkret setzt den Holocaust ein, um den Widerstand gegen die Besetzung zu schwächen?

Stefan: Ich möchte darüber nicht reden, denn ich finde den Satz so nicht akzeptabel. Die Seminarreihe ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Organisationen, die gemeinsam dieses Flugblatt produziert haben. Ich weiss nicht, wer es geschrieben hat.

Risse: Was hat die Shoa heute für euch für einen Stellenwert im israelisch-palästinensischen Konflikt?

Stefan: Die Shoa ist passiert. Das kann man nicht wegreden und dies wollen wir auch nicht. Aber deswegen gibt es für uns keinen Grund, unsere Kritik gegenüber der israelischen Regierung anders zu formulieren als beispielsweise gegenüber der russischen Regierung für das, was sie in Tschetschenien macht.

Risse: Die GSoA organisiert Friedensmissionen nach Palästina. Wieso dokumentieren diese Missionen nicht den Vernichtungswillen beispielsweise von Organisationen wie der Hamas?

Stefan: Wir dokumentieren ja den Hass, dem meiner Überzeugung nach eine sehr grosse Grundlage entzogen würde nach dem Ende der Besatzung. Wir haben etwa die Bilder der hasserfüllten Graffitti aus dem Gaza-Streifen auch gezeigt.

Risse: In keinem Konflikt ist der Hass gegen eine Zivilbevölkerung so massiv. Weder darauf, noch darauf, dass der Hass Antisemitismus heisst, geht ihr ein. Eure Wahrnehmung ist vollkommen einseitig.

Stefan: Wir versuchten, das Phänomen des Massenhasses zu analysieren und die Gründe zu erklären, warum antisemitische und anti-israelische Organisationen wie die Hamas in den letzten zwei Jahren so massiven Zulauf haben. Um uns hier gegen diesen Hass auszusprechen, liessen wir vor der Demonstration vom 26. April allen Organisationen einen Aufruf zukommen, antisemitische, rassistische und fundamentalistische Verlautbarungen zu unterlassen.

Risse: An der Demonstration vom 26. April wurden Israelfahnen mit Hakenkreuzen getragen, Israelfahnen verbrannt und ein jüdischer Friedensaktivist von der Bühne gezerrt. Im Anschluss an diese Demonstration habt ihr von einem friedlichen Protest geschrieben. Diese Bezeichnung ist nur möglich, wenn man das Phänomen «Antisemitismus» absolut ignoriert.

Stefan: Wenn wir das wirklich nur als einen friedlichen Protest bezeichnet haben, dann ist das ein Fehler. Man muss aber auch sehen: Jegliche Israelkritik und sowieso Demos werden immer missbraucht für Anliegen von Spinnern. Israelkritik wird zum Träger von Antisemitismus, was sich bis zu einem gewissen Grad wohl nicht verhindern lässt. ■

Mit Stefan Luzi sprachen Alexander Hasgall und Simone Wassmer

http://contextXXI.mediaweb.at

Context XXI

Context XXI ist eine der wenigen Zeitschriften, in denen prinzipielle Gesellschaftskritik noch möglich ist, und zwar in der Beharrlichkeit und Ausführlichkeit, die dafür nötig sind. Context XXI ist ein Internet Medium und als solches vermutlich eine der besten und brauchbarsten Textdatenbanken für gesellschaftskritische Diskussion und Information. Neben den Texten der eigenen Zeitschrift finden sich in der Context XXI-Papyrothek auch Archive von *Streifzügen*, *Weg und Ziel* und *radiX*. Context XXI ist ein Radioprogramm – jeden Montag 13[00] – 14[00] Uhr auf ORANGE 94,0 (Wien) und HELSINKI 92,6 (Graz)

Das Probeabo: *die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich*. Dieses Probeabo wird *nicht automatisch verlängert* – Sie werden lediglich zur Verlängerung eingeladen.

Bestelladresse: Context XXI • Schottengasse 3a/1/4/59 • A 1010 Wien Fax: +43 1/532 74 16 • E-Mail: contextXXI@mediaweb.at

Suizid der Freiheitlichen Österreichs ?

Mit dem parteiinternen Putsch der deutschnationalen SozialpopulistInnen gegen die neoliberalen EliterechtsextremistInnen in der FPÖ hat Jörg Haider geschafft, was zweieinhalb Jahre Protestbewegung gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht erreicht haben: den Abtritt der schwarzblauen Regierung in Österreich.

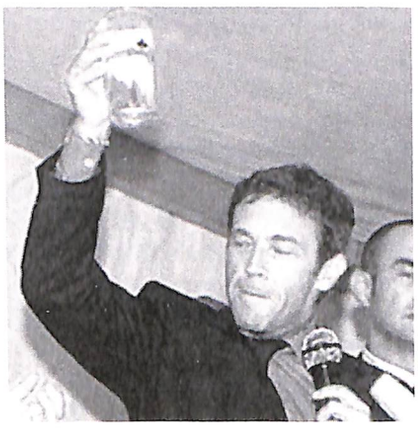
von Thomas Schmidinger

Die inhaltliche Differenz dürfte zwischen den beiden «Flügeln» der FPÖ nicht so groß sein, wie nun von den Medien herbeigeredet. Die beiden Flügel sind sich in den rassistischen Kernthemen einig. Inhaltliche Differenzen sind lediglich in Fragen der Wirtschaftspolitik auszumachen, wo sich der neoliberale Kurs der Regierungsmannschaft nicht mit dem sozialen Populismus Jörg Haiders verträgt. Für ihn dürfte aber vor allem der schlechte Auftritt der Regierung in den vergangenen Monaten eine Rolle spielen, davon wollte er sich rechtzeitig distanzieren.

Das Kalkül Jörg Haiders mit einer deutlich signalisierten Distanz zur eigenen Regierungsmannschaft als von deren Versagen weißgewaschener Retter in der Not aus dem schwarzblauen Regierungsdesaster hervorzusteigen, dürfte aber nicht aufgehen. Er scheint die destruktiven Kräfte seiner Partei unterschätzt und seine eigene Position überschätzt zu haben. Ganz sicher hatte der Kärntner Landeshauptmann nicht damit gerechnet, dass sich aus dem parteiinternen Putsch ein Gegenputsch und der Zerfall ganzer Ortsgruppen entwickeln könnte. In Meinungsumfragen rangiert die FPÖ mittlerweile hinter den Grünen, bei der Gemeinderatswahlen im Burgenland, die als Test für die Nationalratswahlen galten, verlor die Partei einen Drittel ihrer Stimmen. In mehreren Gemeinden konnte sie gar nicht mehr antreten, da ihre Ortsverbände bereits zerfallen waren.

Dabei könnte jedoch die Freude über das vorzeitige Ende der Koalition zwischen der konservativen ÖVP und der rechtsextremen FPÖ verfrüht sein. Trotz der dramatischen Verluste der FPÖ bei allen Meinungsumfragen scheint die Kanzlerpartei ÖVP vom Desaster ihres Koalitionspartners profitieren zu können. Anstatt von den WählerInnen für das Schlamassel mitverantwortlich gemacht zu werden, sehen viele ehemalige FPÖ-WählerInnen nun in Kanzler Wolfgang Schüssel einen Garant für Stabilität und eine Fortsetzung des strammen Rechtskurses der Regierung.

Schließlich sind die ÖsterreicherInnen durch die innerparteilichen Querelen in der FPÖ deshalb nicht weniger rassistisch, antisemitisch und autoritär geworden. Wenn selbst gestandene Deutschnationale wie der wissenschaftliche Leiter der FPÖ-Akademie Lothar Höbelt mittlerweile erklären, aufgrund ihrer Verärgerung über die Streitigkeiten in der FPÖ diesmal ÖVP wählen zu wollen, dann bietet sich die Partei des Bundeskanzlers als Auffangbecken für FPÖ-enttäuschte RechtsextremistInnen an.



deutschnationaler Sozialpopulist Haider

Der schlechte Wahlkampfauftakt der SPÖ tut sein Übriges. Mittlerweile liegt die ÖVP in Umfragen Kopf an Kopf mit den SozialdemokratInnen und es scheint keineswegs mehr gesichert, dass sich nach den Wahlen vom 24. November nicht doch wieder eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ bilden könnte. Dass die ÖVP an der Wiederholung einer Koalition mit einer geschwächten FPÖ interessiert wäre, wurde von Parteiobmann Schüssel und Clubobmann Kohl bereits mehrmals öffentlich festgehalten.

Mit der Fortdauer des Wahlkampfes spitzt sich so die Entscheidung zwischen rotgrün und schwarzblau zu. Und hier scheint für viele WählerInnen eine Koalition zwischen SPÖ und Grünen immer noch das schlimmere Schreckgespenst zu sein, als eine Wiederholung der Rechtsblock-Regierung. Eine rotgrüne Regierung wird von den ÖsterreicherInnen dabei selbstverständlich nicht wegen der desaströsen Kriegs- und Umweltbilanz des rotgrünen Vorbildes in der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt, sondern aus Angst vor den «linken Chaoten» bei den Grünen, die von der mächtigsten Zeitung im Lande, der Kronenzeitung, kräftig geschürt wird.

Kleinparteien wie das Liberale Forum, das sich wohl vergeblich um die Rückkehr in den Nationalrat bemühen wird, die rechtsliberalen Demokraten, aber auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und die trotzkistische SLP, die in Wien kandidieren will, werden es angesichts dieser Blockbildung noch schwerer haben als sonst.

Die österreichischen WählerInnen sind traditionell sehr rechts. Mehrheiten links von ÖVP und FPÖ gab es bislang ausschließlich in den Siebzigerjahren, als Kreisky absolute Mehrheiten für die SPÖ einfahren konnte.

Trotzdem besteht erstmals seit dem Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider die Chance zu einer Trendumkehr. Sollte es tatsächlich zur Bildung einer Koalition zwischen SPÖ und Grünen kommen, ist auch das kein Grund zur Euphorie. Bereits jetzt ist abzusehen, dass nicht einmal die teilweise dramatischen Änderungen im Sozial- und Bildungsbereich zurückgenommen werden sollen, die die «Wenderegierung» zustandegebracht hat. Auch wenn es für MigrantInnen wieder zur teilweisen Rücknahme von «Integrationsvertrag» und anderen Einschränkungen kommen wird, so ist nicht einmal an eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor den massiven Einschränkungen des Asylrechtes seit Mitte der Neunzigerjahre zu denken. Dies wird aber nicht nur am mangelnden Willen der neuen Regierung liegen, sondern auch an der Migrationspolitik Europas. ■

Streiks: Arbeitskraft vs. Schwerkraft?

Auf dem Bau wird für eine annehmbare Frühpension gekämpft. Worum es dabei geht und worum es dabei nicht geht.

von Alex Riva

Die grosse Bereitschaft zu streiken sei einer bald zwei Jahre andauernden Kampagne der GBI (Gewerkschaft Bau und Industrie) für die frühe Pensionierung zu verdanken, betonen Roman Burger und Udo Michel, Koordinatoren der Aktionen vom 4. November in Zürich. Ausgelöst wurden die zahlreichen lokalen Streiks und der Beschluss zu einem landesweiten Streiktag durch den Vertragsbruch des SBV (Schweizerischer Baumeisterverband). Die seit dem Juli fälligen Beitragszahlungen der Baumeister, die bei der schrittweisen Einführung des Rentenalters 60 den 63-Jährigen ab nächstem Jahr die Pensionierung hätten ermöglichen sollen, stehen aus. Entgegen dem Abkommen vom April 2002 verlangen die säumigen Zahler jetzt eine Kürzung der Frührenten, deren Einführung sie zudem mit allen Mitteln hinauszuschieben versuchen. Damit würden sie die einzigartige, wenn auch einzige arbeitsrechtliche Errungenschaft aus den Verhandlungen mit den Gewerkschaften untergraben.

Zur Durchsetzung der Frühpensionierung wurden andere Forderungen fallen gelassen. Darüber mögen die beiden Gewerkschaftsfunktionäre jetzt aber nicht ausführlich sprechen. Die GBI-Leitung ist deswegen im Frühjahr von einer internen Linksopposition, dem GBI-Manifest, bereits kritisiert worden. Der Vorwurf lautete, dass mit der Frühpensionierung das spektakulärste, aber auch das von den Baumeistern am leichtesten zu erfüllende Anliegen ins Zentrum gerückt wurde. Es gehöre durchaus zum Programm der zunehmenden Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit, was beides durch die stagnierenden Löhne nicht kompensiert werde, wenn die frühzeitig zerschlissenen und unproduktiveren Arbeitskräfte den Produktionsprozess verlassen würden. Zu einer insgesamt höheren Mehrwertabschöpfung kommt es nach dieser Argumentation nur dann, wenn die Pensionen der 60 bis 65-jährigen deutlich weniger als die vormaligen Löhne betragen. Genau dies will der SBV mit der Revision des Vertrags herbeiführen.

Roman Burger hält den Einwänden zum Vorgehen der GBI bei den Verhandlungen eine taktische Überlegung entgegen: «Drei Forderungen hätten drei laue Kompromisse ergeben.» Solches Kalkül droht über den Zusammenhang der drei strittigen Punkte hinwegzutäuschen. Seit Marx ist deren gegenseitige Abhängigkeit bekannt: «Der Tageswert der Arbeitskraft ist [...] geschätzt auf ihre normale Durchschnittsdauer oder die normale Lebensperiode des Arbeiters und auf entsprechenden, normalen, der Menschennatur angemessenen Umsatz von Lebenssubstanz in Bewegung. Bis zu einem gewissen Punkt kann der von Verlängerung des Arbeitstags untrennbare grössere Verschleiss der Arbeitskraft durch grösseren Ersatz kompensiert werden. Über diesen Punkt hinaus wächst der Verschleiss in geometrischer Progression und werden zugleich alle normalen Reproduktions- und Betätigungsbedingungen zerstört.» (Karl Marx, das Kapital, Band 1, MEW S.549) In der Bauindustrie sind «der Menschennatur angepasste» Zustände so gut wie nie anzutreffen. Der Verschleiss der Arbeitskraft ist enorm. Diesem ist einesteils durch die Bekämpfung von Überstunden und geregeltem Arbeitstag entgegenzuwirken. Andernteils müssen mit dem Lohn sämtliche Lebenskosten, etwa die steigenden Gesundheitskosten im Allgemeinen und im Besonderen bei intensiver und flexibler Arbeit, gedeckt werden können. Und schliesslich ist die Betätigungsdauer von Menschen in den extrem abnützenden Berufen möglichst zu verkürzen. Bei ausschliesslicher Durchsetzung lediglich des letzten Punktes verlagern die Patrons das Bestreben nach vermehrter Ausbeutung der ArbeiterInnen einfach auf die Belange des Lohns und der Arbeitsorganisation.

Statt nach dem Erfolg bei der Frühpensionierung die Auseinandersetzung in den übrigen Belangen vorantreiben zu können, ist die GBI durch den Vertragsbruch des SBV in einen Abwehrkampf geraten. Die Bedeutung desselben darf jedoch nicht unterschätzt werden. Bereits wird in weiteren Berufssparten, so weiss Udo Michel zu berichten, die Forderung nach Frühpensionierung erhoben. Umso wichtiger ist es, dass in der Bauindustrie mit ihrer Signalwirkung an den jetzigen Bestimmungen für die Frühpensionierung festgehalten wird. Eine Frührente von unter 60 Prozent des letzten Bruttolohnes, wie sie der SBV neuerdings erzwingen will, wäre ein Schlag für alle, die nicht erst als Krüppel in den Ruhestand treten wollen.

Deshalb zählt die GBI auf die Unterstützung und die Zustimmung vieler Leute bei den geplanten Aktionen. «Gutes Schuhwerk erforderlich» – dieser Vermerk sei dem Streikaufruf anzufügen, weist mich Udo Michel an. «Wir wollen doch auf dem Boden bleiben!» Dass er damit den Boden der marxschen Wert- und Mehrwertlehre meint, muss bezweifelt werden. ■

Besammlung für den Streik: Am Montag, dem 4. November, um 7 Uhr beim Volkshaus Zürich (neben Helvetiaplatz)

Tells aufrechte Söhne und Töchter

Mit dem im Frühjahr 2002 erschienenen Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg traten einmal mehr die selbsternannten «Ehrenretter» der Helvetia in Erscheinung, allen voran der «Arbeitskreis Gelebte Geschichte» (AGG).

von Nicole Peter

Der AGG wurde Ende 1998 mit der Absicht gegründet, «das Vaterland» gegen die grösste Demütigung «seit dem Einmarsch der französischen Revolutionsarmee Ende des 18. Jahrhunderts» und die intellektuellen Nestbeschmutzer der UEK zu verteidigen. – Zur Erinnerung: die erste «Demütigung» bedeutete das erste aufklärerische Licht ins Dunkel des feudal geordneten Bundes der Eidgenossen, die zweite den Versuch das düsterste Kapitel schweizerischer Geschichte aufzuklären.

ProTELL- eine der in der AGG vernetzten Organisationen

Dem Vorstand, bzw. Arbeitsausschuss des AGG gehören zwanzig namhafte «Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges» aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Armee an. Einer dieser «Zeugen» ist der emeritierte Professor Dr. Hans-Georg Bandi, Copräsident, als Prähistoriker selbstverständlich wissend, wie eminent wichtig Zeitzeugenschaft für die historische Wahrheitsfindung ist. Maurice Jaccard und Dr. Heinz Langenbacher, beides ehemalige Mitarbeiter des Eidgenössischen Departements des Äussern (EDA), aber auch Dr. Sigmund Widmer, Alt-Stadtpräsident von Zürich, zählen sich zu den treuen Eidgenossen.

Seit seiner Gründung im Jahr 1998 «begleitet» der AGG die Arbeit der Unabhängigen Expertenkommission mit einer Fülle diffamierender, die Kompetenz insbesondere fortschrittlicher HistorikerInnen in Frage stellender Petitionen, «offenen Briefen» und Artikeln in rechtsextremen Zeitschriften wie der «Schweizerzeit» oder der zürcher «Zeit-Fragen». Jüngstes Erzeugnis des AGG ist das noch vor dem Schlussbericht der UEK erschienene Buch «Erpresste Schweiz. Eindrücke und Wertungen von Zeitzeugen». Was der NZZ-Journalist M. Frenkel als eine «wertvolle Bereicherung, beziehungsweise ein Korrektiv» zur Arbeit der UEK auffasst, ist ein in aggressivem Tonfall gehaltenes antisemitisches, un-, bzw. antiwissenschaftliches Pamphlet. Darin präsentiert der AGG die Schweiz im Krieg gegen einen übermächtigen, dämonisierten «Feind» – die «jüdisch-amerikanischen Kreise» – und breitet seine verschwörerische Rhetorik aus: Von «Erpressung», «Entehrung» und «Manipulation» – nicht nur der Clinton-Administration, sondern auch der UEK und der schweizerischen Medien – durch diesen «Feind» ist die Rede. Denjenigen, die es nicht begriffen haben, wird mit drastischen Illustrationen – die geschundene Helvetia oder die von Mediengeiern angefallene Schweiz sprechen eine deutliche Sprache – auf die Sprünge geholfen.

Mit dieser Publikation soll nun die verlorene «Ehre» wiederhergestellt werden. Der UEK wird eine unseriöse Arbeitsweise vorgeworfen und deren Ergebnisse werden gerade auch in Bezug auf die Flüchtlingspolitik der damaligen Regierung und die Rolle der schweizer Banken während des Zweiten Weltkrieges als verfälscht, bzw. übertrieben dargestellt. Demgegenüber steht das Bild der kleinen, von faschistischen Mächten bedrohten Schweiz, der nichts übrig blieb als zu parieren – zuerst kommt das Fressen, dann die Moral.

Der AGG indessen steht in seinen Bestrebungen um revisionistische Agitation keineswegs alleine da: Auf Initiative der «Arbeitsgemeinschaft Gelebte Geschichte», wurde im Juli 2000 die Interessensgemeinschaft Schweiz - Zweiter Weltkrieg (IG), präsidiert von Alt-Stadtrat Sigmund Widmer, gegründet. Der Dachverband umfasst 19 Gruppierungen und zählt nach eigenen Angaben gegen 20'000 Mitglieder.

Die IG ist Sammelbecken unterschiedlichster rechtskonservativer Vereinigungen. Hier finden sich sowohl laizistisch-nationalistische als auch christlich-fundamentalistische Organisationen ein, wie der «Verein Gesellschaft und Kirche wohin?», der vom pensionierten Medizinprofessor Hans Kobelt präsidiert wurde. Kobelt unterhielt gute Beziehungen zur Psychosekte VPM, machte sich aber auch im Kampf gegen die Fristenlösung stark.

Ebenso sind neben den greisen «Zeitzeugen» des AGG oder der «Aktion Aktivdienst» auch Jugendorganisationen, wie die «europakritische», der JSVP nahe stehende «Junge Vereinigung Zukunft Schweiz» vertreten. Selbst der Röschtigraben scheint hier endlich überwunden zu sein: zur «Identität Schweiz» etc., gesellen sich «Sion Mob», «Identité Suisse» und dergleichen mehr.

Antisemitismus wirkt als die integrierende Kraft im zersplitterten rechtskonservativen Spektrum. Die IG Schweiz - Zweiter Weltkrieg unter der Führung des «Arbeitskreises Gelebte Geschichte» stellt diesem ein geeintes Gefäss zur Verfügung. ■

Hier könnte
ihre Werbung
stehen

Risse Magazin
inserate@risse.info

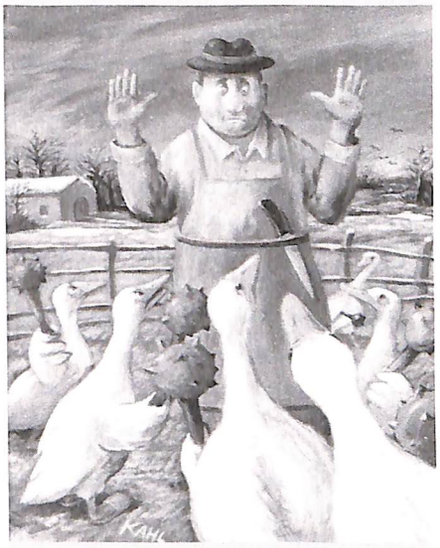
www.akweb.de
Linke Politik monatlich zum Einzelpreis von 4,20 €
ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 466:
Schwerpunkt: Krieg für Öl
★ Interview mit Moshe Zuckermann
★ John Holloway zu Klassenkampf und Empire
★ Agrarischer Gendertrouble
★ 10 Jahre riot grrrls
★ PDS = Partei des Scheiterns?
★ Linke Bewegungen in der „Berliner Republik"

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen!
Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · D-20255 Hamburg
Fon +49 40-40170174 · Fax: 40170175
ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

konkret



überzeugt
durch
Argu-
mente

Ja ich will **konkret** drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen
O Scheck O Bargeld O Briefmarken
in dieser Höhe bei.
Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET,
Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg
oder: http://www.konkret-verlage.de

Die Abstürze an der Börse mehren sich.
Die ABS-Aktie bleibt stabil.

Die ABS-Aktie ist kein Spekulationspapier, sondern eine direkte Investition in die ABS. Mit dem Erwerb von ABS-Aktien bekommen Sie das Mitbestimmungsrecht an der nachhaltigen Geschäftspolitik mit ethischer, ökologischer und sozialer Ausrichtung. Und das bei vorbildlicher Transparenz, welche sie andernorts vergeblich suchen.

ALTERNATIVE BANK
Die Bank für eine andere Schweiz

Investieren statt spekulieren.
Ich möchte mich an der zukunftsorientierten Geschäftspolitik der ABS beteiligen und Aktien erwerben.
Bitte senden Sie mir:
☐ Unterlagen zum Zeichnen von ABS-Aktien
☐ Informationsmaterial
Name
Adresse
PLZ, Ort
Talon an: Alternative Bank ABS, Leimgasse 7, Postfach 2601 Olten, Tel. 062 206 16 16, E-Mail: contact@abs.ch, Website: www.abs.ch

Der innere Feind

Vor 50 Jahren kam es in der Tschechoslowakei zu einer Prozesswelle gegen angebliche «Verschwörer gegen den Staat», die unter dem Begriff «Slansky-Prozess» in die Geschichte einging. Die antisemitische Stossrichtung der Verfolgungen trat deutlich hervor, auch wenn sie als Antizionismus getarnt wurde. Dieser Antisemitismus «von links» hat in seiner Argumentationsstruktur bis heute eine Kontinuität.

von Pascal Germann

Als Artur London von seiner Gefängniszelle zu einem Verhör geführt wurde, schrie ihm der Mann des Sicherheitsdienstes ins Gesicht: «Sie und Ihre dreckige Rasse, wir werden sie schon ausrotten! Alle seid ihr gleich! Nicht alles, was Hitler getan hat, war richtig, aber er hat die Juden vernichtet, und das war gut.» London war einer der Angeklagten im «Prozess gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörungszentrums», der im November 1952 in der jungen «Volksdemokratie» der Tschechoslowakei durchgeführt wurde. Mit solch primitivem und offenem Antisemitismus wurde er während des Prozesses – zumindest während den öffentlichen Verhandlungen – selten konfrontiert. Die von Moskau diktierte offizielle Linie der KP war klar und einfach: Kommunisten dürfen keine Antisemiten sein. Nicht die Juden sind der Feind, sondern die Zionisten. Wie diese neuen Feinde identifiziert wurden, erinnert sich London: In den Protokollen sei nie von Juden die Rede gewesen. In einem Verhör habe er aber bei jedem Namen angeben müssen, ob es sich um einen Juden handelt. «Der Referent setzt aber dann jedes Mal an Stelle der Bezeichnung Jude das Wort «Zionist» ein. «*Wir gehören dem Sicherheitsapparat einer Volksdemokratie an. Das Wort Jude ist eine Beschimpfung. Deshalb schreiben wir Zionist.*» Ich mache ihn darauf aufmerksam, dass «Zionist» eine politische Bezeichnung ist. Er erwidert, das sei nicht wahr, und übrigens seien dies die Weisungen, die er erhalten habe.» London wusste damals noch nicht, dass der Vorwurf einer «zionistischen» sprich: «jüdischen Verschwörung» im Zentrum des Prozesses stehen wird.

Die zionistische Gefahr

Der sogenannte Slansky-Prozess war Teil und vielleicht blutigster Höhepunkt der zweiten grossen stalinistischen Säuberungswelle, die in der Sowjetunion und ihren neuen Satellitenstaaten wütete. Während in den Moskauer Prozessen der Dreissigerjahre die Kommunisten der Oktoberrevolution angeklagt waren, richtete sich die stalinistische Verfolgung nach dem Krieg insbesondere gegen die jüngere Generation überzeugter Kommunisten, die international gegen Faschismus und Nationalsozialismus gekämpft hatten. Allein die Tatsache, dass diese Kommunisten nicht nur in «ihrem» Land, sondern weltweit um Befreiung kämpften, war dem chauvinistischen Stalin-Regime suspekt. Zudem wurde die antisemitische Stossrichtung der Verfolgung immer offensichtlicher.

In den Jahren 1950 bis 1952 kam es in der Tschechoslowakei zu einer grossen Verhaftungswelle. Betroffen waren insbesondere hohe Funktionäre der KP, die staatliche Ämter bekleideten. Die Biographie Artur Londons war typisch für ein Opfer dieser Säuberung: Mit 14 Jahren trat er in die KP Tschechiens ein, nach mehreren Verhaftungen floh er nach Moskau, ab 1936 kämpfte er in den internationalen Brigaden in Spanien, danach in der französischen Resistance. 1942 wurde er von den Nazis verhaftet und ins KZ Mauthausen deportiert, das er bis zur Befreiung überlebte, 1948 wurde er zum stellvertretenden Aussenminister der Tschechoslowakei ernannt und zwei Jahre später wegen «Spionagetätigkeit» arretiert.

Die Verhafteten mussten unter schwerer psychischer und physischer Folter sowie unter ständiger Todesdrohung die absurdesten Geständnisse unterschreiben. Sie seien schon immer dem Trotzkismus nahe gestanden, hätten mit der Gestapo zusammengearbeitet, seien zugleich «Agenten des amerikanischen Imperialismus» und hätten an einer «Verschwörung gegen den Staat» teilgenommen. Insgesamt wurden über 50'000 Menschen zu Gefängnisstrafen verurteilt oder in Lager verschleppt und 233 Todesurteile ausgesprochen. Im Zentrum dieser Verfolgungen stand der Schauprozess gegen den Generalsekretär der tschechoslowakischen KP Rudolf Slansky und seine 13 angeblichen Komplizen, die als Führer der «Verschwörung gegen den Staat» präsentiert wurden. Während der Richter drei Angeklagte als «Tschechen» bzw. «Slowaken» bezeichnete, stellte er die übrigen elf «Verschwörer» als Juden vor. In der Rede des Staatsanwaltes verschwindet das Wort «Jude». Auf der Anklagebank seien elf Anhänger des Zionismus, verkündete der Staatsanwalt in seinem Plädoyer, um danach gleich den Grund dieses Schauprozesses anzufügen: «Der Prozess führt allen kommunistischen und Arbeiterparteien die Gefahr vor Augen, mit der der Zionismus in seiner Eigenschaft als Büro des amerikanischen Imperialismus sie bedroht. Seit jeher sind die zionistischen Organisationen durch die tausend Fäden der Klasseninteressen mit dem Weltkapitalismus verbunden.» Der Zionismus wird als mit dem Weltkapitalismus eng verbundene, internationale Gefahr dargestellt, und zu den Zionisten können willkürlich alle Juden gezählt werden. Es wird hier folglich nichts Anderes als eine Neuauflage einer «jüdischen Weltverschwörung» präsentiert. Der einzige Unterschied besteht darin, dass der Antisemitismus als Antizionismus getarnt wird.

Das neu-alte Feindbild

Diese bestimmte Ausformung des Antisemitismus ist mit der Legitimationsideologie der Sowjetunion, dem Marxismus-Leninismus, verwoben, sein Ursprung ist aber weder bei Marx noch bei Lenin zu finden. Er ist vielmehr im Kontext der «nationalen Identitätsfindung» der Sowjetunion als auch der neuen Ostblockländer entwickelt worden. Der in den ersten beiden Jahrzehnten der Sowjetunion von den Bolschewiki unterdrückte, aber latent immer noch vorhandene Antisemitismus wurde in der zweiten Hälfte der Vierzigerjahre manifest, als Stalin die neue Stärke und Grösse der Sowjetunion mit immer kruderem völkischem Nationalismus legitimierte. Wie in jeder nationalen Ideologie wird das Bild einer harmonischen und konfliktfreien Gemeinschaft gezeichnet. Der Widerspruch zwischen der krisenhaf-

ten Realität und diesem ideologisch verzerrten Bild erfordert neben der xenophoben Abgrenzung gegen das äussere Fremde einen Feind, der für die innere Zerrissenheit der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden kann. An diese Stelle treten in der antisemitischen Weltanschauung die Juden. Das Kunststück in der Sowjetunion bestand nun darin, diese für die nationale Identitätsstiftung notwendige Anschauung in die Sowjetideologie einzubauen: das Resultat war der Antizionismus.

Dieses neu-alte Feindbild wurde auch ein konstitutives Moment für die nationale Konstruktion der neuen sozialistischen Staaten Osteuropas. Der Prozess um Rudolf Slansky sowie auch die anderen Prozesse in Osteuropa hatten den Zweck, den Staaten Osteuropas eine «nationale Identität» zu stiften, die «volksdemokratisch» begründet wird und zugleich ihre Abhängigkeit von der Sowjetunion zu legitimieren. Zuerst schien im Zentrum der Verfolgungen in der Tschechoslowakei der Vorwurf des «Trotzkismus» und «Titoismus» zu stehen. Die für den Prozess beauftragten sowjetischen Funktionäre sahen aber bald ein, dass diese Feindbilder für den gewünschten Erfolg nicht ausreichen. Der «Trotzkismus» konnte als «Zersetzer» innerhalb der Partei präsentiert werden und somit die Begründung für die Herrschaft Stalins liefern. Die «Volksdemokratie», die eben nicht als «Diktatur des Proletariats» verstanden wurde, musste aber eine innere Gefahr für das «Volk» vorstellen können. Der Vorwurf des «Titoismus» diente als Drohung gegen alle Versuche sozialistischer Länder, sich von der Sowjetunion zu emanzipieren. Das Feindbild ist aber vor allem ein Äusseres, da es eng mit Jugoslawien verbunden ist. Zudem sind sowohl «Trotzkismus» als auch «Titoismus» Feindbilder, die aus der Sowjetunion importiert werden mussten. Um den inneren Feind zu kreieren, den «Parasiten», der sich als Fremdkörper im Volke einnistet, drängte es sich auf, den in der Bevölkerung der Oststaaten meist tief verankerten Antisemitismus aufzugreifen und die Juden zu diesem Feindbild zu erklären. In einer Ideologie, in der «Völkerfreundschaft» auf die Fahne geschrieben wird und somit alle «Völker» zu tendenziell positiven Bezugsgrössen werden, darf das Feindbild aber nicht ein Kollektiv sein, das als «Volk» aufgefasst werden kann, sondern es muss eine vordergründig politische Gruppierung sein; deshalb wird der Antisemitismus als Antizionismus getarnt. Der Vorwurf des Antisemitismus kann abgewehrt werden, indem der Zionismus als politische Bewegung gedeutet wird. Gleichzeitig können aber Zionismus und Judentum wiederum tendenziell gleichgesetzt und den Zionisten dieselben Merkmale zugeordnet werden, die sich aus der antisemitischen Sichtweise ergeben.

Rudolf Slansky während seines Prozesses

Fremde und Verräter

Im Frühjahr 1951 wies Berija, der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, die tschechoslowakischen Behörden an, die Anschuldigung des Zionismus gegen die Verhafteten zu erheben und den jüdischen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rudolf Slansky als Hauptangeklagten auszuwählen. Damit hatte man den inneren Feind gefunden. Der bis anhin (zumindest öffentlich) nur in Zwischentönen erkennbare Antisemitismus trat nun als Hauptmoment des Prozesses hervor. Die Anklagerede des Staatsanwaltes ist eines jener antisemitischen Dokumente, in welchen die Wörter «Jude» und «Judentum» kaum vorkommen, deren Inhalt aber nur dann Sinn macht, wenn sie konsequent mitgedacht werden.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als «zionistische Abenteurer, Fremde und Feinde der Partei und des Volkes». Sie sind also nicht nur «Feinde», sondern «Fremde» und zwar Fremde der ontologisch definierten Gemeinschaft «Volk». Schon aus diesem kurzen Ausschnitt ist ersichtlich, dass «Zionismus» nicht einfach als politischer Begriff verwendet wird, sondern als Bezeichnung einer Wesensart, die nicht einfach ablegbar ist. In der Argumentationsweise während des ganzen Prozess wurde darauf geachtet, dass die Feindseligkeit der Angeklagten nicht auf einen einmal begangenen Fehltritt zurückgeführt werden konnte. Vielmehr bemühte man sich, ihr feindliches Verhalten als konstante Haltung, als eine offenbar in ihrem Wesen angelegte Eigenschaft darzustellen. Slansky musste vor Gericht aussagen: «Ich bin noch nie ein richtiger Kommunist gewesen.» Der Staatsanwalt stimmte zu und fügte nur noch bei, dass der Hauptangeklagte «schon immer ein Verräter» gewesen sei.

Die Begriffe «Fremde» und «Verräter», die beide in der Anklage häufig verwendet wurden, widersprechen sich eigentlich, da eine Gemeinschaft nur verraten kann, wer Teil von ihr ist. Diese Widersprüchlichkeit ist ein Merkmal der antisemitischen Argumentation. Juden werden als Fremde vorgestellt, die sich nicht – wie in der xenophoben Abgrenzung von Ausländern – ausserhalb der Gemeinschaft befinden. Sie sind ein «fremdes Volk» und zugleich «Schädling» innerhalb des eigenen «Volks», das «Volk im Volke» wie Heinrich von Treitschke, einer der Begründer des deutschen Antisemitismus, sich ausdrückte. Dieses «Paradoxon» (Holz 2000) wird im Antizionismus reproduziert. Der Staatsanwalt wirft den zu «Fremden» degradierten Angeklagten vor, Partei

und Staat «von innen her zu zersetzen». «Wie tausendarmige Kraken hatten die Verbrecher sich an den Körper unserer Republik geheftet, um ihr das Blut und das Mark auszusaugen.» Es wird das Bild des Parasiten gezeichnet, der von innen den gesunden Volkskörper erkranken lässt. Nur ein Parasit kann die Krise einer Gemeinschaft bewirken, die eigentlich gegen alle Krisen resistent sein müsste, da sie als national gewachsen und als logisches Resultat der Geschichte dargestellt wird.

Finanzkapital und Volk

Diese innere Bedrohung der Völker hat gemäss der antizionistischen Argumentation mit der Gründung des Staates Israel eine neue Qualität erreicht. «Die Gefahr, die der Welt von den internationalen zionistischen Organisationen her droht, ist seit der Errichtung des amerikanischen Protektorates – des sogenannten Staates Israel – grösser geworden.» Israel ist also kein normaler Staat; denn ein «Volk», das kein richtiges Volk ist, da es nur in anderen Völkern ein parasitäres Dasein fristet, kann auch keinen richtigen Staat hervorbringen. Von diesem «sogenannten Staat» soll eine internationale Gefahr ausgehen. Dahinter lauert aber eine noch grössere Gefahr, nämlich Amerika. Wer hier aber eine Abweichung vom antisemitischen Weltbild vermutet, hat sich getäuscht, denn – so führte der Staatsanwalt weiter aus – «auch nach der Gründung des Staates Israel verbleibt der Hauptsitz der zionistischen Organisationen weiter in Amerika, wo die Zionisten zahlreiche Anhänger unter den amerikanischen Monopolisten haben, die die ganze Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten bestimmen.» Auch hinter dem amerikanischen Imperialismus, der «die Beherrschung der Welt und den Krieg anstrebt», stecken die Juden.

Der Verweis auf den angeblich massgeblichen zionistischen Einfluss auf die Aussenpolitik der USA zielt aber auf einen weiteren Sinngehalt ab, der in der antizionistischen Reproduktion des Antisemitismus nicht fehlen darf: «Der Kosmopolitismus» der Angeklagten, der mit dem Imperialismus gleichgesetzt wird, laufe «parallel zu dem bourgeoisen jüdischen Nationalismus; das sind tatsächlich die beiden Seiten derselben in der Münzstätte von Wall Street geprägten Medaille.» Die Wall Street steht symbolisch für die Zirkulationssphäre des Kapitals. Diese produziere als «jüdisch» vorgestellte ideologisch-politische Richtungen. Gleichzeitig werden in der Rede immer wieder die Angeklagten den «Werktätigen» oder «Arbeitenden» entgegengesetzt. Der Staatsanwalt deutet damit die antisemitische Unterscheidung zwischen schaffendem und raffendem Kapital an. Dieses Stereotyp wird aber nicht expliziert, da das bisschen Marx, das im marxistisch-leninistischen Zerrbild des Marxismus doch noch enthalten ist, einen positiven Bezug auf das «produktive Kapital» verbietet. Der sowjetideologische Antizionismus benötigt deshalb eine kleine Abwandlung des Stereotyps: Dem «Finanzkapital» wird nicht das produktive Kapital, sondern den «kosmopolitischen Finanzkapitalisten» werden die «werktätigen Völker» entgegengesetzt. Gerade in der Unklarheit dieser Begriffe liegt die Stärke für die antizionistische Argumentation: es ermöglicht die Reproduktion der antisemitischen Vorstellung eines parasitären jüdischen Finanzkapitals ohne dabei eine offensichtliche ideologische Inkohärenz zu riskieren.

Mit der antizionistischen Stossrichtung des Slansky-Prozesses ist gelungen, was mit dem Feindbild «Titoismus» oder «Trotzkismus» nicht möglich gewesen wäre. Das «tschechoslowakische Volk» wird als Gemeinschaft vorgestellt, deren ausführendes Organ die Partei ist. Weil diese als «Volksdemokratie» bezeichnete Gemeinschaft durch das Naturgesetz gewachsen ist, muss sie widerspruchsfrei und krisenresistent sein. Partei und Volk können keine Fehler machen. Nur ein innerer Feind kann Krisen herbeiführen. Der Slansky-Prozess ist aber Teil einer antizionistischen Kampagne, die nicht nur die Tschechoslowakei betrifft. Da einerseits alle «Volksdemokratien» legitimiert werden sollen und andererseits der als Inter-Nationalismus verstandene Internationalismus fester Bestandteil marxistisch-leninistischer Ideologie ist, werden weltweit Kollektive zu «werktätigen Völkern» erklärt und zu harmonischen Gemeinschaften verklärt. Wegen der tatsächlichen gesellschaftlichen Disharmonie benötigen Gemeinschaftsideologien einen Buhmann, der im antisemitischen Weltbild der «Jude» ist. Er ist der parasitäre Feind, Fremder und Verräter zugleich, der nur innerhalb der Gemeinschaft existieren kann, ihr zugleich aber fremd ist und sie von innen zerstört. An die Stelle des «Juden» treten im getarnten Antisemitismus der «Zionist», der «Finanzkapitalist» oder einfach «Israel».

Staatsanwalt Urvalek bei seinem Schlussplädoyer

Das Resultat des Prozesses gegen das angebliche Verschwörerzentrum stand von Anfang an fest. Rudolf Slansky und zehn weitere Hauptangeklagte wurden mit dem Tode bestraft. Die drei anderen Angeklagten, darunter Artur London, wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Erst 1963

rehabilitierte die Tschechoslowakei auf internationalen Druck reagierend die Verurteilten des Slansky-Prozesses.

Brückenkopf des Imperialismus

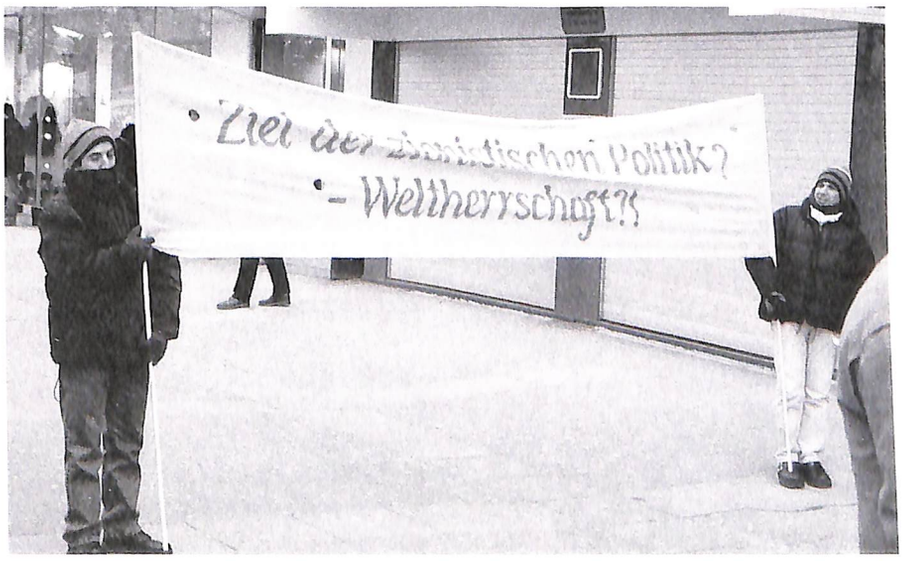
Der im Slansky-Prozess propagierte Antizionismus war in einen spezifischen historischen und ideologischen Kontext eingebettet. Trotzdem hat er eine erstaunliche Kontinuität entwickelt. Je nach ideologischer Ausrichtung hat der heutige Antizionismus nur einige Modifizierungen erfahren. So sind an die Stelle der «werktätigen Völker» in der neuen Linken oft die «unterdrückten» oder «kolonialisierten Völker» getreten, mit denen man sich innig verbunden fühlt. Die Argumentationsstruktur des Antizionismus ist aber sehr ähnlich geblieben. Oft werden dieselben Begriffe und Bilder verwendet.

Ein Beispiel ist die bei Antizionisten aller Schattierungen – von Linksradikalen, über Gewerkschafter bis zu Neonazis – besonders beliebte Wendung «Brückenkopf des Imperialismus», eine Bezeichnung, die bereits im Slansky-Prozess dem Staat Israel angedichtet worden ist. Für alle, die wie ich kein Faible für militärische Metaphern haben: Ein Brückenkopf ist «in der Kriegsführung die Stellung, die im ersten Fussfassen nach dem Übersetzen am feindwärtigen Ufer (...) errungen oder die beim Rückzug mit letzten Verteidigungseinheiten gehalten wird» (Brockhaus-Enzyklopädie). Schwieriger zu beurteilen ist, was in dieser Wendung der Begriff Imperialismus bedeutet. Die leninsche Definition, die in der Linken üblich ist, bezeichnet den Imperialismus als «Stadium des Kapitalismus». Dass eine spezifische ökonomische Phase des Kapitalismus eine feindliche Stellung im Nahen Osten eingerichtet haben soll, macht aber keinen Sinn. Versuchen wir es mit einer etwas alltagsnäheren Begriffsverwendung, die unter Imperialismus ein gegen aussen gerichtetes aggressives Machtstreben eines Staates versteht. Da dem Wort «Imperialismus» in der Brückenkopf-Metapher oft das Adjektiv «amerikanisch» beigefügt wird, scheint eine solche Interpretation einen Sinn zu ergeben, zumindest für einen mit logischem Denken ausgezeichneten Marsbewohner, der von den menschlichen Gesellschaften nur vom Hören-Sagen weiss: Amerika hat die Stellung «Israel» errichtet, um von dort aus seine Aggressionen zu starten. Ein Mensch aber, der ab und zu eine Zeitung liest, wird das Wesen vom Mars schnell belehren können, dass die USA in halb Asien militärische Standorte besitzen oder besassen, von denen aus sie Krieg führten, nicht aber in Israel. Wie man es auch dreht und wendet, den Staat Israel als «Brückenkopf des Imperialismus» zu bezeichnen ergibt keinen Sinn, wenn diese Behauptung an der Realität gemessen wird.

Mit dem wirklichen Israel hat die Bezeichnung nichts zu tun. Der Vorwurf «einen Brückenkopf des amerikanischen Imperialismus» zu errichten, war anfänglich auch nicht gegen Israel gerichtet. Vielmehr dienten genau diese Worte zur Anklage gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee in der Sowjetunion, die damals aber nicht Israel, sondern eine geforderte jüdische Republik auf der Krim bezeichneten. Es war eines der Hauptargumente, mit welcher 1952 die Liquidierung des Komitees begründet wurde. Einen feindlichen Brückenkopf zu errichten wird also den Juden allgemein vorgeworfen, unabhängig ob am Schwarzen oder am Roten Meer.

Die Wendung kann nur verstanden werden, wenn sie als Produkt des antizionistisch-antisemitischen Weltbildes begriffen wird. Dann ist der Sinngehalt klar: Imperialismus ist der Feind. Dieser hat eine Stellung nicht nur ausserhalb, sondern innerhalb der Gemeinschaft errichtet. Die Gemeinschaft kann verschiedenes sein: die «unterdrückten Völker», die Dritte Welt, die Muslime, die Araber, die Palästinenser... Wer der innere Feind ist, steht aber fest: die Israelis, die Juden, die kein richtiges Volk sind und deshalb auch «nicht staatenbildend sein können» (Hitler), sondern eben nur einen feindlichen Brückenkopf, ein parasitäres Gebilde, das die Gemeinschaft von innen zerstört, zu errichten vermögen. Um die Gemeinschaft zu retten, muss dieses Gebilde ausgelöscht werden. Ein feindlicher Brückenkopf, das kann wohl jede Militärgurgel bestätigen, muss sofort zerstört, vernichtet werden. Die oftmals vorgebrachte Sympathie für «Selbstmordattentäter» genannte Judenmörder ist nicht auf ein moralisches Defizit verwirrter Palästina- oder Islamfreunde zurückzuführen, sondern ist die logische Folge des als Antizionismus getarnten Antisemitismus. Sie ist Ausdruck der der antisemitischen Weltanschauung inhärenten Tendenz zur Vernichtung.

Damit möchte ich nicht Unvergleichliches gleichsetzen: eine Tendenz bedeutet nicht, dass aus ihr eine entsprechende Verfolgungspraxis abgeleitet werden muss. Zudem unterscheidet sich auch ein offener von einem verschleierten Antisemitismus. Die Vernichtungsdrohung, die Artur London von einem Sicherheitsbeamten im Gefängnis hören musste, hebt sich von der offiziellen Argumentation des Staatsanwaltes ab, in welcher zumindest vordergründig die Judenvernichtung verurteilt wurde. Gerade hinter der durch den marxistisch-leninistischen Kontext bedingten Notwendigkeit zur Tarnung des Antisemitismus verbirgt



Die Kontinuität des getarnten Antisemitismus. Demonstration in Wien, 2002

sich «ein letzter Rest der aufklärerischen Theorietradition» (Holz 2001), die im sowjetideologischen Zerrbild des Marxismus doch noch enthalten ist. Mit dem Ende des Realsozialismus sind zwar einerseits jene Staaten weggefallen, die den Antizionismus als Staatsideologie propagierten, andererseits ist durch den Niedergang des Marxismus-Leninismus bei gleichzeitiger Kontinuität des Antizionismus gerade diese Notwendigkeit zur Tarnung ein Stück weit weggefallen. Es besteht die Gefahr, dass der gegen Israel gerichtete Antisemitismus mit seiner Schminke auch seine Hemmungen verliert und sich als offener Hass gegen die Juden offenbart. Islamistische Terroristen machen es bereits vor. ■

Literatur:

Haury, Thomas. «Finanzkapital oder Nation». Zur ideologischen Genese des Antizionismus der SED. Berlin 1996.

Hodos, Georg Hermann. «Schauprozesse». Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54. Zürich 1988.

Holz, Klaus. «Nationaler Antisemitismus», Hamburg 2001.

London, Artur. «Ich gestehe». Der Prozess um Rudolf Slansky. Hamburg 1970.

Lustiger, Arno. «Rotbuch: Stalin und die Juden». Berlin 1998.

Poliakov, Léon. «Vom Antizionismus zum Antisemitismus». Freiburg 1992.

Täuschende Verwandtschaft: Foucaults Verhältnis zu Marx

Der Philosoph Michel Foucault ist in der linken Theorie immer noch sehr präsent. Nicht zuletzt wegen seiner ebenso faszinierenden wie widersprüchlichen Machtanalyse, für die er sich immer wieder positiv auf Karl Marx bezogen hat. Eine genauere Untersuchung dieser Bezüge zeigt die Fragwürdigkeit einer Machtanalyse, die sich über den theoretischen Status der ökonomischen Verhältnisse im Unklaren bleibt.

von Alex Schärer

Michel Foucault hat seine KritikerInnen genauso wie seine AnhängerInnen immer wieder in Verwirrung gestürzt. Der 1984 verstorbene französische Philosoph wird in der akademischen Welt immer noch rege diskutiert. Seine originellen Untersuchungen zur Geschichtlichkeit von Phänomenen wie dem Gefängnis oder der Sexualität inspirieren auch linke und feministische AutorInnen.

Foucaults Machtbegriff zeichnet sich durch eine eigentümliche Skizzenhaftigkeit und Widersprüchlichkeit aus. An einer häufig zitierten und prominent gewordenen Stelle in «Überwachen und Strafen» heisst es zum Beispiel, dass jene, die die Macht bekämpften, von dieser selbst eingesetzt worden seien und von dieser durchdrungen würden. Es mag etwas zur Klärung beitragen, wenn man einen Blick darauf wirft, wie Foucault zu einem Denker stand, den er zu seinem Vorgänger in Sachen Machtanalyse gemacht hat und auf den er sich vor allem zustimmend bezog: Karl Marx. Ebenso wie Marx hat Foucault versucht, den historischen Charakter von scheinbar zeitlosen Phänomenen aufzuzeigen. Beide hatten den Anspruch, eine Kritik der fundamentalen herrschaftlichen Prägung der Gesellschaft zu liefern. Und nicht zuletzt waren beide skeptisch eingestellt gegenüber der Reformierbarkeit der Verhältnisse.

Kein Thema: Foucault und Marx

In der Flut der Publikationen zu Foucault findet sich praktisch nichts über sein Verhältnis zu Marx. Die wenigen Texte, die dazu vorhanden sind, verlassen sich dabei meist auf Foucaults eigene Verlautbarungen zu seinem Verhältnis zu Marx und ebnen damit die Widersprüchlickeiten in Foucaults Umgang mit Marx ein. Anders sieht es aus mit dem Verhältnis Foucaults zum Marxismus, dazu gibt es einiges an Literatur. Häufig wird dabei aber nicht speziell zwischen Marx und dem Marxismus unterschieden. Dies mag auf den ersten Blick belanglos erscheinen, wird aber spätestens dann fragwürdig, wenn man Foucaults Äusserungen zu Marx mit seinen Äusserungen zum Marxismus vergleicht und den Kontrast bemerkt zwischen der negativen Haltung Foucaults zum Marxismus und seiner positiven Haltung zu Marx. 1975 erschien Foucaults machtanalytisches Hauptwerk «Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses», worin er der Geschichte des Strafens und des Gefängnisses nachgeht und dabei erstmals seinen Machtbegriff entwickelt. Er bezieht sich darin mehrmals und auschliesslich positiv auf Marx.

In Äusserungen aus dem selben Zeitraum kritisiert Foucault die MarxistInnen seiner Zeit dafür, Marx vor allem durch Scheuklappen zu rezipieren und nicht genau genug gelesen zu haben. Der Marxismus hätte einen «ökonomistischen» Machtbegriff meint Foucault, er wünsche sich dagegen «eine Befreiung von Marx» aus dem «Dogmatismus», in den er lange «eingeschlossen» gewesen sei. Marx habe um einiges raffinierter argumentiert als viele MarxistInnen, die sich auf ihn berufen würden. An anderer Stelle meint Foucault, man könne im «Kapital» «zwischen den Zeilen (...) leicht eine Analyse oder wenigstens den Abriss einer Analyse finden, die eine Geschichte der Machttechnologie wäre, wie sie in den Werkstätten und Fabriken ausgeübt wurde». Und weiter: «Marx leistet beispielsweise grossartige Analysen des Problems der Disziplin in der Armee und in den Werkstätten.»

Pate der Machttheorie

Die These dieses Artikels lautet: Foucaults Versuch, in Abgrenzung zur vom ihm wahrgenommenen Dominanz der Ökonomie in marxistischen Herrschafts- und Machtanalysen, eine Machttheorie zu entwickeln, die Macht als eigenständige gesellschaftliche Sphäre begreift, ist von Widersprüchlichkeiten durchzogen. Dies widerspiegelt sich auch in der Art, wie Foucault Marx zum Paten seiner Machttheorie zu machen versucht.

Ein Jahr nach dem Erscheinen von «Überwachen und Strafen» äussert sich Foucault in einer Vorlesung zum «Ökonomismus in der Theorie der Macht». Es geht um das Verhältnis von Macht/Politik auf der einen und Ökonomie auf der anderen Seite. In der marxistischen Theorie werde von einer «ökonomische[n] Funktionalität der Macht [ausgegangen] insofern, als die Macht im wesentlichen die Aufgabe hätte, zugleich die Produktionsverhältnisse und die Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten». Wir haben es gemäss Foucault zu tun «mit einer politischen Macht, die ihren historischen Daseinsgrund und das Prinzip ihrer konkreten Form und ihrer gegenwärtigen Funktionsweise in der Ökonomie hätte». Foucault redet zwar einer «Untrennbarkeit von Ökonomie und Politik» das Wort, geht aber im Widerspruch dazu in seiner Machttheorie selbst von der klaren Trennbarkeit von Ökonomie und Macht/Politik aus. Deshalb kreidet er dem Marxismus nicht in erster Linie eine unrealistische Trennung von Ökonomie und Macht an, sondern die «funktionale Unterordnung» der Macht unter die Ökonomie, allerdings ohne hinreichend zu erläutern, was er damit meint.

Die Frage «Wie verhält sich die ökonomische Sphäre zu den anderen gesellschaftlichen Bereichen?» wird nicht ersthaft behandelt. Die damit zusammenhängende Frage, ob die ökonomischen Verhältnisse selbst eine Machtform darstellen könnten, stellt Foucault nicht. Einer der wenigen Autoren, denen dies aufgefallen ist, ist Abdul Janmohamed: «Es ist bemerkenswert, (...) dass Foucault nicht einmal für einen Moment in Erwägung zieht, dass die «*Produktionsverhältnisse*», wie sie Marx versteht, ein spezifisches Machtverhältnis darstellen könnten.»

Zweigeteilter Marx

Dass bei Marx genau dies – «Wie verhält sich die ökonomische Sphäre zu den anderen gesellschaftlichen Bereichen?» – die zentrale und immer wieder neu zu beantwortende Frage darstellt, kümmert Foucault nicht. Diese Differenz bleibt, so scheint es, folgenlos für Foucaults Umgang mit Marx. Seine inhaltliche Kritik am «Ökonomismus» beschränkt Foucault strikte auf den Marxismus. Seine Vorbehalte gegenüber Marx formuliert er dann mittels einer Aufspaltung von Marx in einen «machttheoretischen» und einen «ökonomischen» Marx. Während er den «machttheoretischen» Marx als grossen und immer noch fruchtbaren Machtanalytiker und Historiker feiert, erachtet er die Analysen des «ökonomischen» Marx als historisch überholt.

Wie definiert Foucault Macht? Macht ist «Disziplinarmacht», Foucault nennt sie auch einfach «die Disziplin». Die knappste und anschaulichste Definition lautet: «Wie jemanden überwachen, sein Verhalten kontrollieren, sein Betragen, seine Anlagen, wie seine Leistung steigern, seine Fähigkeiten vervielfachen, ihn dorthin stellen, wo er nützlicher ist. Das ist, meiner Meinung nach, die Disziplin.» Die Disziplin ist ein «technisches» Verfahren durch das «die Kraft des Körpers zu den geringsten Kosten als «politische» Kraft reduziert, und als nutzbare Kraft gesteigert wird». Macht ist gemäss Foucault überall, sie kann sich verbinden mit militärischen, pädagogischen und industriellen Apparaten, das heisst mit der Armee, der Schule und der Fabrik.

In «Überwachen und Strafen» bezieht sich Foucault für jeden wichtigen Argumentationsschritt auf Marx. Nachdem er seinen Begriff der Disziplinarmacht formuliert hat, geht Foucault dazu über, Disziplinarmacht und Ökonomie zu verschränken. Es geht ihm um die Verknüpfung der Disziplinarmacht mit dem Produktionsbereich. Dafür begibt er sich ins europäische 18. Jahrhundert, wo er das Aufkommen der Werkstätten und Fabriken untersucht. Foucault fragt sich, wie die Disziplin wirken kann, ohne die zu disziplinierende Tätigkeit zu behindern. Denn mit dem Wachstum des Produktionsapparates wird auch die Notwendigkeit von Kontrolle und Überwachung grösser.

Der Begriff Überwachung dient Foucault schliesslich als Bindeglied zwischen Produktion und Disziplin: «Die Überwachung wird zu einem entscheidenden ökonomischen Faktor, da sie sowohl ein Element im Produktionsapparat wie auch ein Rädchen innerhalb der Disziplinargewalt ist.» Darauf folgt ohne weiteren Kommen-

Michel Foucault

tar ein Zitat aus dem «Kapital», das lautet: «Diese Funktion der Leitung, Überwachung, Vermittlung, wird zur Funktion des Kapitals, sobald die ihm untergeordnete Arbeit kooperativ wird. Als spezifische Funktion des Kapitals erhält die Funktion der Leitung spezifische Charaktermerkmale.» Auf den ersten Blick steht in diesem Zitat genau das, was Foucault auch sagt. Das stimmt aber nicht ganz.

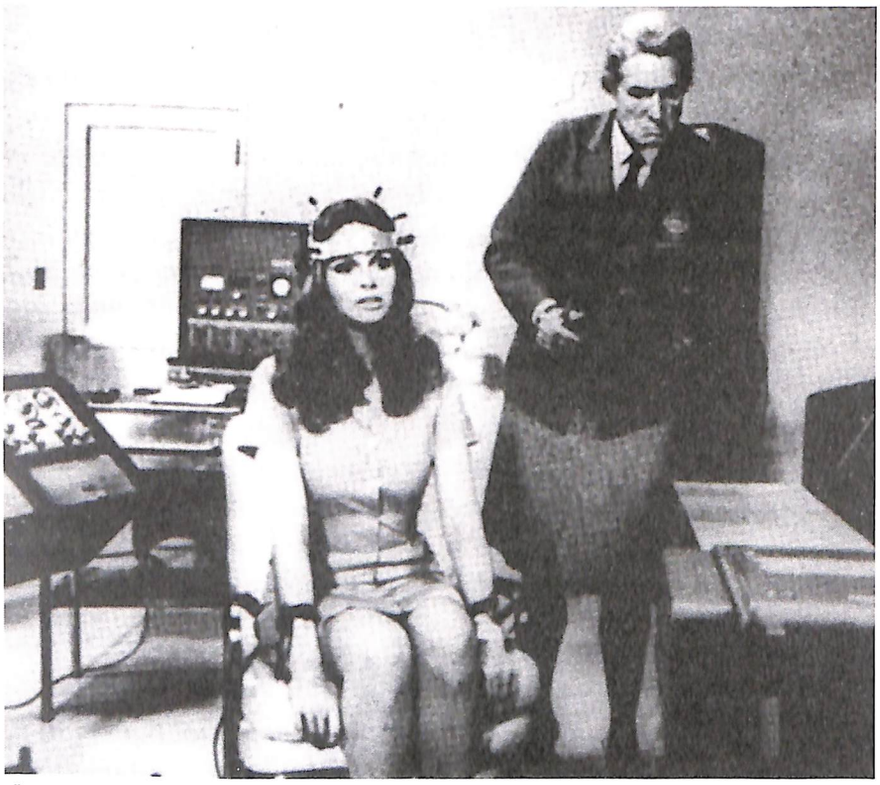
Ungreifbare Disziplin

Dass die Überwachung in den Produktionsprozess integriert wird und dass sie eine wichtige ökonomische Funktion hat, entspricht zwar dem, was Marx schreibt. Für Foucaults begründenden Nebensatz: «...da sie sowohl ein Element im Produktionsapparat wie auch ein Rädchen innerhalb der Disziplinargewalt ist», findet sich bei Marx aber kein Anhaltspunkt. Foucault etabliert hier – abgestützt durch ein Marx-Zitat – auf methodisch nur schwer nachvollziehbare Art und Weise einen eigenartig verdinglichten Begriff von Überwachung. Er tut dies, um der Disziplinarmacht eine gewisse Greifbarkeit zu verleihen. Foucaults bloss implizit geäusserte These lautet: Es gibt verschiedene gleichrangige Bereiche: Den Produktionsapparat, die Disziplin und die Überwachung. Die Disziplin wäre demnach nicht einfach ein Element der Fabrikordnung und ein Bestandteil des Produktionsprozesses, der wiederum dem kapitalistischen Profitsteigerungsimperativ unterworfen ist, sondern sie stellt eine eigenständige Sphäre dar: die Machtsphäre. Bei Marx hingegen sind Überwachung und Disziplin keine eigenständigen Kategorien, sondern sie werden integriert und erhalten einen spezifisch kapitalistischen Charakter.

Etienne Balibar ist der Widersprüchlichkeit von Foucaults Verhältnis zu Marx nachgegangen. Er versteht die Foucaultsche Disziplin als das von Marx nicht behandelte Bindeglied zwischen Ökonomie und Politik. Die Disziplin würde sich demnach einfügen genau an dem Punkt, der von Marx in seiner Analyse des Produktionsprozesses zwischen der im Ökonomischen und dem Politischen, der Gesellschaft und dem Staat erzeugten «Kurzschliessung»» ausgeschlossen worden sei. Wie soeben gezeigt worden ist, trifft dies nicht zu. Was die Foucaultsche Disziplin tatsächlich ist: Ein Phänomen, das nicht nur in der ökonomischen Sphäre, sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen vorkommt, zum Beispiel im Gefängnis.

Nach demselben kunstvollen Schema geht Foucault auch an anderen Stellen in «Überwachen und Strafen» vor, die Marx-Zitate sind dabei immer zustimmend. Kein Hinweis auf den Kontext, in dem die zitierten Aussagen bei Marx stehen, aber auch keine Spur einer Kritik an Marx. Dabei zitiert Foucault nicht irgendwelche abgelegenen, bloss deskriptiven Stellen im «Kapital». Die Abschnitte, aus denen er zitiert, enthalten häufig Aussagen, die auf den systematischen Charakter der Marxschen Ökonomiekritik verweisen. Diese werden von Foucault aber sorgfältig umschifft. Die Zitate sind zwar formal korrekt, aber durch den Kontext, den Foucault ihnen in seiner eigenen Argumentation gibt, funktionalisiert er sie für seinen Ansatz, der mit jenem von Marx nicht viel zu tun hat, sondern ihm zuwiderläuft. Foucault suggeriert, Marx sei ein Machtanalytiker Foucaultschen Zuschnitts.

Es scheint, dass Foucault diese Art des theoretischen Umgangs auch mit anderen Theorien pflegt. Clemens Kammler schreibt in seiner klarsichtigen Foucault-Monographie von einem «betont eklektizistische[n] Umgang [Foucaults] mit den theoretischen Ansätzen, auf die [er] sich positiv bezieht – sei es die Psychoanalyse, der Marxismus oder der Strukturalismus». Dieser Umgang lasse «die Identität (seiner) Objekte als ganzheitliche Theorien nicht intakt».



Überwachen und Strafen

Foucault fragt: «Wer übt die Macht aus? Wo wird die Macht ausgeübt? Man weiss in etwa, wer ausbeutet, wohin der Profit geht, zwischen wem er hin und her wandert, wo er wieder investiert wird. Aber die Macht?» In Aussagen wie dieser wird ersichtlich, wie klar Foucault zwischen Fragen der Macht und Fragen der Ökonomie trennt, Profit scheint nichts mit Macht zu tun zu haben. So abwesend die Ökonomie als analytische Kategorie ist, so präsent ist sie auf andere Weise, etwa als Metapher. In «Überwachen und Strafen» wimmelt es nur so von Ausdrücken wie «Ökonomie der Gesetzwidrigkeiten», «Machtökonomie», «Mikro-Ökonomie» der Macht, «Ökonomie der Öffentlich-

keit», «Ökonomie der Sichtbarkeit», «Ökonomie der Verausgabung», «Ökonomie der Kontinuität». Seinen eigenen Ansatz bezeichnet Foucault gar als «*politische Ökonomie* des Körpers».

Foucaults Sündenfall

Die Ökonomie kommt noch anders zum Vorschein, gleichsam so, wie etwas Verdrängtes in verwandelter Form wieder an der Oberfläche auftaucht. Foucaults Machtdefinitionen kommen auffallend häufig in ökonomischen Begriffen wie «Effizienz» daher, und die anschaulichsten Bilder für das Funktionieren von Macht kommen aus dem Fabrikproduktionssystem, obwohl es Foucault eigentlich darum geht, zu vermeiden, Macht in «ihrer konkreten Form und ihrer gegenwärtigen Funktionsweise in der Ökonomie» zu verorten.

Ein wesentliches Merkmal der Disziplinarmacht ist ihre Effizienz, aber Foucault erklärt nicht hinlänglich, wozu diese Effizienz gut sein soll. So beschreibt er eine Macht, die sich selbst genügt: Effizienz um der Effizienz willen, Disziplin um der Disziplin willen. Dass das Streben nach Effizienz etwas mit dem kapitalistischen Druck zur ständigen Profitsteigerung zu haben könnte, interessiert ihn nur am Rand.

Der Grund für die Ökonomielosigkeit von Foucaults Machtbegriff liegt nur zum Teil darin, dass er ökonomiekritische Positionen marxscher und marxistischer Provenienz umschifft. Er liegt auch nicht einfach darin, dass Foucault Macht getrennt von Ökonomie zu analysieren versucht. Die Antwort liegt tiefer. Der theoretische «Sündenfall» Foucaults liegt genau genommen darin, dass er nicht ausreichend reflektiert, dass seine Fragestellung bereits einen ungesellschaftlichen Ökonomiebegriff impliziert, der die Wirtschaft auf Kosten ihrer gesellschaftlichen Formbestimmtheit auf ihre stofflich-materielle Seite reduziert. Die essentielle Erkenntnis von Marx, dass diese Formen nicht nur historisch wandelbar, sondern auch herrschaftlich geprägt sind, fällt damit aus dem Blickfeld.

Die Geschichtlichkeit von Foucaults Machtbegriff konstrastiert damit auf eigentümliche Weise mit der Geschichtslosigkeit seines Ökonomieverständnisses. Die Versuche Foucaults, die Machtebene nachträglich mit der Ebene der Ökonomie zu verbinden, sind deshalb nicht überzeugend.

Theoriestrategische Erwägungen

Weshalb hat sich Foucault, obwohl er mit seinem Ansatz inhaltlich eigentlich gegen Marx Stellung bezieht, so prominent und vorwiegend positiv auf diesen bezogen? Es lassen sich zum Teil theoriestrategische Gründe dafür anführen. Das Motto «An der Seite von Marx den MarxistInnen eins auswischen» ist ein Joker in Foucaults Marxismus-Kritik. Foucault nimmt Marx von seiner Kritik aus, obwohl ein Teil jener Punkte, die er am Marxismus kritisiert, auch bei Marx zu kritisieren wäre. Seine Vorbehalte gegenüber dem Marxismus hätte er dann aber nicht mehr nach dem oben genannten Motto formulieren können. Es ist möglich, dass Foucault Marx als Paten seiner Machttheorie hätte aufgeben müssen, wenn er ihn offen kritisiert hätte.

Weshalb sich Foucault dafür entschieden hat, Marx eine prominente Rolle zu geben in seiner Machttheorie, lässt sich mit theoriestrategischen Erwägungen nicht befriedigend erklären, sondern hat auch inhaltliche Gründe. Einer davon mag darin liegen, dass Foucault Marxens Ansatz missversteht. Dies wird nicht auf Anhieb sichtbar, weil Foucault ähnlich wie Marx annimmt, dass die Sphäre des Rechts Machtverhältnisse zum Teil verdeckt. Während aber Marx dem Recht die herrschaftliche Prägung der Ökonomie entgegensetzt, übernimmt bei Foucault die Disziplinarmacht diese Funktion.

Darüber hinaus findet sich aber in «Überwachen und Strafen» zumindest ein inhaltlich begründeter Marxbezug. Foucault schreibt: «Insbesondere waren die technologischen Veränderungen des Produktionsapparats, die Arbeitsteilung und die Ausarbeitung von Disziplinarprozeduren sehr eng miteinander verflochten.» Die anschliessende Anmerkung verweist auf ein Kapitel im «Kapital». Foucault gibt zwar keine exakte Textstelle an, wahrscheinlich meint er aber jene Stelle, wo Marx von der Maschinerie in der Industrie und ihrer politischen Funktion spricht. Die Maschinerie wird laut Marx zum «machtvollste[n] Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals». Weiter schreibt Marx: «Man könnte eine ganze Geschichte der technischen Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloss als Kriegsmittel des Kapitals wider die Arbeitermeuten ins Leben traten.» Dass soziale Kämpfe auch auf technologischer Ebene ausgetragen werden, ist ein für Foucault wichtiger Punkt.

Sympathische Maschinenstürmerei

Foucault entwickelt eine Sensibilität für jenen Teil der sozialen Kämpfe, der spontan und unorganisiert losbricht, die bei Marx so nicht zu finden ist. Man sieht dies in der Bewertung jener Revolten gegen das Fabrikregime, die als Maschinenstürmerei bezeichnet werden. Während Foucault diese Form von unorganisiertem Widerstand mit Sympathie bewertet, kritisiert Marx an der Maschinerie vor allem, dass sie «kapitalistisch» angewandt werde. Marx unterscheidet zwischen der Maschinerie einerseits und ihrer kapitalistischen Anwendung andererseits. Zwar kritisiert er die disziplinierenden, freiheitseinschränkenden und gesundheitsschädigenden Wirkungen der Arbeitsorganisation in der Fabrik, zu bekämpfen sei aber vor allem der Kapitalismus. Es sei eine «Dummheit» erklärt Marx, «nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst». Hier spielt bezüglich der Möglichkeit einer menschlicheren Form der Arbeits organsation ein Optimismus, den Foucault nicht teilen kann. Foucault verarbeitet damit, auch was die Organisation der Arbeit in modernen nicht-kapitalistischen Gesellschaften betrifft, eine historische Erfahrung, die zu Marxens Zeiten noch nicht gemacht worden war.

Wenn auch Foucault hier die Diffusität seines Machtbegriff zu gute kommt, sie hindert ihn doch daran, gewisse spezifisch kapitalistisch bestimmte Phänomene analytisch in den Griff zu kriegen. So etwa die Frage, weshalb die ArbeiterInnen überhaupt in die Fabrik kommen. Die

Arbeitenden werden nicht einfach durch die Disziplinarmacht in die Fabrik hinein gezwungen, sondern durch den ökonomischen Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Die physische Unterwerfung der Körper ist bloss ein Element innerhalb von Machtverhältnissen. Foucault vereinfacht unzulässig, wenn er Macht vorrangig als Macht über den Körper versteht. Die Frage, wie der «stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse» zu Stande kommt, gehört offenbar nicht in den Zuständigkeitsbereich eines solchen Machtverständnisses und eine konzeptionelle Verbindung zwischen ökonomischen Gesetzmässigkeiten und der physischen Unterwerfung der Körper kommt nicht in den Blick. Obwohl die Betonung der Ausrichtung der Macht auf den Körper und ihrer Effizienz deutlich auf den Taylorismus verweisen, wird dieser von Foucault nie erwähnt. Auch dies passt zu Foucaults Versuch, ohne Bezug auf Konzepte aus der Ökonomie auszukommen. Am Taylorismus als einem Versuch, körperliche Abläufe im Produktionsprozess zu vermessen, zu «optimieren» und zu kontrollieren, lässt sich die herrschaftliche Prägung der Produktionssphäre deutlich aufzeigen.

Mit Nietzsche ins Offside

Wer Marx als Machtanalytiker verstehen will, muss akzeptieren, dass für Marx die Ökonomie den Königsweg zur Machtanalyse darstellt. Oder anders gesagt: Machtanalyse ist immer auch ökonomische Analyse. Foucault versucht, die Ökonomie von diesem Thron zu stossen und setzt sich damit klar gegen Marx. Es ist anzunehmen, dass sich Foucault dessen bewusst war. Es stellt sich demnach die Frage, weshalb er diese Auseinandersetzung nicht offen geführt hat. Was Andrea Roedig zum Verhältnis Foucaults zu Sartre geschrieben hat, trifft auch hier zu: Foucaults Philosophie entwickelt sich in Form der Abgrenzung zu anderen Philosophien, aber er weicht einer offenen Auseinandersetzung aus und benennt auch die Abgrenzung nicht. Dies führt zum faszinierenden aber täuschenden Eindruck, dass Foucaults Denken in einer völligen Neuartigkeit quasi aus dem Nichts entsteht.

Er versucht bewusst, sich von grossen politischen Theorien fern zu halten und sieht darin Nietzsche als seinen Vorgänger an: «Nietzsche ist derjenige, der als Hauptzielscheibe für den philosophischen Diskurs das Machtverhältnis aufgestellt hat. Für Marx ist es das Produktionsverhältnis. Nietzsche ist der Philosoph der Macht, dem es gelungen ist, die Macht zu denken, ohne sich dabei in eine politische Theorie einzuschliessen.» Man könnte sagen, Foucault ist der Philosoph der Macht, dem es nicht gelungen ist, die Macht zu denken, weil er sich dabei nicht in eine ökonomische Theorie einschliessen wollte. ■

1 Die Macht richtet sich, so Foucault «nicht einfach als Verpflichtung oder Verbot an diejenigen, welche «sie nicht haben»; sie sind ja von der Macht eingesetzt, die Macht verläuft über sie und durch sie hindurch; sie stützt sich auf sie, ebenso wie diese sich in ihrem Kampf gegen sie darauf stützen, dass sie von der Macht durchdrungen sind.»

2 Da diese Unterscheidung für meine Foucault-Kritik zentral ist, sei zur Verdeutlichung dieses Punktes die knappe Zusammenfassung derdei Analyseebenen, die Conert bei Marx unterscheidet, zitiert: «1.Systematische und konsequente Unterscheidung der natürlich-stofflichen Seiten des Wirtschaftens, vorab der Prozesse der mateiellen Produktion und Reproduktion, von den gesellschaftlich-ökonomischen; 2. durchgängiges und konsequentes Verständnis der ökonomischen Sachverhalte als gesellschaftliche; 3. ausdrückliche und systematische Unterscheidung zwischen tatsächlich universellen gesellschaftlich-ökonomischen Sachverhalten und ihrer je historisch besonderen Ausformung (historisch-gesellschaftliche *Formbestimmtheit*).»

3. Basierend auf einem eher willkürlichen Umgang mit Foucaults Texten postuliert Janmohamed weitgehende methodische und formale Analogien zwischen der Marxschen Arbeitswerttheorie und Foucaults Machttheorie. Er kommt zum Schluss, Foucault sei von Marx stark beeinflusst gewesen, ohne dies aber zu erkennen. Janmohamed versucht eine Synthese der beiden Ansätze, unterstellt dabei aber Foucaults Theorie einen systematischen Charakter, den sie nicht hat.

Dieser Artikel basiert auf der Lizenziatsarbeit des Autors, sie trägt den Titel: Ökonomielose Macht - machtlose Ökonomie. Zu Michel Foucaults Marxrezeption in «Überwachen und Strafen». Feedback bitte an: alex39@bluewin.ch

Literatur:

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M. 1991. (Original: Surveiller et punir. Naissance de la prison. Ohne Erscheinungsort 1975.)

Foucault, Michel: Dits et Ecrits 1954-1988. Paris 1994.

Balibar, Etienne: «Foucault und Marx. Der Einsatz des Nominalismus». In: Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken. Hrsg.: François Ewald und Bernhard Waldenfels. Frankfurt a. M. 1991. S. 39-65.

Conert, Hansgeorg: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster 1998.

Janmohamed, Abdul: «Refiguring Values, Power, Knowledge: Or Foucault's Disavowal of Marx». In: Whiter Marxism? Global Crisis In International Perspective. Hrsg.: Bernd Magnus und Stephen Cullenberg. New York 1995. S. 31-64.

Kammler, Clemens: Michel Foucault. Eine kritische Analyse seines Werks. Bonn 1986.

Roedig, Andrea: Foucault und Sartre. Die Kritik des modernen Denkens. Freiburg (Breisgau) 1997.

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

MÄNNER, MYTHEN, MODEN Rechte Hassmusik und Mainstream · »... ein Verbotskick für grottenschlechte Musik!« · The skin is not alright: Oi! Warning · Reaktion verpflichtet: Rechtsrock als Propagandainstrument · »Warum sind Nazis Pop?« · afrodeutsche MusikerInnen melden sich zu Wort KRIEG 2000 Vorläufige Thesen von Franz Schandl USA Geht der Konjunkturlokomotive der Welt die Puste aus? · »Nicht in unserem Namen« – eine moralische Standortbestimmung ISRAEL Unterdrückte Wahrheiten WENDLAND Biomasse: Modellregion für nachhaltige Energieverorgung AGÖL Die widersprüchliche Dynamik im Öko-Landbau u.v.m.

BUNTE SEITEN 2003+ das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 13.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit Reader der AlternativMedien im Innenteil. 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 300 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Weltkunst vs. Multikulti

Zum elften Mal fand diesen Sommer in Kassel die Documenta statt, die vielleicht weltweit wichtigste Ausstellung internationaler zeitgenössischer Kunst. Die schablonenhaft antikoloniale Weltsicht ihres künstlerischen Leiters liess für die diesjährige Documenta einiges an Ethno-Folklore befürchten. Die gelungenen Werke der Ausstellung sprechen zum Glück aber eine ganz andere Sprache.

von Lukas Germann

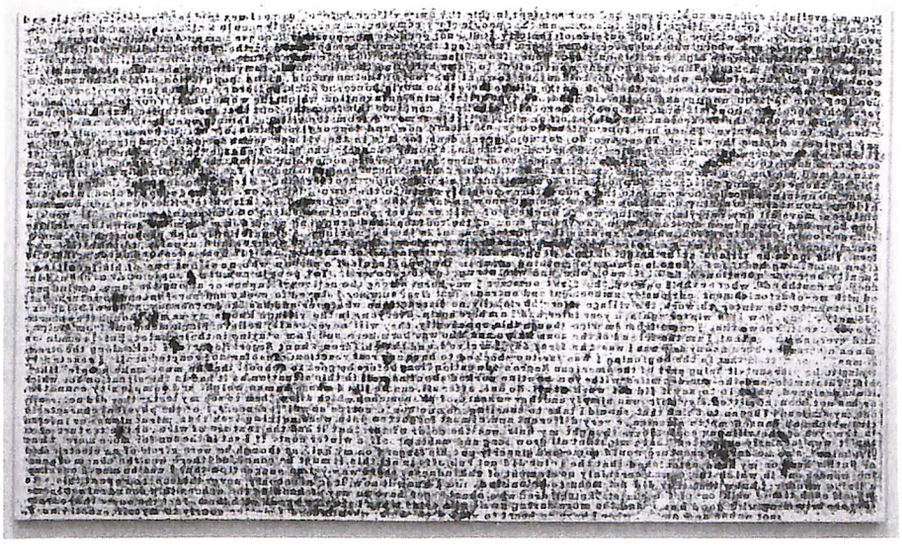
Fast gänzlich schwarz bleibt die Leinwand. Nur ab und zu fliegt ein heller Fetzen von unten nach oben, verschwindet wieder am oberen Bildrand. Die knappen vorbeifliegenden Lichtquellen lassen Gesichter aufscheinen – auch sie verschwinden gleich wieder, sinken zurück in die Finsternis. Ein ohrenbetäubender Lärm begleitet die rasante Fahrt; eine Fahrt abwärts, immer weiter in die Dunkelheit. Dann ein plötzlicher Stopp. Im schmierigen, schwachen Licht öffnen sich Türen. Die Männer steigen aus, begeben sich an ihre Arbeit. Grosse Bohrmaschinen werden angesetzt, wieder erhebt sich ein Dröhnen, jede Kommunikation verunmöglichend, stumm wird der Stahl ins Gestein getrieben.

So etwa lässt sich der Anfang des Films «Western Deep» von Steve McQueen beschreiben. In seinem experimentellen und doch sehr reflektierten Stil gehört der Film sicherlich zu den besten und eindrücklichsten Werken an der 11. Documenta, die dieses Jahr in Kassel stattgefunden hat. McQueen passt aber auch gut ins Konzept des künstlerischen Leiters der Documenta 11, Okwui Enwezor. Dessen Anliegen ist es, Kunst wieder ganz unmittelbar als ein Reflektieren der heutigen gesellschaftlichen und politischen Probleme, ja als eine Form von Eingriff in den sozialen Raum aufzufassen. Die heutige globale Gesellschaft aber, in welcher sich solche Kunst ereignen soll, definiert Enwezor wesentlich als «postkoloniale», das heisst, massgebend vom globalisierten Kapital und den daraus sich herleitenden Unterdrückungsformen bestimmte. Der Blickwinkel einer kritischen Kunst müsse dabei der von der Peripherie ins Zentrum sein, das Kunstwerk eine Stellungnahme für die Unterdrückten und Verdammten dieser Erde.

Antidemokratisch oder «eurozentristisch»?

Solcherlei Konzepte und ihre tatsächliche Umsetzung an der Ausstellung in Kassel haben Enwezor einiges an Vorwürfen eingehandelt, von welchen die beiden vielleicht prinzipiellsten einander geradezu entgegengesetzt zu sein scheinen: Erstens war da der vor allem von der amerikanischen Presse erhobene Vorwurf, die politische Ausrichtung dieser Documenta sei eine antiamerikanische oder allgemeiner antiwestliche Speerspitze: Enwezor handle letztlich in ähnlichem Geist wie die terroristischen Attentäter vom 11. September 2001. Er sei getrieben von einem Hass auf Demokratie und globalen Fortschritt. Zweitens wurden aber vor allem während der Ausstellung immer mehr Stimmen laut, die der Documenta und ihrem Leiter gerade im Gegenteil verborgenen «Eurozentrismus» vorwarfen, weil die an der Ausstellung vertretenen ästhetischen Positionen letztlich doch nur «westliche» Massstäbe anlegen würden.

Wenn man Enwezors Ausführungen im Documenta-Katalog sich zu Gemüte führt, scheint zuerst einmal der erste dieser Vorwürfe, wenn auch etwas polemisch formuliert, so doch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Tatsächlich liegt bei Enwezors Eingangstext die gefährlich banalisierende Vorstellung eines bösen kolonialisierenden «Westens» und eines unterdrückten kolonialisierten Rests der Welt nahe. Der Schritt von hieraus wirklich zu antizivilisatorischen Schlussfolgerungen zu gelangen, scheint nicht allzu weit. Die Tendenz als Antwort auf die destruktive Seite der Globalisierung ein Zurück zur eigenen Scholle, eine Zuflucht zu überkommenen, angeblich natürlichen Kulturen zu fordern, ist weit verbreitet und lässt so manchen kritischen Ansatz im Sumpf der Reaktion sich verlieren. Gerade wenn man kulturelles oder künstlerisches Schaffen vor einer ausschliesslich antiimperialistischen Folie betrachtet, neigt man gerne dazu, das Beharren auf völkisch-regionalistischen Ansätzen und Traditionen als emanzipatorischen Beitrag, als Teil des Kampfes gegen die «westliche» Hegemonie zu verstehen. So erscheint dann die Etablierung einer sich über nationale und regionale Grenzen hinwegsetzenden Weltkunst plötzlich als ein repressiver Akt gegen «intakte» Kulturen, Ethno-Folklore als wegweisende Anti-Avantgarde. So wird auch ein klar reaktionärer Kampf gegen Fortschritt und Demokratie zum Befreiungskampf unterdrückter «Völker» umgelogen.



Glenn Ligon, «Untitled (Contact)» aus der «Stranger»-Serie

Enwezors Text verfällt zwar nicht eindeutig solchen Schlussfolgerungen, doch bleibt eine gewisse Zweideutigkeit in seinen Ausführungen

erhalten, die erst die Betrachtung der von ihm konzipierten Ausstellung selbst zu entscheiden vermag. Dabei wird klar, dass sich die wirklich gelungenen Werke der Documenta 11 solcherlei Tendenzen vehement widersetzen. Der eingangs erwähnte Film von Steve McQueen kann hierfür als Beispiel dienen.

Der Standpunkt McQueens ist klar auf der Seite derjenigen, die auch in der noch so modernen kapitalistischen Gesellschaft keine Chance haben. Ihr alltäglicher Gang in die Hölle, aus der sich kein wirkliches Entkommen abzeichnet, erfährt einen ebenso eigenwilligen wie starken Ausdruck. Diesen Ausdruck erreicht aber McQueen gerade, indem er sich einem naiven Dokumentarrealismus ebenso verweigert, wie einer falschen Übernahme einer angeblich authentischen Ausdruckskultur der Unterdrückten. Im Gegenteil scheut er sich nicht davor, neue, ungewohnte Ausdrucksmittel zu suchen, sich avantgardistischer Formen zu bedienen, zu experimentieren. Den ZuschauerInnen werden Sehweisen zugemutet, die eine Bereitschaft sich darauf einzulassen erfordern, auf die man sich erst einstellen muss, die sich selbstverständlich eingeübten bewusstlosen Rezeptionstechniken versagen. Gerade dadurch verweist McQueens Film negativ auf eine Möglichkeit von Emanzipation jenseits nicht nur der angeprangerten Verhältnisse, sondern jenseits des gewohnten Bestehenden überhaupt. Nur durch sein klares Bekenntnis zum kulturellen Fortschritt, durch seine Ablehnung von den auf Einfachheit und Anspruchslosigkeit getrimmten kulturellen Ausdrucksmöglichkeiten, die nicht zufälligerweise wohl auch seine Protagonisten die ihren nennen würden, zugunsten eines formal ganz an den künstlerischen Avantgarden orientierten Filmschaffens vermag McQueen seine Kritik auf die Spitze zu treiben, zur radikalen Negation werden zu lassen.

Fortschritt und Kritik

Dem Kern guter Kunst liegt so etwas progressiv Transzendierendes inne, auch und gerade dort, wo sie den «Fortschritt» kritisiert, ja abzulehnen scheint. Ein Blick auf einige andere Kunstwerke vermag deren dialektischen Standort auf der Seite des zivilisatorischen Fortschritts zu bestätigen.

Der afroamerikanische Künstler Glenn Ligon etwa stellt sich mit seinen Arbeiten ganz am Grenzbereich der Malerei auf. Er bearbeitet schablonenartig auf die Leinwand aufgetragene Ausschnitte aus Texten oder Fotos, die um die Themen amerikanische Bürgerrechte, Schwarzenbewegung und Homosexualität kreisen, mit Kohlenstaub und anderen Materialien, so dass er die Lettern der Texte, respektive die Umrisse der Fotosujets partiell hervorhebt und zugleich unkenntlich macht. So erreicht er einen maximalen Ausdruck von Ambivalenz zwischen Identifizierung mit und Fremdheit gegenüber den Anliegen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung der USA.

Im auf zwei einander gegenüberliegenden Leinwänden sich gleichzeitig abspielenden Film «Tooba» der Exiliranerin Shirin Neshat geht es um eine Auseinadersetzung mit kultureller Tradition und Religion zwischen Identitätssuche und Gewalterfahrung. Die eindringlichen dialogfreien Bilder entwickeln eine dekonstruierende Kraft gegenüber der Gewalttätigkeit repressiver Tradition.

Auch noch erwähnen liessen sich die Rauminstallationen von Chohreh Feyzdjou oder Luis Camnitzer; der Schwarzweiss-Spielfilm «An estranged Paradise» von Yang Fudong mit seiner schlichten Bildsprache; Mona Hatoums aus allerlei unter Strom gesetzten Küchengeräten bestehende Installation «Homebound» oder

Ausschnitt aus Yang Fudong: «An Estranged Paradise»

«I.N.I.T.I.A.L.S.» von James Coleman, eine äusserst raffiniert und durchdacht gemachte Diainstallation mit synchron dazu gesprochenem Text, handelt von der Beziehungslosigkeit einer Gruppe verschiedener Menschen in einer steril-kalten Umgebung, in der das Leben als solches schon beinahe anachronistisch wirkt. Coleman erreicht die grosse Spannung seines Werkes nicht nur durch gut gewählte Örtlichkeiten und hervorragende Schauspieler, sondern vor allem dadurch, dass er Dias mit verschiedenen Projektoren so übereinander schiebt, dass die Statik der Fotos sich in vorsichtige Bewegung begiebt, die aber doch äusserst labil bleibt. Das gezeigte Scheitern von individueller Selbstgestaltung in einer gewissen Geborgenheit kann zur Kritik einer als ganzes irrationalen Gesellschaft werden.

manche dokumentarischen Fotos, wie zum Beispiel die von Ravi Agarwal aus dem indischen Moloch Neu-Delhi.

Abweisung der Folklore

Überall zeigt sich wie Kunst immer wieder nach neuen, unverbrauchten Formen und Medien sucht, um etwas von den drängenden menschlichen Problemen auszudrücken, die ihrerseits nach Ausdruck verlangen. Statt des befürchteten Multikulturalismus antiinternationalistischer Ausrichtung wurde zumindest mit diesen Werken durchaus Weltkunst gezeigt. Die progressivste Kunst hält sich an keinerlei regionale oder nationale Beschränkungen. So kann vielleicht wirklich von Kunst als so etwas wie einer Weltsprache gesprochen werden; einer internationalen Sprache, die vielerlei Facetten und

Ausdrucksmöglichkeiten hat, sich solche immer wieder neu zu schaffen weiss und doch allgemein verstanden werden kann, wenn man bereit ist, sich auf ihre einzelnen Erscheinungen einzulassen. Die besten Kunstwerke an der Documenta 11 stammen aus aller Welt und es zeugt gerade für ihre Qualität, dass es des Blickes auf den Geburts- oder Lebensort ihres Autors/ihrer Autorin bedarf, um sie geographisch einordnen zu können.

So kommt in ihnen die progressive Seite der Globalisierung durchaus zum Tragen: die Möglichkeit der Überwindung des Wahns völkischen Verwurzeltseins, der eindeutige Vorrang gewisser menschlicher Werte vor national oder kulturell bedingten, die allgemeine Verstehbarkeit künstlerischen Schaffens als Grundbedingung des Ausdrucks der negativ erlebten gesellschaftlichen und persönlichen Wirklichkeit, d.h. auch der postkolonialen Realitäten im Trikont. International funktionierende Kunst muss alles folkloristische Klimbim abwerfen und überwinden; die künstlerischen Avantgarden des 20. Jahrhunderts haben das längst vorgemacht. Insofern bekennt sich gute Kunst immer zum Fortschritt. Dass sie das aber radikal kritisch macht, kann ihr nur zum Vorwurf machen, wer die Dialektik dieses Fortschritts nicht begriffen hat.

Leider vermag die Ausstellung selbst nicht überall mit den besten an ihr gezeigten Kunstwerken mitzuhalten. So dominieren im kleineren Ausstellungsbereich der Documenta-Halle dann doch Regionalismen und Nationalismen aller Art und Herkunft – von der Hamburger Hafenstrasse über Kamerun bis hin zu Palästina – und so führt Enwezors unreflektierte Ablehnung aller künstlerischer Autonomie zum Teil zu einem naiven Dokumentarrealismus, dessen ästhetische Spannung kaum mehr ersichtlich ist. Diese Schwächen sind unverzeilich und belassen ein trübes Licht über einer Ausstellung, die durchaus ihre Stärken hat.

Alles in allem zeigt die 11. Documenta neben einigen wirklich sehr sehenswerten Kunstwerken aber vor allem folgendes: dem Vorwurf des Eurozentrismus muss eine Kunst sich wohl aussetzen, die wirklich internationalistisch funktionieren will und deren Hoffnung letztlich im aufklärerischen und kulturellen Fortschritt als der Grundvoraussetzung aller menschlichen Emanzipation liegt. Emanzipation heisst völkisches Denken und Handeln ein für allemal auflösen und eben nicht auf die Suche nach seinen Wurzeln zu gehen, auf diesen zu beharren. Gute Kunst kann da zum Vorbild gereichen, die schlechte lässt sich schon am gegenteiligen Vorgehen erkennen. ■

Literatur: Documenta 11 Plattform 5: Ausstellung. Katalog; Ostfildern-Ruit 2002 (Hatje Cantz Verlag)

Auch die anderen Kataloge zur elften Documenta sind im Hatje Cantz Verlag erschienen.

Des Kaisers neue Kleider

Die Kleidermode vollstreckt den Warenfetischismus am lebendigen Leib. Die Unterordnung der Individuen unter den unsichtbar im Produkt vorhandenen Tauschwert erhält im unentrinnbaren Modediktat des Kapitalismus seine sichtbarste Entsprechung.

von Anja Meyerrose

«Vor vielen Jahren lebte ein Kaiser, der so ungeheuer viel auf neue Kleider hielt, daß er all sein Geld dafür ausgab, um recht geputzt zu sein. Er kümmerte sich nicht um seine Soldaten, kümmerte sich nicht um Theater und liebte es nicht, in den Wald zu fahren, außer um seine neuen Kleider zu zeigen. Er hatte einen Rock für jede Stunde des Tages, und ebenso wie man von einem König sagte, er ist im Rat, so sagte man hier immer: «Der Kaiser ist in der Garderobe!» Eines Tages kamen zwei Betrüger und versprachen ihm Kleider, wie sie vorher noch nie einer gesehen hatte. Sie verlangten sehr viel Gold, aber der Kaiser willigte ein. Die beiden fingen an zu weben und zu schneidern und zu nähen, d.h. man sah sie arbeiten, aber der Stoff, aus dem sie die Kleider fertigten, war nicht sichtbar; tatsächlich gab es keinen. Die Betrüger wandten eine List an. Sie behaupteten, nur Leute, die ihres Amtes würdig seien, könnten diese Stoffe und die Kleider sehen. Da nun niemand, schon gar nicht der Kaiser selber, zugeben wollte, seines Amtes unwürdig zu sein, ließen sich alle auf das betrügerische Spiel ein und behaupteten, wunderschöne Stoffe und Kleider zu sehen. So schmeichelten sie auch dem Kaiser und bewunderten seine verschleierte Nacktheit. Die Betrügerei flog erst auf, nachdem die beiden sich wieder aus dem Staub gemacht hatten und der Kaiser zum ersten Mal in seinen prächtigen Gewändern bei einem feierlichen Umzug die Straße voranschritt. «Aber er hat ja gar nichts an!», sagte ein kleines Kind. Und da ein Kind kein Amt bekleiden und dessen auch nicht unwürdig sein konnte, dämmerte den Leuten der Betrug. «Er hat gar nichts an!», schrie schließlich das ganze Volk wie aus einem Munde. Und der Kaiser stand nackt und entblößt vor ihnen.»

Da steht er nun, der arme Tor ..., möchte man meinen und sich lächelnd über den eitlen, dummen und betrogenen Kaiser im Sessel zurücklehnen. Tatsächlich aber ist die Sache, wie immer, komplizierter. Der Märchenerzähler Hans Christian Andersen (1805-1875), selber als Sohn eines Schuhmachers aus ganz kleinen Verhältnissen kommend, beobachtet in seinem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern die Veränderungen, Brüche und Umbrüche seiner Zeit. «Und wenn sie nicht gestorben sind, dann betrügen sie noch heute», müßte dies Märchen enden, denn Andersens utopisches Versprechen der Aufklärung des betrügerischen Moments hat sich bisher nicht erfüllt. Hans Christian Andersen, 13 Jahre älter als Karl Marx, spürt in seinem sozialkritischen Märchen die anbrechende Warenproduktion des werdenden Kapitalismus und die veränderten Herrschaftsverhältnisse auf, wie sie später von Marx im «Kapital» beschrieben werden.

Es ist der gesellschaftliche Prozess der Entmachtung der Aristokratie, deren Diktat über die Kleiderordnung spätestens mit der Französischen Revolution, mit der Durchsetzung einer eigenen bürgerlichen Mode, der tatsächlich so genannten «Revolutions- oder Nacktmode»[1], endgültig verloren war. Mode, vorher ein Zeitvertreib des Adels, wird in der bürgerlichen Gesellschaft zu einem Instrument des Distinktionsgewinns. Während der Status vorher ohne eigenes Zutun auf einen zukam, erwarb man ihn sich nun; die soziale Position bestimmt sich im Hinblick auf die materielle Lage. Nur wer die neueste Mode bezahlen konnte, gehörte zur Spitze der Gesellschaft. Die Mode wird zum Kompromiß zwischen den beiden sozialen Momenten von Differenzierung und Integration, Individualisierung und Gruppenzugehörigkeit. Sie ist die «Einschmelzung des einzelnen in die Allgemeinheit» und die Möglichkeit individueller Differenzierung, das «Sich-Abheben von der Allgemeinheit» (Georg Simmel). Es können einzelne Individuen Mode vorgeben, doch sie bedürfen der Nachahmer, anderer, die gewillt sind, sich an dieser Mode zu orientieren und sich dem Modediktat zu unterwerfen. Und da die Mode sehr schnell von nach oben strebenden Schichten nachgeahmt wurde, zwang sie zu einem ständigen Modewechsel. Das Bedürfnis nach immer neuen Waren, sprich Kleidern, wuchs und wurde von der sich immer breiter durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise hervorragend gefördert und bedient. Kleidung wird Ware. «Sobald sie als Ware auftritt, verwandelt sie sich in ein sinnlich übersinnliches Ding.» (Karl Marx, Der Fetischcharakter der Ware. Das Kapital) Des Kaisers neue Kleider werden zur Ware durch den ästhetischen Schleier des sinnlich-übersinnlichen Versprechens, das vermeintlich Einzigartige und Besondere zu sein. Der Wunsch nach dem Neuen, dem Modischen, wird im Kapitalismus ständig reproduziert und der Konsum durch permanente ästhetische Innovation angekurbelt. Wir kaufen nicht was wir brauchen[2], sondern wonach es uns verlangt und «...was nur etwas ist, aber nicht nach «sein» aussieht, wird nicht gekauft...»(W. F. Haug). Die Metropole Paris, Zentrum der Luxusindustrie, wurde zum Zentrum der bürgerlichen Mode, weil hier die Transformation der Ökonomie in die Ästhetik stattfand (Vgl. C. Helmes-Conzett). Die Entwicklung neuer Techniken, sowohl in der Produktion wie im Distributions- und Konsumtionssektor, unterstützte diesen Prozess. Hier entstanden die ersten Mode-Journale, die großen Kaufhäuser[3], die zwar für den Großteil der Menschen immer noch unerreichbar waren, aber, dank der Industrialisierung, langsam immer größeren Teilen der Bevölkerung nahegebracht wurden. Die Geschäfte wurden als schillernde Warenwelt präsentiert und damit verknüpfte sich das Gefühl von Freiheit, mit der rapiden scheinbaren Zunahme der Optionsmöglichkeiten und vielfältigeren Möglichkeit, individuell auswählen zu können[4]. Der Stoff der Ware bestimmte sich nicht mehr allein durch die Substanz, sondern durch Bedeutungen, Zeichen, durch die Verpackung, deren Zeichensprache an das Auge appellierte, an die Phantasie und Imagination des Konsumenten (Walter Riethmüller). Nicht mehr der Verkäufer muss den Käufer vom Kauf überzeugen, diese Überzeugungsarbeit leistet nun die Ware selbst.

Der Schein bestimmt das Bewusstsein

Je mehr die Standes- und Klassengrenzen verwischten, da sich die bürgerliche Klasse und das Proletariat der sogenannten «Mitte» der Gesellschaft zugehörig fanden oder finden wollten, desto weniger konnte eine herrschende Gruppe in Kleiderfragen die Mode diktieren. Gruppen und Grüppchen haben heute ihre eigenen, scheinbar individuellen Kleidungsstile, die Differenzen sind oft von Außenstehenden gar nicht zu erkennen. Es geht in der Konsumgesellschaft nicht mehr darum, sich vom Gewöhnlichen zu unterscheiden, sondern sich auf unterschiedliche Weise zu unterscheiden (Bourdieu). Jeder Einzelne bemüht sich um Persönlichkeit und Charakter, er versucht, sich individuell abzugrenzen. Die Kleidung soll sichtbarster Ausdruck unserer Individualität sein, über die wir uns unterscheiden, definieren und absetzen von anderen. In einer Gesellschaft selbstbewußter und freier Individuen müßte die Mode verschwunden sein.

Dem Verbraucher als Käufer wird grenzenlose Freiheit durch einen grenzenlosen Weltmarkt versprochen. Tatsächlich aber erfährt die Autonomie des Verbrauchers starke Einschränkun-

gen, sie ist letztendlich immer reduziert auf die Auswahl vorgegebener Objekte. «Die Rede von der Konsumsouveränität ist nichts anderes als das ideologische Derivat der demokratischen Ideologie, als deren ökonomische Version sie auftritt.» (Wiswede) Unser Phantasieverhalten wird bestimmt durch die global sich konzentrierenden Unternehmen, durch die Massenproduktion, durch den Massenkonsum.

Zentrum der bürgerlichen Kleidermode war und ist Paris[5], hier wurde die Illusion, der schöne Schein den Kleidern angeheftet und marktfähig gemacht. Aber die romantische Vorstellung von der Entstehung der Kleidermode durch bezopfte Köpfe geistreicher Modedesigner in ihren Pariser Ateliers, die geniale Entwürfe zu Papier bringen, welche anschließend in mühseliger Handarbeit produziert werden und dann von internationalen Einkäufern und Millionärsgattinnen begutachtet werden, ist schon lange passé. Heute diktieren Betriebswissenschaftler die Mode. Es gilt die Gewinne zu maximieren bei minimalem Aufwand. Die Modekäufer werden auf den größten gemeinsamen Nenner gebracht: Kleidung, die jeder tragen kann – wenn er denn Geld und Geschmack hat. Daher bietet der Hang zum Schlichten Einblicke in das globalisierte System der Mode. Je stärker die Mode sich global, d.h. in Amerika, Rußland, in Mitteleuropa und im Fernen Osten gleichermaßen zu behaupten hat, desto stärker wird sie auf eine Formensprache achten, die sich im allgemeinverständlichen Amerikanisch der Sportlichkeit ausdrückt, es ist die «Amerikanisierung» der Mode[6]. Im Zeichen der Globalisierung wird durch Verkaufsstrategien ein ästhetisches Kalkül vorgegeben, das die Differenzen einebnet. Die neue Kleidung reduziert die Unterschiede auf demokratisches Gleichsein: ethnisch verträglich, ökologisch korrekt, sozial akzeptiert, geschlechtsneutral und historisch unverfänglich. Um einen Satz von T.W. Adorno abzuwandeln: Kleidung heute schlägt alles mit Ähnlichkeit.

Diese Welt-Modetrends werden via Fernsehen, Zeitschriften und Internet verbreitet: Hoch in den Anden, in Cayambe, Ecuador, eine halbe Tagesreise von der Hauptstadt Quito entfernt, treffen sich Mädchen der oberen Mittelschicht jeden Tag nach der Schule im örtlichen Cybercafé. Sie surfen im Internet und bestellen eifrig die neueste amerikanische Teenagermode. In China, nachdem die Mode dort eine Zeitlang durch von oben diktierte Kleidervorschrift gewaltsam zum Stillstand gebracht wurde, folgen seit dem Ende des Maoismus immer mehr Frauen den westlichen Schönheitsidealen, die durch Werbung und Spielfilme Vorbilder entstehen ließen; jedes Jahr werden mehr als 100'000 Schönheitsoperationen durchgeführt, um sich schmerzhaft mit großen runden Augen, kräftigen Nasenrücken, schmalen Gesichtern und weißer Haut dem Ideal anzupassen. Die Mode, Baseballkappen verkehrt herum aufzusetzen, hat sich vor ein paar Jahren innerhalb von wenigen Monaten von amerikanischen Ghettos bis in indische Dörfer verbreitet. Ob in Bangkok oder Barcelona, München, Cottbus oder New York kann man Shops von H & M, Zara, Mango, Benetton oder GAP besuchen, Innenstädte gleichen sich mehr und mehr. Der Musiksender MTV sendet täglich weltweit Trends aus Mode und Musik in über 300 Millionen Haushalte was dazu führt, dass Jugendliche in Shanghai genauso wie in Gütersloh gestylt sind. Es scheint, als sehne sich die ganze Welt nach einer Mode der sich weltweit ausbreitenden Kulturindustrie.

Wir sitzen den Betrügern immer noch auf. Die vermeintlichen Individualisierungsschritte sind Teil von unerkannten Kollektivprozessen (Hondrich). Niemand beugt sich heute mehr dem einen Modediktat, es ziehen sich trotzdem so viele erkennbar gleich an. Das Phänomen der Mode ist immer Ausdruck einer unfreien, von Herrschaft, d.h. von Betrügern bestimmten Gesellschaft. Wie bei einem in tausend Stücke zerbrochenen Spiegel noch jede kleine Scheibe ihren Zweck erfüllt, so kann auch die eine Mode in die verschiedensten Moden sich aufsplitten und doch nur in jeder einzelnen die Reproduktion des Gesamten zeigen. Man kann der Mode nicht entkommen. Anti-Mode ist auch aus Versatzstücken vergangener Moden zusammengesetzt. Georg Simmel bemerkte schon 1911 sehr treffend: «Wer sich bewußt unmodern trägt oder benimmt, erreicht das damit verbundene Individualisierungsgefühl nicht eigentlich durch eigene individuelle Qualifikation, sondern durch bloße Negation des sozialen Beispiels. (...) Es kann sogar in ganzen Kreisen innerhalb einer ausgedehnten Gesellschaft Mode werden, sich unmodern zu tragen – eine der merkwürdigsten sozialpsychologischen Komplikationen, in der der Trieb nach individueller Auszeichnung sich erstens mit der bloßen Umkehrung der sozialen Nachahmung begnügt und zweitens seinerseits wieder seine Stärke aus der Anlehnung an einen gleich charakterisierten engeren Kreis zieht (...).» (Siehe: Georg Simmel, Die Mode, in: Philosophische Kultur, Berlin 1983) Daher sollte jeder, der versucht außerhalb der Mode zu sein, aufpassen, dass nicht gerade sein Kleidungsstil von der Modeindustrie aufgenommen und zum Vorreiter der neuesten Mode wird, die dann womöglich via Fernsehen um die ganze Welt geht. ■

1 Es handelt sich nicht um die blau-weiß-roten Konkarden, die an den Uniformen der Nationalgarde und an den Kleidern der Zivilisten befestigt waren oder den von den Jakobinern gewählten schwarzen Tuchrock, auch nicht um die von den «Sansculotten» gewählte Kleidung der Bauern und Arbeiter und ihre von den Matrosen entliehenen langen Röhrenhosen. Diese Revolutionsmode bestand aus negligéehafter durchsichtiger Kleidung, mit der man (besser frau) fast entblößt war.

2 Und was hieße das bei der Kleidung, ist doch sogar der Schutz vor Kälte oder Nacktheit nicht lebensnotwendig für den Menschen?

3 Emile Zolas «Bonheur des Dames» ist bspw. eine hervorragende Schilderung der mit der Eröffnung eines solchen Kaufhauses einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen, von der Ohnmacht der konkurrierenden Handwerker und kleinen Geschäfte, dem Schicksal und den Abhängigkeiten der neuen Angestelltenheere, der Verkäufer und Verkäuferinnen in den grands magasins, der verzaubernden, berauschenden Anziehungskraft der hell erleuchteten, Eleganz, Moderne und Neues, immer wieder Neues ausstrahlenden Darbietungsweise der Waren.

4 Noch lange bis in die Fünfzigerjahre war die Regel das Bedienungsgeschäft, die alltägliche Erfahrung, vor einem Ladentisch zu stehen und dem Kaufmann die Wünsche mitzuteilen, der die Waren dann holte, abfüllte, verpackte, die Preise addierte, kassierte oder «anschrieb».

5 Der Hof in Versailles war ein Zentrum der aristokratischen Mode, aber diese war regional noch sehr begrenzt, während die Pariser Mode in ganz Europa, später auch in den Vereinigten Staaten und anderswo ihre Führungsrolle sehr lange behaupten konnte.

6 Siehe Alfons Kaiser, Aus alt mach neu: die Marken wechseln, die Formen bleiben. In: Magisch angezogen. Mode. Medien. Markenwelten. (Hrsg. Susanne Becker, Stefanie Schütte) Verlag C.H. Beck München 1999, S. 57-65.

Expo 02 – Heimat für alle

Nach fast 40 Jahren findet in der Schweiz erneut eine «Landesausstellung» statt. An ihr kann man ablesen, was uns in Zukunft in Sachen Neopatriotismus blüht.

von Alexander Hasgall

«Monumentale dreidimensionale Bilder in steter Bewegung symbolisieren den Wandel, vor den sich unser Land gestellt sieht. Eine offene Konstruktion, die an eine Schiffswerft erinnert, gewährt ständig neue Einsichten; Hallen bewegen sich langsam auf Geleisen, schieben sich über- und ineinander, kreuzen, begegnen und überlagern sich – Dynamik charakterisiert diesen Ausstellungspavillon, der die verschiedensten Bereiche der Sicherheit in einem modernen Staat zu Beginn des 21. Jahrhunderts thematisiert .»

So stellt das Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA) seine Installation «Werft» zur Schweizerischen Sicherheitspolitik vor. Dass dabei das Motiv der «Bewegung» so im Vordergrund steht, deckt sich mit dem Bild, welches sich auch die Verantwortlichen der 6. Schweizer Landesausstellung vom Megaanlass machen. Die Expo02 zeige «die Schweiz in Bewegung», so lässt die Generaldirektorin Nelly Wenger verschiedentlich verlauten und sie zeige «eine mobile Schweiz, eine nomadenhafte Schweiz, die im Gleichklang mit der Welt steht.»

Besonders der Staat setzt auf die «Bewegung». Er lädt in Biel das Volk in den Pavillon DestiNation, einen nachempfundenen Vita-Parcours in einem luftigen Zelt, worin an verschiedenen Posten über Kopfhörer kleine, pädagogisch aufgebaute Hörspiele sich zu Gemüte geführt werden können, in welchen über die Parallelität zwischen Politik und Sport (beides hat Regeln, in beiden braucht es Fairplay und Teamgeist) hingewiesen wird.

Und Teamgeist ist wirklich hoch im Kurs. Denn was in Deutschland erst durch die Überschwemmung ganzer Landstriche funktioniert hat, benötigt hier keine Naturkatastrophen. Trotz Swissair grounding und Gotthardkatastrophe, swissness ist wieder in, man fühlt sich als einig Schweizervolk, man zieht am gleichen Strick und ist stolz auf «sein» Land. Dies ist jedenfalls der Eindruck, der einen befällt, wenn Verkaufsschlager an der letzten Zürcher Streetparade nicht wie in anderen Jahren Plüsch-BH und Glimmerhosen waren, sondern ein rotes T-Shirt mit weissem Kreuz drauf. Patriotismus scheint wieder hip, sogar das Monatsmagazin der Neuen Zürcher Zeitung «Folio» widmet dem sogenannten Neopatriotismus ein eigenes Sonderheft.

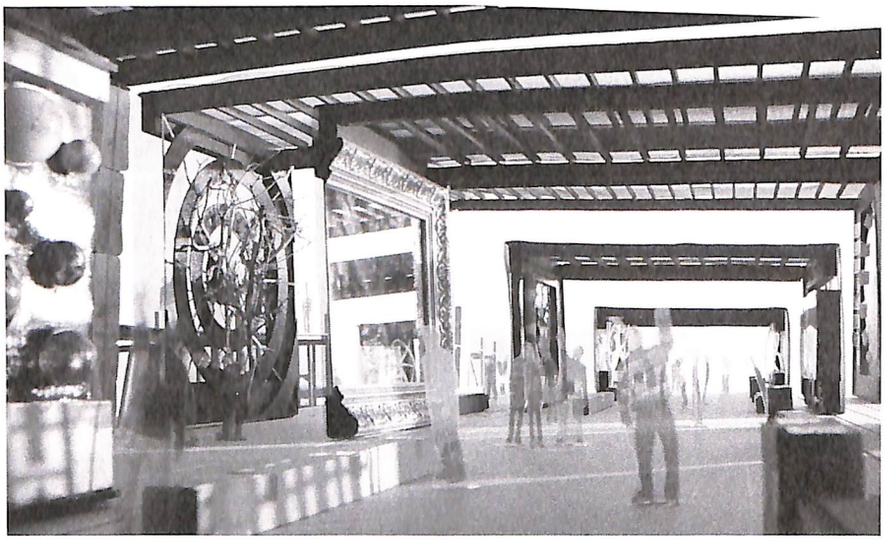
Volkstum und Avantgarde

Diese Euphorie ist bemerkenswert; denn dies war nicht immer so. Als 1992 die Eidgenossenschaft ihr 700 jähriges Bestehen feierte, galten die Feierlichkeiten nur für die Ewiggestrigen als interessant. Es war die Zeit der Fichenaffaire, durch die bekannt wurde, dass über 200'000 BewohnerInnen dieses Landes polizeilich überwacht und fichiert wurden, was fortschrittliche KulturproduzentInnen mit bewog, mit dem sogenannten «Kulturboykott» den Feierlichkeiten fernzubleiben. Damals war im Schweizer Pavillon auf der Weltausstellung in Sevilla 1992 die Parole «la suisse n'existe pas» zu lesen und der Autor Friedrich Dürrenmatt hielt anlässlich eines Staatsbesuchs des damaligen Tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel eine Rede, in welcher er die Schweiz als «Gefängnis» bezeichnete.

Doch – wie gesagt – dies ist Schnee von gestern. Spätestens seit dem Bergier-Bericht zur Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg ist die Vergangenheit endlich abgearbeitet (vgl. RISSE 1/02), und man schaut nach vorne und sucht nationale Selbstvergewisserung auf neue Art und Weise. Und da kommt die Expo02 wie gerufen.

Bei Landes- (und auch Welt-) ausstellungen, die im 19. Jahrhundert vor allem der Promotion technischer Innovation dienten und den Verkauf der ausgestellten Industriegüter ankurbeln sollten, tritt seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein anderer Faktor in den Vordergrund, nämlich derjenige der Sammlung von Staat, Bevölkerung und Wirtschaft hinter ein mystisch verbrämtes Volksgemeinschaftsideal. Ihr Charakter wird immer ideologischer.

Das war schon 1896 an der «Exposition National Suisse» in Genf der Fall, als die – pikanterweise – am 1. Mai beginnende Ausstellung mit dem berühmten-berüchtigten «Schweizerdorf» (dem übrigens ein «Negerdorf» gegenübergestellt wurde), einem Alpendisneyland am Genfersee mit als Bauern verkleideten Schauspielern, echten Kühen und echten Chalets gegen die erstarkende Arbeiterbewegung die interklassizistische Verbundenheit an die Scholle propagierte, sei es an der Landesausstellung in Bern 1914 oder derjenigen 1939 in Zürich, als gegen den äusseren Feind das Gemeinschaftsgefühl und der Klassenfrieden hergestellt werden mussten.



Installation Werft

Dabei war das Bild, das an solchen Veranstaltungen vermittelt wurde, meist ein Widersprüchliches. Es wird oft übersehen, dass Landesausstellungen immer auch mehr als blosse Heimattümelei waren. Modernistischen Elementen wurde immer Platz einge-

räumt. Die Kunsthistorikerin Karin Gimmi wies beispielsweise anlässlich einer Ringvorlesung zur Expo02 an der ETH Zürich darauf hin, dass sogar an der Landi '39, welche gemeinhin als Paradebeispiel reaktionärer Heimatinszenierung verstanden wird, modernistische Elemente – vor allem in der Architektur – zu finden sind. Und auch an der Expo '65 findet sich Avantgardistisches wie Jean Tinguelys Installation «Heureka», ein ständig sich bewegendes knirschendes Ungetüm aus Metallabfällen, das Kritik an der Industriegesellschaft und das Bewegungsmotiv anschaulich zusammenführt. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass kritische Elemente an solch einer Ausstellung ihren Platz finden, sondern vielmehr, wie sie eingesetzt werden.

Postmoderne Bilderschleuder

20 Meter vom Ufer des zum Dorf Murten zugehörigen Sees schwimmt der «Kubus». Ein rostiger, übergrosser zweigeschossiger Stahlwürfel. Wer ihn nach vorgängiger Bootsfahrt betritt, trifft auf eine multimediale Photoshow, eine Bilderschleuder, wie sie von den MacherInnen bezeichnet wird, mit «typischen» Bildern aus der Schweiz. Da haben geraniengeschmückte Fensterrahmen genauso Platz wie besetzte Häuser, die alte Swissair genauso wie die neue Armut.

Eine Bilderflut, von der sich viele BesucherInnen vollkommen überfordert fühlen. Die Überschwemmung mit oft sich kontradiktorisch zueinander verhaltenden visuellen Eindrücken, der nicht durch Rationalisierung entgegengewirkt wird, hinterlässt die Betrachter ratlos. Einige klagen hinterher sogar über Übelkeit.

Als vorgeblicher Kontrapunkt dazu dient das Panorama der Schlacht von Murten, welches im oberen Stockwerk ausgestellt wird. Dieses «Panorama», ein von Louis Braun 1894 entworfenes Rundgemälde über 100 Meter Länge, rekonstruiert die historische Schlacht von 1476, als der Burgunderkönig «Karl der Kühne» seinen sprichwörtlichen Mut verlor. Das riesige Werk schafft es, die Dynamik der Schlacht eindrücklich abzubilden. Man hört fast die Schreie der Soldaten, von denen über 10000 ihr Leben liessen. Wegen der 360° Abbildung hilft es nicht sich wegzudrehen, man ist auf jeden Fall mit den Geschehnissen auf der Leinwand konfrontiert, was nach vorgängiger Bilderschleuder zusätzlich verwirrt.

Doch die Verwirrung hält nicht lange an, dafür sorgt der dritte Teil der Ausstellung im Kubus, der sich auf einem Zwischenstockwerk befindet.

Durch Löcher in der Wand des Kubus blickt man auf das Panorama Nr. 3. Es bietet einen unverstellten Blick auf See und Voralpen. Hier stört weder die Reizüberflutung der Moderne noch die Kriegslüsternheit der Vorväter das Erweckungsgefühl bei der Betrachtung des Idylls. Man schaut und findet subjektiv zur Ruhe.

Dabei zeigt sich exemplarisch ein spezifisches Moment, das die Expo prägt: Gegen die Unsicherheit und Widersprüchlichkeit der Gegenwart propagiert sie die Flucht ins Natürliche, Unverbrauchte und vorgeblich Sinnliche. «Me chan eifach si», hört man eine junge Frau aus der Agglomerationsgemeinde hauchen. Nach der exemplarischen Zurschaustellung einer krisenhaften Gegenwart und Vergangenheit taucht als Antwort wieder der Rückgriff auf die unverbrauchte Natur auf.

Eine Dynamik, die sich an vielen Installationen wiederholt. In der eingangs erwähnten «Werft» sind es dreidimensionale «Rollportale» welche über die Metallschienen einer ehemaligen Schiffsbauwerft hin und zurück fahren. Dabei sollten gegenüberliegende Bilder ein Spannungsfeld bilden. Vis à vis einer in Holz gefrästen Friedenstaube rollt daher eine Wand mit Abbildern von Panzern, MGs und anderem Kriegsmaterial, gegenüber vom bekannten, hier grossdimensionierten Röntgenbild eines am spanischen Zoll kontrollierten Lastwagens mit zusammenkauernden Flüchtlingen, ein Zählrahmen, auf dem die internationalen Kapitalbewegungen aufgeführt werden.

Doch auf der Baustelle nationaler Sicherheitspolitik, wie der Pavillon sich offiziell nennt, geschieht dasselbe wie im Kubus. Die Welt wird als verwirrendes, komplexes Gebilde beschrieben, dem man letztlich schutzlos ausgeliefert ist. Die rollenden Ungetüme aus Metall und Holz evozieren beim Betrachtenden ein Gefühl von Ausgeliefertsein. Man fühlt sich zwar irgendwie ernstgenommen, die Zeit dumpfer Mythenbildung ist vorbei, doch was all diese Kräfte bewegt, bleibt im Dunkeln, genauso wie die Antwort auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Subjekt, das auf diese «Herausforderungen» antworten soll. Doch genauso wie im Kubus gibt es auch hier eine Fluchtmöglichkeit aus der verwirrenden Realität – die Werft ist selbstverständlich zum See hin offen, im New Age kräuselnder Wellen wird alles gut. Und wem dies nicht reicht, für den ist das angeschlossene Armeerestaurant vielleicht das Richtige, in dem Kochbrigaden die Gäste mit Bratwurst, Kartoffelsalat und Bier verwöhnen.

Heimat für alle

«Man darf das Wort Heimat wieder in den Mund nehmen. Heimat gehört nicht mehr nur der SVP». Mit diesen Worten beschreibt der künstlerische Leiter der Expo in der Sendung «Arena» des Schweizer Fernsehens den Erfolg der Expo. Damit hat er gar nicht unrecht. Die Expo hat tatsächlich einen Beitrag dazu geleistet, das reaktionäre Schweizbild, welches seit den 70er Jahren zusehends in Misskredit gerät und zuletzt bei den Blochers und Ebners gelandet ist, durch ein dynamisches, zivilgesellschaftliches und vorgeblich multikulturelles Modell zu ersetzen, welches aber letztlich die alten korporatistischen und mythologischen Muster in eine neue Zeit hinüberrettet. Es ist nicht mehr der sich rötende Alpenfirn, der die «freien Schweizer» zum Singen antreibt, das Ideal ist nicht der wortkarge «Ätti» aus Johanna Spyris Heidi, für den schon Dampflokomotiven Teufelswerk waren. In der Expo zeigen sich die Ansätze eines postmodernen Nationalismus, der Widersprüche nicht leugnet, sondern lieber zelebriert, der gleichzeitig kritisch und esoterisch ist, der so bewegend wie nachhaltig totalitär funktioniert. Die beschriebene «Werft» verdeckt nichts. Sogar auf den Überwachungsstaat wird eingegangen. Und an jeder Ecke hängt ein Portrait von Che Guevara, der wohl auch ein bisschen der neuen Heimat angehört. Jeder kann sich austoben, Harald Szeemann darf für die Nationalbank in Biel echte Banknoten vernichten oder die Besucher können nebenan im Pavillon «Grenzen überwinden» genau dieses tun. Alles bleibt im Symbol verhaftet. Letztlich siegen das Gemeinschaftsgefühl und ein mystischer Naturbegriff über Ansätze einer vernunftgemässen Auseinandersetzung mit der Welt. ■

Brauner Kulturaustausch

Hierachisch, kriegerisch und antiindividualistisch - über den Zusammenhang zwischen buddhistischem Mystizismus und Naziideologie.

von Thomas Schmidinger

Laut Mariana und Herbert Röttgen, alias Victoria und Victor Trimondi, ist das kürzlich in Graz vom Dalai Lama geleitete Kalachakra-Ritual dasjenige, das die kriegerisch-militaristische Seite des tibetischen Buddhismus, die auch okkulte Strömungen des Nationalsozialismus beeinflußte, am deutlichsten macht. Während das Kalachakra-Ritual von den AnhängerInnen des Dalai Lama offensichtlich erfolgreich als Weltfriedensfest («Kalachakra for World Peace») vermarktet wird, sieht es bei einer kritischen Aufarbeitung dieses vermutlich aus der Zeit der Auseinandersetzungen mit dem sich ausbreitenden Islam stammenden Initiationsrituals völlig anders aus; denn «neben dem öffentlichen Teil weist das Kalachakra-Tantra auch einen streng geheimen Teil auf. Publik gemacht wurden vom 14. Dalai Lama ausschliesslich die sieben unteren Initiationen, die acht folgenden der insgesamt 15 Einweihungen bleiben weiterhin top secret». (S. 462)

Das Kalachakra baut u.a. auf dem Mythos eines geheimen Reiches mit dem Namen Shambhala auf. In Shambhala soll der große, allmächtige Bodhisattva als König Shambhalas regieren und dort auf die Ankunft eines goldenen Zeitalters, eines buddhokratischen tausendjährigen Reiches, warten, das durch einen finalen Endkampf zwischen den buddhistischen Kriegern, der Armee Shambhalas, und den meist mit Muslimen gleichgesetzten Ungläubigen (Mlecchas) eingeleitet wird. Der Text des Kalachakra betont zwar die Gemeinsamkeiten mit dem Hinduismus, arbeitet mit diesem aber auf eine Allianz gegen die monotheistischen Religionen hin. Als Gegner in dieser Schlacht werden im originalen Kalachakra-Text die wichtigsten religiösen Leitfiguren des Judentums, des Christentums, des Manichäismus und des Islam namentlich genannt: Adam, Henoch, Abraham, Moses, Jesus, der im weißen Gewand (Mani), Muhammad und Mathani (Mahdi). Ein Kalachakra-Kommentar spricht vom König von Shambhala als «Töter der Mlecchas».

Diese im Kalachakra-Ritual enthaltene kriegerische Seite des Buddhismus, der auch das emotionslose Töten als Teil einer spirituellen Weiterentwicklung akzeptiert, wird im neuen Buch von Victor und Victoria Trimondi als einer der wesentlichen Aspekte angegeben, der die Begeisterung diverser völkischer OkkultistInnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für den Buddhismus, insbesondere in seiner tibetischen Form, erklärt. Heinrich Himmler, der sich für jede noch so abwegige okkulte Spekulation interessierte, war laut den AutorInnen vom Buddhismus begeistert, weil er ihn für den Rest der alten arischen Religion hielt. Die in tantrischen Ritualen praktizierte Abtötung des individuellen Ichs, die Verwendung von menschlichen Knochen, Schädeln und Fleisch und der absolute Gehorsam eines buddhistischen Schülers gegenüber seinem Meister, boten sich zur Schaffung einer neuen NS-Religion an. Neben dem tibetischen Buddhismus spielte dabei der Zen-Buddhismus der japanischen Samurai eine wichtige Rolle als Vorbild für den Kriegerorden der SS.

Das neue Buch «Hitler- Buddha - Krishna» geht bis ins Detail diesem Kulturimport aus dem Hinduismus und Buddhismus in die nationalsozialistische Mythologie nach und beschreibt die Beteiligung von OkkultistInnen und AbenteurerInnen, aber auch von seriösen WissenschafterInnen aus dem Bereich der Indologie, Tibetologie, Sprach- und Religionswissenschaften daran. Ausführlich schildern sie, dass nach 1945 verschiedene Strömungen des von Buddhismus und Hinduismus beeinflussten SS-Mystizismus in der Nazi- und Esoterikszene Furore machten und im «esoterischen Hitlerismus» des chilenischen Diplomaten Miguel Serrano ihren Höhepunkt erreichten. Mit der Person Serranos schliesst sich wieder der Kreis des kulturell-religiösen Austausches zwischen Nazis und tibetischem Buddhismus. Die Freundschaft Serranos zum Dalai Lama stellt keinen Einzelfall dar. Der Dalai Lama war und ist seit den Vierzigerjahren mit dem ehemaligen SS-Mann Heinrich Harrer eng befreundet und hielt den Kontakt zu den Mitgliedern der deutschen SS-Tibetexpedition unter Ernst Schäfer.

Das Buch bleibt aber nicht bei der Suche nach Kontakten zwischen NationalsozialistInnen und BuddhistInnen und HinduistInnen stehen. Es geht auch der Frage nach, ob es sich bei diesem Religionsimport nur um einen reinen Mißbrauch buddhistischer und hinduistischer Lehren handelte oder ob es tatsächlich Überschneidungs- und Anknüpfungspunkte für den Nationalsozialismus bei diesen asiatischen Religionen gab. In der Bekämpfung von Individualität, der tantrischen Frauenfeindlichkeit, im hinduistischen Kastenwesen und einer Reihe anderer Punkte, sehen die AutorInnen eine durchaus authentische Anleihe der NationalsozialistInnen bei Buddhismus und Hinduismus.

So kommt es auch wiederum zum Import nationalsozialistischen Gedankengutes in den buddhistischen und hinduistischen Raum. Als Beispiel erwähnen die AutorInnen den japanischen Guru Shoko Asahara, der vor seinen Giftgas-Anschlägen auf die Tokioer U-Bahn Beziehungen zum Dalai Lama unterhielt und als leidenschaftlicher Verehrer Hitlers gilt. Von letzterem hat der Guru der buddhistischen AUM-Sekte auch einen militanten Antisemitismus übernommen, der sich u.a. in der Verbreitung der «Protokolle der Weisen von Zion» und der Übernahme von Weltverschwörungstheorien über Juden und Freimaurer äußert. Für Shoko Asahara, der sich immer wieder auf den im Kalachakra-Tantra beschriebenen Shambhala-Mythos beruft, sind Juden sogar an den Massakern in Kambodscha, Bosnien und Ruanda schuld. ««Jude» wurde zu einem Schimpfwort, das man auf alle Gegner von AUM anwandte, auch wenn man damit die eigenen Landsleute ansprach.» (S. 506) ■

Buch:

Trimondi, Victor / Trimondi, Victoria:

Hitler, Buddha, Krishna. Eine unheilige Allianz vom Dritten Reich bis heute. Ueberreuter, Wien 2002, EUR 29,90

Cissé: «Papiere für alle»

1996 breitete sich die Bewegung der Sans Papiers in kürzester Zeit in ganz Frankreich aus. Von der Aktivistin Cissé ist jetzt neu das Buch «Papiere für alle» erschienen.

von Alex Riva

Als sie am 18. März 1996 hörte, dass eine Kirche von MigrantInnen in Paris besetzt wurde, fuhr Madjiguène Cissé sofort hin. Einige Wochen später war sie Sprecherin eines Kollektivs, das sich nach der polizeilichen Stürmung der ersten Zufluchtsstätte und nach verschiedenen Umzügen in der Kirche Saint-Bernard eingefunden hatte. Im 1999 unter dem Titel «Parole de sans-papiers» erschienenen Buch berichtet sie von den im Kampf gemachten Erfahrungen. Cissé versteht es, ihre Erlebnisse und ihre eigene Geschichte mit der Kolonialgeschichte und

mit der fortgesetzten Abhängigkeit der afrikanischen Gesellschaft von den europäischen Metropolen in Zusammenhang zu bringen.

Im Senegal geboren, hatte Cissé in Dakar und Saarbrücken Germanistik studiert. Beim Abschluss des Studiums in Deutschland machte sie einschneidende Bekanntschaft mit dem von nationalen Interessen geleiteten Verwaltungsregime über Menschen. Ohne dass sie vorher informiert worden wären, mussten sie und drei MitstudentInnen nach den Bestimmungen eines bilateralen Vertrags zurück in den Senegal, um dort Deutsch zu unterrichten. 1996 befand sich Cissé wieder in Europa, um ihre Studien in Paris fortzusetzen und um ihre älteste Tochter bei ihrer Ausbildung zu unterstützen. Die ersten Aktionen der Sans Papiers stürzten ihre Pläne über den Haufen.

Ausführlich und nie ohne klar Stellung zu beziehen, bespricht Cissé in ihrem Buch praktische Fragen, die sich im Verlauf der Auseinandersetzung stellten. Nicht nur von der Verteidigung gegen die Angriffe des Repressionsapparats ist die Rede, sondern auch davon, wie sich die MigrantInnen gegenüber französischen Unterstützungsgruppen, die zur Zurückhaltung mahnten, behaupten mussten oder von internen Konflikten, wenn es darum ging, den Frauen in der Bewegung keine untergeordneten Funktionen zuschieben zu lassen.

Neben den nützlichen Hinweisen für ähnliche soziale Bewegungen kann das Aufrollen der Migrationspolitik in Frankreich aber auch das Urteil über die ominösen letzten Präsidentschaftswahlen schärfen. Was glanzvoll als «antifaschistische Einigung» angepriesen wurde, stellt sich als irreleitender Wahlaufruf heraus, der bis weit nach links hin Gehör fand. Was sonst ist unter der Zustimmung zu einem Jacques Chirac zu verstehen, während dessen erster Präsidentschaft 1986 Abschiebungen per Charterflug und die restriktiven Pasquagesetze gegen MigrantInnen eingeführt wurden? Auch der Jammer über Jospins frühzeitiges Ausscheiden erweist sich als überflüssige Liebesmühe. War es doch erst die Strategie der «Sozialisten» Jospin und Chevènement, nachdem die rechte Regierung Juppé mit ihrem primär repressiven Vorgehen erfolglos geblieben war, welche der Bewegung der Sans Papiers in Frankreich einen entscheidenden Einbruch beibrachte. Unter Jospins Präsidentschaft wurde der Versuch, durch Teillegalisierungen die Bewegung zu spalten, welcher bisher vergeblich und auf die aufständischen Kollektive beschränkt unternommen worden war, im grossen Stil gestartet. Entgegen Jospins Wahlversprechen erhielten bloss etwa 90'000 MigrantInnen eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis, während 70'000 Menschen abgeschoben wurden.

In diesem Punkt, der die Schwächung der Bewegung betrifft, bleiben Cissés Ausführungen zu unbestimmt. Sie kann im Niedergang nicht auch eine Folge davon sehen, dass die Forderung nach Legalisierung von der Bewegung zu ausschliesslich in den Vordergrund gerückt wurde. Die Betonung dieses notwendigen Minimalanspruchs, neben welchem ein Vorgehen gegen die nach einer Legalisierung fortbestehende Ausbeutung und Diskriminierung vernachlässigt wurde, musste mit der noch so schäbigen Teillegalisierung zur Lähmung der Bewegung führen. «Rechte und Linke», hiess es in einem Communiqué des Kollektivs von Saint-Bernard nach den Wahlen 1997, «das ist nicht unser Problem, selbst mit Papieren gehen wir nicht wählen! Wenn uns wer Papiere gibt, dann nehmen wir sie, wenn wer sie uns nicht geben will, dann tun wir alles um sie dazu zu bringen, uns doch welche zu geben». So endete die Ernüchterung über die falschen Zusagen Jospins im vorauseilenden Verzicht auf ein politisches Grundrecht. Dabei wäre doch das sofortige Wahlrecht gerade auch dort zu erstreiten, wo niemand ist, die oder den zu wählen sich lohnte.

Es mag müssig erscheinen, über Versäumnisse zu werweissen, während die MigrantInnenbewegung in Frankreich sich gerade erst wieder aufrafft und bisher keine von vergleichbarer Bedeutung entstanden ist. Das schwerere Versäumnis aber wäre es, über die von Cissé geschilderten Erfahrungen einer emanzipatorischen Konfrontation hinwegzugehen, die wie keine andere der letzten paar Jahre die internationale Dimension des Klassenkampfs zum Ausdruck brachte. ■

Buch:

Cissé, Madjiguène: «Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich»

Aus dem Französischen von Nicola Schieweck-Rajeswaren, Assoziation A, Berlin, 2002, 223 S.

Nichts ist beliebig.

In Text und Musik der Punkband Kettcar finden sich «Momente von Rebellion ohne Grössenwahn und Schwäche ohne Selbstmitleid». Eine kritische Auseinandersetzung.

von Philip Hogh

«Kultur heute schlägt alles mit Ähnlichkeit.» (Theodor W. Adorno/Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung)

Dieser Satz aus dem Kapitel über Kulturindustrie wurde schon viel zu oft in einem falsch verstandenen Sinn bejaht und dazu benutzt, ein bestimmtes Produkt aus der gesellschaftlichen Totalität herauszulösen und es außerhalb dieser zu verorten, obgleich es kein Draußen gibt. Dieses Missverständnis wird aus dem Bedürfnis gespeist, angesichts der herrschenden Negativität doch endlich etwas finden zu können, das ohne Abstriche als Positives identifiziert werden kann, weil die Erkenntnis, dass das Ganze das Unwahre ist, nur schwer ohne Verlust der Zurechnungsfähigkeit auszuhalten ist. Es kann deshalb nur um den Versuch gehen, einer Sache als vermittelter gerecht zu werden, ihr ihr Feuer zu entlocken ohne verständliche Wünsche auf sie zu projizieren.

Rock n Roll ist die Illusion von Stärke

Die Musik wurde von Kettcar, die aus der Hamburger Punkband «...But Alive» hervorgegangen sind, nicht neu erfunden. Jedoch ist das, was auf ihrem ersten Album «Du und wieviel von Deinen Freunden» in Konstellationen zueinander tritt – und vor allem wie es das tut – bemerkenswert. Rock n Roll war immer eine Illusion von Stärke. Das wurde an den Rolling Stones sichtbar, an den Sex Pistols und jüngst an so äußerst erfolgreichen New Metal Bands wie Limp Bizkit oder Papa Roach. Zwar mag die Attitüde, der Größte zu sein und es mit der Gesellschaft aufzunehmen zunächst richtig und sympathisch sein, ist sie doch Voraussetzung für jede Rebellion. Falsch, und damit zu Ideologie, wird sie jedoch, wenn die Übermacht der Gesellschaft geleugnet und die eigene Ohnmacht ausgeblendet wird. Da dieses Verdrängen notwendig ist, um nicht vor die Hunde zu gehen, um sich im wahrsten Sinne des Wortes durchzubeißen, gehört es zur objektiven Bedingung menschlichen Lebens im Spätkapitalismus, von der eigenen Schwäche und den eigenen Bedürfnissen nichts wissen zu wollen. Das genaue Gegenteil dieser Ideologie der Selbstüberschätzung, sich in der eigenen Schwäche zu suhlen, Selbstmitleid, ist darum aber nicht richtiger. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Kettcar, «jenseits von cool und raus aus Selbstmitleid», als Koinzidenz von Rebellion ohne Größenwahn und Schwäche ohne Selbstmitleid. Hierbei durchdringen sich beide Momente gegenseitig und das nicht nur in den Texten, sondern auch in der Musik. Die vorsichtig in die Gitarrenwände integrierten Versatzstücke aus Elektronik, Klavier und Streichern gewinnen aber über die Betonung von zerbrechlichen Momenten hinaus kaum ein Eigenleben. Es bleibt bei ersten Gehversuchen. Ein selbstbewussterer Umgang mit den ungewohnten Instrumenten hätte der Musik mehr Dynamik und Spannung verpassen können.

«Alle Energie auf die Reflektorschilde»

«Im Niemandsland derer, die Leben eintauschen für Zeit», gibt es schon längst nichts mehr zu holen, außer dem, was das Tauschgesetz für die individuelle Anstrengung ausschüttet. Egal wie viel das ist, es ist immer zu wenig und das beschränkt sich absolut nicht auf «das Geld, das aus der Wand kommt», sondern dieses Prinzip bestimmt Denken, Fühlen und Handeln, stellt deren Einheit her, ohne dass das bewusst wäre. Es lässt «keinen Platz für den Quatsch, den du kennst». Weil für das Individuelle jenseits des Allgemeinen, jenseits des Geldes kein Platz ist, und dies bedeutet nichts anderes, als dass es auf das Individuum nicht mehr ankommt, kann die einzige Reaktion, die das alles erträglich macht, nur Verdrängung sein. «Es wäre nicht zum Aushalten, wäre er echt.» Doch all das ist echt und damit man nicht wahnsinnig wird, bedarf es einer ideologischen Abdichtung von Körper und Geist gegen jede Irritation. «Wenn das alles ist: Ok, nur schade, wenn man mehr erwartet.»Das Hochhalten dessen, was irritiert und was sich zu widersetzen sucht, ist es, was Sänger Marcus Wiebusch in seinen Texten auf einer kaum politischen, sondern primär emotionalen Ebene thematisiert, auch wenn dabei ein paar Metaphern missraten. Dieses Motiv läuft im Subtext immer mit und fließt ganz verhalten in die Hoffnung ein, dass es nicht

ewig so bleiben möge. Anlass zu Träumereien bietet das freilich nicht. Der Blick für die Realität bleibt unverstellt und auf falschen Trost lässt man sich nicht ein. «Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.» Die Möglichkeiten, die da noch bleiben, sind knapp bemessen. Der Rückzug ins Private steht nicht an, wohl aber ist klar, dass fürs Erste keine Art von Angriff bleibt als die Verteidigung der Subjektivität. «Verteidige die Seele, das lustige Gebilde. Bis dahin alle Energie auf die Reflektorschilde.» Darunter ist nichts. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass der Vorhang nicht fällt. «Solange die dicke Frau noch singt, ist die Oper nicht zuende.» Solange in Menschen etwas ansprechbar ist, das sich dagegen sträubt, bloßer Platzhalter von Staat und Kapital zu sein, solange ein Album wie dieses von Kettcar erscheint, auf dem Subjektives ausgedrückt wird, das in manchen Momenten Ansätze dazu zeigt, nicht dabei zu verharren, solange besteht wenigstens noch die Bedingung der Möglichkeit dafür, «dass die Menschen einmal aufatmen dürfen» (Adorno). Mehr aber auch nicht. ■

CD/Platte:

Kettcar:«Du und wieviel von Deinen Freunden», Grand Hotel Van Cleef, Indigo 2002

www.akweb.de

Linke Politik monatlich zum Einzelpreis von 4,20 €

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 466:

Schwerpunkt: Krieg für Öl

★ Interview mit Moshe Zuckermann

★ John Holloway zu Klassenkampf und Empire

★ Agrarischer Gendertrouble

★ 10 Jahre riot grrrls

★ PDS = Partei des Scheiterns?

★ Linke Bewegungen in der „Berliner Republik"

Probeabo bestellen:

3 mal ak für 5 €*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · D-20255 Hamburg
Fon +49 40-40170174 · Fax: 40170175
ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

FRAZ
FRAUENZEITUNG

Viermal im Jahr feministische

Lichtblicke

von engagierten Autorinnen, zu politischen & kulturellen Themen

Aktuelle Hefte:

Boulevard 02/1
Essen 02/2
Rot 02/3
Stadt 02/4

Abonnemente und Geschenkabonnemente zu Fr. 40.- und Einzelhefte zu Fr. 10.- gibt's unter

01 272 73 71 (fon)
01 272 81 61 (fax)
fraz@fembit.ch (e-mail)
oder
FRAZ, Postfach, 8031 Zürich.

Impressum

Risse Magazin
Postfach 3119
CH-8021 Zürich

risse@risse.info · www.risse.info

Redaktion
Pascal Germann (pg@risse.info)
Lukas Germann (lg@risse.info)
Alexander Hasgall (ah@risse.info)
Nicole Peter (np@risse.info)
Thomas Schwendener (ts@risse.info)

ständiger Mitarbeiter Deutschland
Stephan Truninger (st@risse.info)

Inserate
Nicole Peter (inserate@risse.info)

Administration
Mirjam Pulver (mp@risse.info)
Lukas Müller (lm@risse.info)

Layout
Andi Tschannen, Simone Wassmer, Thomas Schwendener

Druck
Bokos Druck, Zürich

Bilder
zvg, Expo: (Betrix & Consolascio)

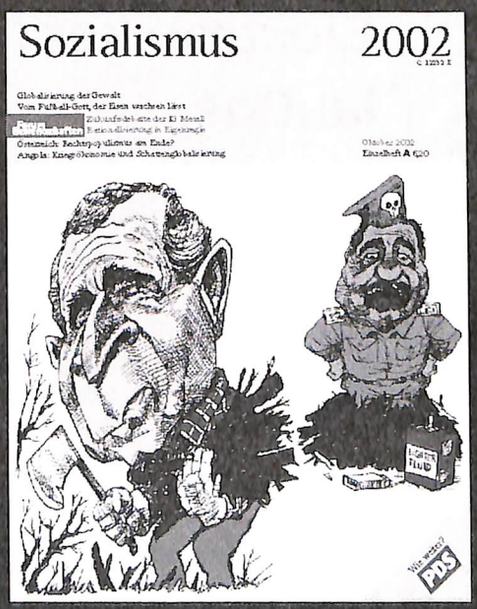
Titelfoto
Risse

Preise
Abo: 6 Ausgaben
Fr. 40.- / € 30.- inkl. Versandkosten

Postkonto
CHF: 87-79417-6
EUR: 91-81841-7

Beiträge sind erwünscht und können per Post oder E-mail an uns geschickt werden. Risse haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

www.sozialismus.de



Red. Sozialismus: Zweite Spielzeit für Rot-Grün; Joachim Bischoff: PDS – Bedeutungslose Sekte? Dieter Bott: Vom Fußball-Gott, der Eisen wachsen lässt; Uli Cremer: Vor dem dritten Golfkrieg; Red. Sozialismus: Irak-Konflikt – Entspannung? Joachim Hirsch: Die Globalisierung der Gewalt; Joachim Wilke: Den Zorn gegen Chicago wenden

B. Müller/B. Sander: FPÖ: Perspektiven des Rechtspopulismus in Österreich; Klaus Willkomm-Wiemer: Schweden – In die »bürgerliche Suppe« gespuckt; Ingo Malcher: Argentinien – Peronistische Macht ohne Hegemonie; Sobhanlal Datta Gupta: Indien – die wachsende Krise; Peter Lock: Angola – Frieden ohne Perspektive?

Supplement: Joachim Bischoff, Vom Imperialismus zur Weltunordnung (Empire)

Einzelheft: sFr 11,50; Abo: sFr 125,–; Probeheft: Redaktion Sozialismus St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 004940/280 505 68
e-mail: redaktion@sozialismus.de

http://contextXXI.mediaweb.at

Context XXI

Context XXI ist eine der wenigen Zeitschriften, in denen prinzipielle Gesellschaftskritik noch möglich ist, und zwar in der Beharrlichkeit und Ausführlichkeit, die dafür nötig sind. Context XXI ist ein Internet-Medium und als solches vermutlich eine der besten und brauchbarsten Textdatenbanken für gesellschaftskritische Diskussion und Information. Neben den Texten der eigenen Zeitschrift finden sich in der Context XXI-Papyrothek auch Archive von *Streifzüge*, *Weg und Ziel* und *radiX*. Context XXI ist ein Radioprogramm – jeden Montag 13⁰⁰ – 14⁰⁰ Uhr auf ORANGE 94,0 (Wien) und HELSINKI 92,6 (Graz)

Das Probeabo: *die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich*. Dieses Probeabo wird *nicht automatisch verlängert* – Sie werden lediglich zur Verlängerung eingeladen.

Bestelladresse: Context XXI • Schottengasse 3a/1/4/59 • A-1010 Wien Fax: ++43 1/532 74 16 • E-Mail: contextXXI@mediaweb.at

risse++Verrisse++Verrisse++Verrisse++Ver

Die Mediengewerkschaft Comedia lädt ein. Aber nicht jeden, sondern nur die Jugend, und die hat jünger als dreissig Jahre alt zu sein. Und bist du noch nicht dreissig, und hast du genug Geld (läppische 50-100 Franken pro Nase und Nacht), so hast auch du die Chance, «zu einem Stück» zu werden, und zwar «zu einem der globalisierungskritischen Bewegung». Doch zu einem solch wertvollen Stück wird man natürlich nicht einfach so. Deshalb geht der Reise «ein eintägiger Workshop voraus, den wir einer kurzen Einarbeitung in die komplexe Thematik der Globalisierung widmen». Denn mit niet- und nagelfesten Fakten gerüstet reist sich's natürlich leichter, schliesslich steht man vor einer grossen Aufgabe. Denn du, lieber unter-dreissigjähriger finanziell Wohlgepolsterter «sicherst (einmal in Florenz angekommen) zusammen mit anderen 10 000 Globalisierungskritikern den immens wichtigen sozialen Frieden». Wo kämen wir schliesslich hin, wenn da der soziale Friede nicht mehr wäre, quel horreur! Da opfern wir Globalisierungskritiker auch gerne mal einen Carlo Giuliani oder zwei oder drei, ach, wenn er nur bleibt, der Friede.

Dass die Liste der von Zionisten ausgeheckten Perfidien auf keine Kuhhaut passt, haben wir schon lange gewusst, aber die folgende schlägt ganz und aber auch gar alles: Es gibt Extasypillen mit Davidstern darauf! Der zionistische Hirnfick als Partydroge! Ekstatisches Tanzen für die Unterdrückung der Verwurzelten! Da fällt das Atmen schwer, da klopft das Herz wild, da wird der Glaube an das Gute in seinen Grundfesten erschüttert. Doch die Panik ist unbegründet: Nichts entgeht dem wachsamen Auge und analytisch kühlen Kopf der antizionistischen Linken. Und tatsächlich ruft das Palästinakommitee c/o Polka (Zürich) in einem Flugblatt zum Boykott dieser gefährlichen Waffe des Imperialismus auf und bringt damit den Mossad in eine Krise, von der er sich mitsamt seinen Grapefruits, Golanweinen und Sodaflaschen nimmermehr erholen wird.

Es braucht ein gerüttelt Mass an Selbstüberwindung, in die verruchtesten zürcher Quartiere vorzustossen. Trotzdem: Es geht eben nichts über den unmittelbaren Eindruck vor Ort, und deshalb begleitete denn auch «Doris Fiala, Präsidentin der Stadtzürcher FDP, [...] zum ersten Mal in ihrem Leben eine Patrouille der Stadtpolizei bei einem Nachteinsatz an der Langstrasse». Dort konnte sie, wie die NZZ berichtet, regelrechte Dealer beobachten, die unverschämterweise nicht demütig, sondern mit «Arroganz und Selbstsicherheit» einherstolzierten. Um diesem grauenhaften Auswuchs des Drogenhandels ein Ende zu bereiten und die Frechdachse nachhaltig zusammenzustauchen, ruft Doris Fiala deshalb nach mehr Kompetenzen für die Stadtpolizei. «Wenn wir nicht wollen, dass die Kreise 4 und 5 verslumen, muss jetzt etwas passieren», tönt sie im Stil der SVP. Aber keine Bange, die gewiefte Gemeinderätin findet im selben (tiefen) Atemzug, wie sie zu bedenken gibt, ob es für gründliches Aufräumen nicht schon reichlich spät sei, wieder zu ihrer eigenen Partei zurück. «Sehr negativ habe sie auch berührt, dass es überall wie in einem Pissoir nach Urin stinke.» Wievielmal in ihrem Leben die so frei- wie feinsinnige Dame sich dem stechenden Geruch eines Männerklos ausgesetzt hat, um sich am Anblick von gleich reihenweise Typen zu laben, die den Kopf hängen lassen, wird leider nicht gesagt.

Gleich von Verslumen will die SP nicht reden. Das wäre auch zu selbstkritisch, nachdem die «Aufwertung» des Gebiets um die Langstrasse unter sozialdemokratischer Ägide eine Vielzahl von hypen Bars und Vergnügungsbunkern und also durchaus einen lamentablen Zustand herbeigeführt hat. Wie es nun einmal ist in einem Quartier, wo sich die Kulturschickeria verkauft und die Yuppies überhand nehmen, werden Alteingesessene, die besser unter der Hand verkaufen, allmählich an den Rand gedrängt. «Die Langstrasse soll ein Teil des Quartiers bleiben! und nicht zu einem Fremdkörper im Kreis 4 und 5 werden», heisst es auf dem Flugblatt, mit dem die SP die Anwohnerschaft zur Protestkundgebung zusammenzutrommeln versuchte. Woher die SP bloss weiss, dass es die Aufwertung und Verteuerung des Raums nur beschleunigen kann, wenn die Abgedrängten erst einmal als «Fremdkörper» erkannt sind? Doch um einen solchen effektiv zu amputieren, braucht es noch mehr Fachkenntnis: «Ebenfalls sind auch alle Medien eingeladen.» Da sind zusätzlich ebenfalls auch und zudem noch obendrein alle eingeladen, die Blatt und Bleistift haben, aber wirklich alle, nur die «RISSE» nicht. Vielleicht trägt die SP wie der Rezensent in ihrem Parteiblatt uns nach, dass wir alles besser wissen. Eigentlich ein Grund mehr, ihr lieben Leute von der sozialdekorativen Partei, bei uns, was den politischen und sprachlichen Stil anbelangt, einmal nachzufragen. Wenn möglich noch bevor ihr Treibjagden auf Prostituierte und Junkies organisiert.

von Gerhard Trudler

Flyer Elektrobikes: lautlos, rauchlos, mühelos

VELOFIX

Velofix AG
Birmensdorferstr. 126
CH-8003 Zürich
Telefon 01 463 13 03
www.velofix.ch

ROSA - die Zeitschrift für Geschlechterforschung

ROSA 25 aktuell:

Männerforschung

Chance oder Sackgasse?
Alles hetero oder was ?
Identität im Grab?
Frauen -
Geboren um zu gebären?

Zu beziehen unter:
rosa@hist.unizh.ch

Einzelheft: Fr. 5.-
Abonnement: Fr. 15.-
(2mal jährlich)

BUNTE SEITEN 2003+

Alternative Projekte, Initiativen & Betriebe

+ Mit Reader der AlternativMedien im Innenteil

Das Adressenverzeichnis liefert mit 13.500 Anschriften einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebelandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen.

Der Reader der AlternativMedien enthält ca. 1.200 linke & alternative Zeitschriften mit vielen Informationen zu deren Schwerpunktthemen, Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios aufgeführt.

300 Seiten, A4-Format, Preis: 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten, ISBN: 3-924085-06-4

Bezug: CONTRASTE e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg
oder im Internet: www.contraste.org

BAHAMAS

Besinnungsliteratur für Gesinnungstäter

Schlinks Megaseller „Der Vorleser" ● Walsers Deutscher Realismus ● Negri & Hardts totale Mobilisierung ● Zur Ideologie einer „Herrschaft des globalen Rechts" ● Hartz nimmt alle mit: Gegen Arbeitslose ● Der 11. September und Israel ● Krieg dem Baath-Regime, Waffen für Israel ● Politische Theologie des Islam ● Der Wert und das Es ● Oriana Fallaci und die Aufklärung u.a.

Einzelpreis 4 EUR (Vorauskasse / Briefmarken)
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel./Fax: 030/6236944 oder mail@redaktion-bahamas.org

ça ira

Neu im Oktober 2002

Matthias Küntzel
Djihad und Judenhaß
Über den neuen antijüdischen Krieg
200 Seiten • 13,00 € • ISBN 3-924627-06-1

Christoph Burgmer
Das negative Potential
Vier Gespräche mit Johannes Agnoli
100 Seiten • 10,00 € • ISBN 3-924627-07-X

Initiative Sozialistisches Forum
Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten
Über Israel und die linksdeutsche Ideologie
2. erw. Aufl. • 200 Seiten • 14,00 € • ISBN 3-924627-08-8

Eugen Paschukanis
Allgemeine Rechtslehre und Marxismus
Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe
200 Seiten • 17,00 € • ISBN 3-924627-79-7

Nadja Rakowitz
Einfache Warenproduktion
Ideal und Ideologie
2. korr. Aufl. • 380 Seiten • 19,00 € • ISBN 3-924627-65-7

Andrea zur Nieden
Star Trek
Die kulturindustrielle Verwertung des technologisierten Subjekts
140 Seiten • 12,00 € • ISBN 3-924627-72-X

Moishe Postone
Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft
Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx
500 Seiten • 34,00 € • ISBN 3-924627-58-4

Aus dem Programm

Initiative Sozialistisches Forum
Flugschriften
Gegen Deutschland und andere Scheußlichkeiten
158 Seiten • 13,00 € • ISBN 3-924627-77-0

Initiative Sozialistisches Forum
Der Theoretiker ist der Wert
Kritik der Krisis-Gruppe
120 Seiten • 12,00 € • ISBN: 3-924627-56-8

Helmut Reichelt
Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx
285 Seiten • 19,00 € • ISBN 3-924627-76-2

ça ira-Verlag / Initiative sozialistisches Forum
Postfach 273 * 79002 Freiburg
0761/285 95 06 * Fax 379 49
ca-ira@t-online de * www.isf-freiburg.org

Risse lesen
lohnt sich jetzt doppelt

Zu jedem Neuabo ein Buch

Marielle und die Revolution. Ein utopischer Schelmenroman (215 Seiten)

Eine Gegenwartsgeschichte, eine Geschichte zum Wiedererkennen. Denn Marielle, die mit ihrer weiblichen Deformation, ihrem fremdbestimmten Agieren nicht bloß verwachsen, sondern zugleich – in böser, vernichtender Selbstwahrnehmung – entzweit ist, macht etwas sichtbar, was sie nicht selber sieht: die Deformation des ganz normalen Lebens in einer Gesellschaft, die das Gechichte-Machen abgeschafft hat. Tagesspiegel, Berlin

Vom Antizionismus zum Antisemitismus (160 Seiten)

Dieses Pamphlet Léon Poliakovs, des Autors der achtbändigen „Geschichte des Antisemitismus", beschreibt die Karriere des Antizionismus seit Lenin. Was zu Beginn als Kritik des jüdischen Nationalismus auftrat, verwandelte der stalinsche „Sozialismus in einem Land" nach und nach zum Tarnwort des sowjetischen Antisemitismus.

Star Trek. Die kulturindustrielle Verwertung des technologisierten Subjekts (140 Seiten)

Am Beispiel der Star- Trek-Serie wird untersucht, in welcher Art und Weise, in welchem Funktionszusammenhang und mit welcher Bewertung hier Biotechnologien thematisiert werden. Vor dem Hintergrund einer globalisierten Ökonomie wird dabei insbesondere die Problematik der in dieser Serie anvisierten Medizintechnolgien, aber auch die Rolle, die das Feindbild der Borg spielt, verhandelt.

Ich bestelle ein

- ☐ Abo (6 Ausgaben) für Fr. 40 / € 30
- ☐ Solidaritäts-Abo (6 Ausgaben) für Fr. ☐ / € ☐

dazu bekomme ich gratis das Buch

- ☐ Marielle und die Revolution
- ☐ Vom Antizionismus zum Antisemitismus
- ☐ Star Trek

Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

Unterschrift

Alle Preise inklusive Versandkosten.

Diesen Talon einsenden an:
Risse Magazin, Pf 3119, CH-8021 Zürich

Abos im Netz unter www.risse.info

RISSE
ANALYSE UND SUBVERSION